



EUROPÄISCHE KOMMISSION

ECUADOR

LÄNDERSTRATEGIEPAPIER

2007-2013

10.04.2007 (E/2007/621)

LÄNDERSTRATEGIEPAPIER ECUADOR 2007-2013 - INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	5
1.	KOOPERATIONSZIELE DER EU/EG	7
1.1	Die Ziele des EU-Vertrags im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit Drittländern	7
1.2	Gemeinsame Erklärung zur Entwicklungspolitik der EU: „Der Europäische Konsens“ (2005)	7
1.3	„Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika“, Mitteilung der Kommission (2005) und Erklärung von Wien (2006)	7
2.	DIE POLITISCHE AGENDA ECUADORS	8
3.	ANALYSE DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN SITUATION	9
3.1	Politische Situation	9
3.2	Wirtschaftliche Situation	11
3.3	Außenhandel	12
3.4	Soziale Situation	13
3.5	Ökologische Situation	14
3.6	Bewertung des Reformprozesses	14
3.7	Querschnittsthemen	16
3.7.1	Demokratie und verantwortungsbewusstvolle Staatsführung	16
3.7.2	Menschenrechte, einschliesslich der Rechte der Kinder und Jugendlichen	16
3.7.3	Rechte der indigenen Bevölkerung	17
3.7.4	Gleichstellung von Mann und Frau	17
3.7.5	Umweltverträglichkeit	18
3.7.6	HIV und Aids	19
4.	PRÜFUNG DER BISHERIGEN UND AKTUELLEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT: KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ	19
4.1	Bisherige und Aktuelle Zusammenarbeit der Gemeinschaft	19
4.1.1	Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit Ecuador bis 2001	19
4.1.2	Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit Ecuador in den Jahren 2001-2006	20
4.1.3	Gewonnene Erkenntnisse	21
4.2	Programme der EU-Mitgliedstaaten und anderer Geber	22
4.3	Kohärenz mit der EU/EG-Politik	24
4.3.1	Allgemeiner Rahmen für die politischen Beziehungen und die Beziehungen in anderen Bereichen	24
4.3.2	Handelspolitik	25
4.3.3	Sozialer Zusammenhalt	25
4.3.4	Landwirtschaft – Gemeinsame Agrarpolitik	26
4.3.5	Gesundheits- und Pflanzenschutz, Verbraucherschutz	26
4.3.6	Umweltpolitik	26
4.3.7	Forschungs- und Entwicklungspolitik, Wissensgesellschaft	27
4.3.8	Konfliktverhütung	27
4.3.9	Drogenbekämpfungspolitik	28
4.3.10	Migration	29

5.	LÄNDERSTRATEGIE DER EG	29
5.1	Allgemeine Ziele und Grundsätze der Zusammenarbeit	29
5.2	Schwerpunkte und spezifische Ziele der Zusammenarbeit	32
	5.2.1 Beitrag zur Erhöhung der sozialen Investitionen der Regierung mit dem Ziel der Verbesserung des Zugangs marginalisierter und benachteiligter Gemeinschaften zu sozialen Diensten	32
	5.2.2 Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten und Förderung der regionalen Integration durch die Unterstützung Wettbewerbsfähiger Kleinstbetriebe und KMU	34
6	NATIONALES RICHTPROGRAMM	37
6.1	Beitrag zur Erhöhung der sozialen Investitionen der Regierung - Bildung (DAC-Codes 11110, 11220, 11230)	38
6.2	Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten und Förderung der regionalen Integration (DAC-Codes 250, 25010, 331)	40
6.3	Vorläufiger Zeitplan für die Durchführung	42
	ANHÄNGE	
	Anhang 1 Map of Ecuador	43
	Anhang 2 Ecuador at a glance	44
	Anhang 3 Ecuador Data Profile	45
	Anhang 4 Country Environment Profile – Ecuador	50
	Anhang 5 Matriz de donantes	57
	Anhang 6 Overview of current EC cooperation with Ecuador	66
	Anhang 7 Ecuador's participation in horizontal cooperation Programmes	68
	Anhang 8 Ecuador y la migración	74
	Anhang 9 Description du processus de coordination et harmonisation entre les bailleurs de fonds en Equateur	78
	Anhang 10 Participación de la sociedad civil en el proceso de preparación del CSP 2007-2013	80
	Anhang 11 Ecuador's prospects for meeting the Millenium Development Goals	81

Abkürzungen¹

ACT	Kooperationsvertrag Amazoniens
AEC	Projekt zur Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifs für die Andenstaaten
AIS	Andenintegrationssystem (umfasst sämtliche regionalen Andeninstitutionen)
ALADI	Lateinamerikanische Integrationsvereinigung (Mitgliedstaaten des Mercosur, des Andenpakts + Mexiko, Chile und Kuba)
ALA-Verordnung	Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern
ALFA	Hochschulkooperationsprogramm EU-Lateinamerika
ALINVEST	Investitionsprogramm Lateinamerika zur Förderung der Beziehungen zwischen KMU
@LIS	Programm zur Förderung der Informationsgesellschaft in Lateinamerika
APIR	Projekt zur Beschleunigung des regionalen Integrationsprozesses
ATPDEA	US Andean Trade Preference Act
CAF	Andenentwicklungsgesellschaft
CALIDAD	Regionales Andenprojekt zu Qualitätsstandards
CAN	Andengemeinschaft: Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru + AIS
DAC	Entwicklungshilfesausschuss der OECD (Development Assistance Committee)
GD	Generaldirektion
GD ECHO	Generaldirektion der Europäischen Kommission für humanitäre Hilfe
DIPECHO	ECHO-Programm zur Vorbereitung auf Katastrophen
EG	Europäische Gemeinschaft
ECLA	Wirtschaftskommission für Lateinamerika
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
EIB	Europäische Investitionsbank
EU	Europäische Union
GRANADUA	Regionales Andenprojekt für die Zusammenarbeit im Zollwesen
APS	Allgemeines Präferenzsystem
HDI	UNDP-Index für menschliche Entwicklung
HIPC	Weltbank-Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder
IDB	Interamerikanische Entwicklungsbank
IWF	Internationaler Währungsfonds
LAK	Lateinamerika und Karibik
Mercosur	Gemeinsamer Markt des Südens: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen: Kanada, Mexiko und Vereinigte Staaten
NRO	Nichtregierungsorganisation
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OLADE	Lateinamerikanische Energieorganisation
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries (Organisation der Erdölexportierenden Länder)
W&T	Wissenschaft und Technologie
UNCTAD	Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (United Nations Conference on Trade and Development)
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
URBAL	Horizontales Programm Lateinamerikas zur Vernetzung der Gebietskörperschaften in verschiedenen Bereichen
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

¹ Es handelt sich um gängige Abkürzungen, die nicht unbedingt auf den deutschen Bezeichnungen basieren.

ZUSAMMENFASSUNG

Ecuador ist ein kleines Land (256 370 km²) der Andenregion mit großer geografischer und ökologischer Vielfalt und einer Bevölkerung, die sich aus Angehörigen verschiedener Kulturkreise und ethnischer Gruppen mit sehr unterschiedlichem -wirtschaftlichen Hintergrund zusammensetzt. Ecuador ist eine Präsidentialdemokratie und es wurden Ende 2006 Präsidentschafts- und Kongress-Wahlen abgehalten. 2005 wurde die Bevölkerungszahl auf insgesamt 13.2 Mio. geschätzt; sie wird durch zwei gegensätzliche Tendenzen – hohe Geburtenrate und starke Abwanderung – bei einem hohen Anteil junger Menschen beeinflusst.

Geografisch, kulturell und wirtschaftlich kann das Land in vier Regionen aufgeteilt werden, die sich erheblich unterscheiden.

- Die zentral gelegene Andenregion, mit der Hauptstadt Quito und den Städten Ambato, Cuenca und Loja als wichtigen Knotenpunkten des Handels und der ländlichen Wirtschaft.
- Die Pazifikküste im Westen des Landes, die seit jeher die stärksten Bevölkerungszuströme zu verzeichnen hat (Araber und Afrikaner seit der Zeit des Sklavenhandels und später Asiaten und Osteuropäer). Handel und Industrie haben sich vor allem in den Wirtschaftszentren wie Guayaquil (dem größten Hafen und der größten Stadt des Landes), Manta und Santo Domingo de los Colorados entwickelt.
- Die Amazonasregion, die sich auf mehr als 50% der Landesfläche erstreckt und in der große Mengen der wichtigsten Rohstoffreserven und Wirtschaftspotenziale des Landes – Holz und Öl – vorkommen, ist nur dünn besiedelt.
- Die Inselregion des Galapagos-Archipels ist ein Naturschutzgebiet, das dem Tourismus und Fischfang vorbehalten ist.

Nach der Finanzkrise von 1998 und der Anbindung an den Dollar im Jahr 2000 hat das Land in den letzten drei Jahren stabile Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen: Die Inflation ist unter Kontrolle und das Land kann eine jährliche Wachstumsrate von 5,5% verzeichnen, die allerdings hauptsächlich auf die steigenden Ölpreise zurückzuführen ist. Die Wachstumsrate der ölonabhängigen Wirtschaftssektoren ist mit 2% relativ gering und liegt nur knapp über der Bevölkerungswachstumsrate, die 2004 1,6 % erreichte.

Innenpolitisch steht das Land vor zwei großen Herausforderungen: Einer ineffizienten Staatsführung infolge eines völlig veralteten Wahlsystems sowie einem durch politische Einflussnahme und fehlende Modernisierung geschwächten Justizsystem und einer folgenschweren Vernachlässigung des Humankapitals des Landes in Anbetracht der drastischen Einkommensunterschiede und durch die zu geringen Sozialausgaben der letzten Regierungen. Alle Faktoren zusammengenommen bewirken einen Anstieg der Armutrate (57% der Gesamtbevölkerung gemäß der letzten Erhebung, wobei 19% sogar in extremer Armut leben) und eine alarmierende Zunahme der sozialen Ungleichheit und Ausgrenzung.

Außenpolitisch muss das Land vorrangig die mit der Integration der Andenregion und dem Übergreifen des bewaffneten Konflikts und des Drogenhandels aus dem Nachbarland Kolumbien verbundenen Herausforderungen bewältigen. So dienen einige Gebiete im Norden Ecuadors den kolumbianischen Streitparteien (FARC Guerillas und paramilitärischen Truppen) als Versorgungsbasis, während die Zahl der in Ecuador registrierten Asylsuchenden 2005 auf fast 45.000 angestiegen ist.

In Anbetracht dieser Herausforderungen sollte sich die **Strategie der EG** auf zwei Ziele konzentrieren: i) die Steigerung von Umfang und Effizienz der staatlichen Sozialausgaben; ii) die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Erleichterung des Marktzugangs für kleine und mittlere Unternehmen, die die besten Aussichten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze bieten. Diese beiden Sektoren stimmen mit zwei der drei wichtigsten Politik-Prioritäten der Regierung von Rafael Correa, der im November 2006 zum Präsident gewählt worden war, überein.

Im Rahmen des Finanzierungsintruments für die Entwicklungszusammenarbeit ist eine Summe von Euro 137 Millionen für Ecuador für den Zeitraum 2007 bis 2013 vorgesehen. Diese Mittel können entweder durch Projekte und Programme, finanziert als regionale Maßnahmen für die Andengemeinschaft and Lateinamerika und unter verschiedenen thematischen Programmen, eingesetzt werden.

1. KOOPERATIONSZIELE DER EU/EG

1.1 Die Ziele des EU-Vertrags im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit Drittländern

Gemäß Artikel 177 des EG-Vertrags fördert die Gemeinschaft durch ihre Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, die harmonische schrittweise Eingliederung dieser in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Armut. Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.

Auf der Grundlage des Artikels 179 des genannten Abkommens ist ein neues Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit im Dezember 2006 angenommen worden. Ecuador kommt für die Beteiligung an den Kooperationsprogrammen in Betracht, die aus diesem Instrument finanziert werden (Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (EG) Nr. 1905/2006 vom 18. Dezember 2006).

1.2. Gemeinsame Erklärung zur Entwicklungspolitik der EU: „Der Europäische Konsens“ (2005)

Die Erklärung der EU „Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“, die in Dezember 2005 vom Europäischen Parlament, vom Ministerrat, von den Mitgliedstaaten und von der Europäischen Kommission verabschiedet wurde, steckt den Rahmen für die neue Strategie für den Zeitraum Jahre 2007–2013 ab. Darin wird hervorgehoben, dass das erste und übergreifende Ziel der Entwicklungszusammenarbeit der EU die Ausmerzung der Armut im Kontext der nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der Verfolgung der Millenniums-Entwicklungsziele, ist. Besondere Bedeutung wird auch der Partnerschaft mit den Entwicklungsländern und der Unterstützung einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten beigemessen, um eine gerechte und ausgewogene Globalisierung zur erreichen. Die Stellungnahme sieht dafür einen an den jeweiligen Kontext und die Bedarfslage angepassten Ansatz und einen gemeinsamen thematischen Rahmen vor, der einige Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit der EU – die Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Beschäftigung, des Handels und der regionalen Integration - umfasst.

Ein Kapitel der Stellungnahme befasst sich mit der Einbeziehung bestimmter Anliegen als Querschnittsthemen in die Politik. Dazu gehören insbesondere die Förderung der Menschenrechte, Gleichstellungsfragen, die Stärkung der Demokratie, eine verantwortungsvolle Staatsführung, die Rechte des Kindes, die Rechte der indigenen Völker, Konfliktverhinderung, eine zukunftsfähige Umweltpolitik und der Kampf gegen HIV/AIDS. Diese Querschnittsthemen sind sowohl Entwicklungsziele an sich und als auch wesentliche Faktoren einer wirksamen und zukunftsfähigen Entwicklungszusammenarbeit.

1.3. „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika“, Mitteilung der Kommission (2005) und Erklärung von Wien (2006)

Im Dezember 2005 nahm die Europäische Kommission eine Mitteilung über eine erneuerte Strategie für die Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika an. Mit Blick auf das vierte Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik, das im Mai 2006 in Wien stattfand, untersuchte die Kommission darin die gegenwärtigen Herausforderungen und

gab Empfehlungen zur Neubelebung der Partnerschaft ab. Ihre Vorschläge beinhalten die Intensivierung des politischen Dialogs zwischen den beiden Regionen, die Belebung des Wirtschafts- und Handelsverkehrs, die Förderung der regionalen Integration, die Bekämpfung von Ungleichheiten und die bessere Abstimmung ihrer Entwicklungs- und Hilfpolitik auf die tatsächlichen Gegebenheiten in Lateinamerika. Die Erklärung von Wien, die am 12. Mai 2006 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik angenommen wurde, bekräftigt die Verpflichtung zur Ausweitung und Vertiefung der Zusammenarbeit EU-LAK in allen Bereichen im Geiste gegenseitiger Achtung, Gleichheit und Solidarität.

2. DIE POLITISCHE AGENDA ECUADORS

Seit den letzten Jahren befindet sich Ecuador in einer schweren politischen Krise, von welcher auch seine Regierung betroffen ist und welche es schwer macht, den politischen Kurs für die kommenden Jahre vorher zu sagen. Zusätzlich zu den ernststen Schwierigkeiten in der Definition einer langfristigen nationalen Strategie für Ecuador, ist auch die praktische Umsetzung der vereinbarten politischen Maßnahmen unzureichend. Die allgemeinen Wahlen Ende 2006 wurden von verhärteten politischen und sozialen Fronten und weit verbreiteter Ernüchterung über die demokratischen Institutionen, wie die traditionellen politischen Parteien, den Kongress und die Präsidentschaft begleitet. Obgleich Rafael Correa mit einem überzeugenden Prozentsatz von 57 % zum Präsident gewählt worden ist, hat seine Partei Alianza País keine gewählten Mitglieder innerhalb des Kongresses und seine Regierung wird folglich von der Unterstützung verschiedener politischer Parteien abhängen. Dies bedeutet, dass die Regierung Correas, welche im Januar 2007 die Amtsgeschäfte übernimmt, um eine Durchsetzung ihrer Politikvorhaben in solch vitalen Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Armutsbekämpfung wird kämpfen müssen. Sollten dabei wichtige politische Reformen nicht erreicht werden, könnten die alltägliche Regierungsarbeit in eine Atmosphäre der sozialen Anspannung wie schon in der vergangenen Dekade münden.

Im Mittelpunkt der jüngsten politischen Debatte standen zwei Aspekte der Funktionsweise der Institutionen: die Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit durch die Modernisierung des Justizsystems sowie die Dezentralisierung der Verwaltung und des Haushalts. Unerlässliche Voraussetzungen für die Konsolidierung des Justizsystems sind ein funktionierender Oberster Gerichtshof und eine Reform des Verfassungsgerichts, des Amtes des Bürgerbeauftragten (*Defensoría del Pueblo*) und der Wahlkommissionen. Falls eine Regierung diese Aufgaben bewältigt, könnte sie damit die Grundlage für eine Modernisierung des Justizsystems in den kommenden Jahren schaffen. Was die Dezentralisierung anbetrifft, so haben Organisationen wie der Verband ecuadorianischer Kommunen (AME) und das Konsortium der Provinzräte sich zu Fürsprechern der dringend notwendigen Reformen gemacht und ihren Forderungen gegenüber der Regierung entsprechenden Nachdruck verliehen. Die strategische Planung beider Organisationen zielt vorrangig auf eine Stärkung der kommunalen Verwaltung und der Raumplanung ab, die zweifellos als grundlegende Elemente jeder demokratischen und politischen Konsolidierung des Landes zu betrachten sind.

Obwohl Ecuador ein klares politisches Rahmenkonzept in Form eines nationalen Entwicklungsplans oder eines Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung (PRSP) fehlt, orientieren sich die ecuadorianischen Behörden an bestimmten strategischen Leitlinien, die auf kürzere Sicht weiter gültig bleiben dürften. So setzt sich Ecuador entschlossen für den Aufbau, die Konsolidierung und Erweiterung einer demokratischen Gesellschaft ein, auch wenn bei vielen Bereichen noch Uneinigkeit über deren Gestaltung herrscht. Im Bereich der sozialen und menschlichen Entwicklung hat Ecuador durch die Entwicklung eines

Rechtsrahmens für die Gleichbehandlung der Geschlechter, die Achtung der Menschenrechte, den Umweltschutz und die Anerkennung der kulturellen Werte und der besonderen Rechte indigener Bevölkerungsgruppen bereits erhebliche Fortschritte erzielt. Allerdings besteht noch eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem Rechtsrahmen und seiner Umsetzung.

Auch hat sich Ecuador der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele verpflichtet und durch die Ausweitung der Grundversorgung in den Bereichen Bildung und Gesundheit beträchtliche Fortschritte erzielt; weitere Anstrengungen sind allerdings erforderlich, um die Armut zu verringern und Erwerbsmöglichkeiten für die Mehrheit der Bevölkerung zu schaffen, die bisher vom Leben des Landes ausgeschlossen ist. In den letzten Jahren konnte Ecuador erhebliche Fortschritte im Bereich der Bildung verzeichnen, z.B. durch eine Senkung der Analphabetenrate, doch der Zugang zur Bildung ist nach wie vor von Einkommen, Geschlecht, Rasse und geografischer Lage abhängig. Außerdem bestehen Zweifel an der Qualität der Bildung, vor allem in Bezug auf die veralteten und zu stark zentralisierten Lehrpläne, die kaum auf die Gegebenheiten vor Ort und die Erfordernisse des Arbeitsmarktes abgestimmt sind. Die Gesundheitsindikatoren lassen ebenfalls Verbesserungen erkennen, aber auch hier haben die ländliche Bevölkerung und die ärmsten Bevölkerungsgruppen nur beschränkten Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung. Die bedeutende Mehrheit (zwischen 64% und 67%), welche für die drei in der Volksbefragung Ende 2006 vorgelegten Vorschläge gestimmt hatte, die sich alle auf die zunehmende sozialen Investitionen in Gesundheit, Bildung und wirtschaftlicher Regeneration bezogen, gibt der Regierung Correas ein klares Mandat, ihre Aktivitäten in diesen drei Bereichen zu steigern. Bereits seit mehreren Jahren wird auf eine Reform des öffentlichen Sektors hingearbeitet, um die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu stärken. Die Reform hat bisher nur punktuelle Ergebnisse erbracht und die Bemühungen werden nicht konsequent genug umgesetzt.

3. ANALYSE DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN SITUATION

3.1 Politische Situation

Als Ecuador, nachdem verschiedene Militärregimes einander abgelöst hatten, 1979 zu einer demokratischen Regierungsform zurückkehrte, war es geprägt durch ein politisch stark beeinflusstes Justizsystem sowie durch chronischer politischer Instabilität, die besonders in den letzten zehn Jahren spürbar wurde. Nach Präsident Duran Ballen, der 1996 aus dem Amt schied, konnte kein weiterer gewählter Präsident bis zum Ende der vorgesehenen Amtszeit regieren. So wurde mit dem Sturz von Präsident Gutierrez im April 2005 der dritte Präsident innerhalb eines Jahrzehnts abgesetzt. Ecuador befindet sich in einer Übergangsphase, die derzeit von einer zentralen Frage beherrscht wird: Wie kann den politischen Institutionen die Umsetzung der Reformen gelingen, die für eine effiziente demokratische Staatsführung erforderlich sind?

Ecuador zeigt alle typischen Merkmale einer schwachen Regierungsführung, die sich durch den häufigen Wechsel von Präsidenten, Ministern und dem für politische Entscheidungen verantwortlichen Personal innerhalb der Ministerien manifestiert. Die Politik des Landes wird durch die Trennung von Hochland und Küstenregionen und durch die regionale Spaltung der politischen Parteien beeinflusst. Vor allem die traditionellen politischen Parteien sind für die Regierungsprobleme des Landes mitverantwortlich, da sie Posten weiter nach der Tradition der „Erbhöfe“ vergeben und weder über klar definierte politische Strategien noch über konsolidierte Vertretungsstrukturen verfügen. Die wichtigsten traditionellen Parteien befinden

sich daher in einer schweren Krise aufgrund ihrer mangelnden Glaubwürdigkeit, Legitimität und Effizienz, zumal sie von privaten und regionalen Interessen beherrscht werden. Dennoch dominieren die sechs größten Parteienbündnisse die Arbeiten im Kongress. Überdies enthält die derzeitige Verfassung dieses durch eine tiefe soziale, ethnische und regionale Unterschiede gespaltene Land Elemente, die eher dazu angetan sind, Konflikte zu schüren statt die Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und Legislative zu stärken, so dass das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen immer mehr schwindet.

Der ehemalige Präsident Alfredo Palacio war nicht in der Lage, seine 2005 bei Amtsantritt proklamierten Verpflichtungen nachzukommen, wie beispielsweise der versprochene "Neugründung der Republik" mittels politischer und konstitutioneller Reformen. Diese Aufgabe der politischen Reform fällt nun der Regierung von Rafael Correa zu, der ab Januar 2007 das Präsidentenamt übernimmt. Entsprechend der Wahlbeobachtungsmission der Organisation Amerikanischer Staaten, entsprachen die 2006 abgehaltenen Wahlen den nationalen und internationalen Standards. Gleichwohl, wie schon in Kapitel 2 erwähnt, könnte sich die Zusammenarbeit zwischen Präsident und der Legislative schwierig gestalten. Wenn Correas Vorschlag, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, um eine neue Verfassung zu verabschieden, angenommen werden sollte, könnte dies auf längere Sicht zu einer verbesserten Grundlage für die Demokratie in Ecuador führen. Jedoch bergen solche beratenden Verfahrensweisen auch stets gewisse Risiken in sich.

Das Justizsystem ist veraltet und schlecht organisiert. Da ihm Kapazitäten und Glaubwürdigkeit fehlen, kann es seiner Rolle als Garant der Rechtsstaatlichkeit nicht gerecht werden. Außerdem unterliegt die Justiz einem starken politischen Einfluss, auch wenn durch die neue Regelung, die Ernennungen der Mitglieder des Obersten Gerichtshofs auf der Grundlage von Verdiensten vorsieht, möglicherweise mit der Vergangenheit gebrochen und eine umfassendere Veränderung in dieser Hinsicht eingeleitet wurde. Die bestehenden Probleme erschweren nicht nur den Zugang zur Justiz für die Bürger des Landes, sondern behindern auch die inländische und ausländische Investitionstätigkeit, die für eine nachhaltige Entwicklung der natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen Ecuadors von elementarer Bedeutung ist. Dies gilt insbesondere für die wichtigste Einnahmenquelle des Landes, die Ölindustrie, deren Produktivität und Rentabilität aufgrund der fehlenden Investitionen zu wünschen übrig lässt.

Gleichzeitig - und vielleicht zum Teil auch gerade weil auf nationaler Ebene (im Kongress und den Ministerien) diese Einschränkungen bestehen - hat sich die Verwaltungskapazität der lokalen Regierungen, insbesondere auf der Ebene der Provinzen und Kommunen, in den letzten Jahren deutlich verbessert. Die nationalen Organisationen, die diese lokalen Regierungen vertreten, das *Consortio de consejos provinciales del Ecuador* (CONCOPE) und die *Asociación de municipalidades ecuatorianas* (AME) setzen sich für eine generelle Neuverteilung der bisher stark beschränkten administrativen und finanziellen Befugnisse sowie für eine effizientere Erhebung der lokalen Steuern ein.

Eine eindeutige Folge des Zusammenspiels der oben genannten Faktoren ist die unzureichende politische Vertretung der großen Mehrheit der indigenen Bevölkerung, der Afro-Ecuadorianer und Mestizen. Diesen Volksgruppen war es nie möglich, ihre sozialen und politischen Anliegen innerhalb der traditionellen Parteien zum Ausdruck zu bringen, da diese stets von kleinen aber mächtigen Interessengruppen beherrscht wurden. Das für die Wahlen 2002 geschlossene Bündnis zwischen der Pachakutik-Partei, die sich am eindeutigsten für die Interessen der indigenen Bevölkerung einsetzt, und dem Kandidaten Lucio Gutierrez erwies

sich als Enttäuschung. Eine stabile und funktionierende Demokratie ist in Ecuador nur schwer vorstellbar, solange die große Mehrheit der Bevölkerung von dem politischen Prozess auf nationaler Ebene ausgeschlossen aber umso stärker in den lokalen Verwaltungen vertreten ist.

Die Dezentralisierung, die bereits seit mehreren Jahren auf der Tagesordnung der Regierung steht, ist kaum vorangekommen. Die Fachministerien widersetzen sich vehement einer Dezentralisierung ihrer Steuerungsbefugnisse und anderer Kompetenzen, trotz der positiven Ergebnisse, die mit der Übernahme eines gewissen Maßes an Verantwortung für die Versorgungsdienste für die Bevölkerung durch die lokalen Verwaltungen erzielt wurden.

Ecuador, das durch lange Grenzen mit Kolumbien im Norden und mit Peru im Osten und Süden verbunden ist, misst den Beziehungen zu seinen lateinamerikanischen Nachbarn Staaten besondere Bedeutung bei. Seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen mit Peru im Jahr 1995 hat die Integration entlang der gemeinsamen Grenze beider Länder gute Fortschritte gemacht. Im Gegensatz dazu wirken sich die Probleme die Kolumbien belasten - Drogen, die FARC, der *Plan Colombia* - zunehmend auch negativ auf Ecuador aus, das gezwungen ist, zahlreiche Vertriebene aus Kolumbien aufzunehmen und die Sicherheitskräfte an der Grenze zu verstärken, so dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den letzten Jahren oft angespannt waren. Die Beziehungen Ecuadors zur EU sind gut - wie hochrangige Kontakte auf den EG/LA-Gipfeltreffen in Madrid (2002), Guadalajara (2004) und Wien (2006) sowie den Ministerkonferenzen EG/Rio-Gruppe der Jahre 2003 und 2005 zeigen. Im November 2005 haben zudem Mitglieder der EP-Delegation für die Beziehungen zur Andengemeinschaft Ecuador besucht.

Zu den Herausforderungen, die es für Ecuador ab 2007 zu bewältigen gilt, gehören die Stärkung von Stabilität und Effizienz der Regierungspolitik, die wirksame Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses (mit einer angemessenen Kompetenzumverteilung auf regionaler Ebene) und die Stärkung der politischen Repräsentanz, möglicherweise mittels einer verfassungsgebenden Versammlung. Gleichzeitig muss das Land verschiedene andere Probleme in Verbindung mit der Sicherung von Demokratie und sozialem Frieden und der Verbesserung der sozialen Integration der indigenen und afro-ecuadorianischen Bevölkerung bewältigen.

3.2 Wirtschaftliche Situation

Ecuador ist ein kleines Land (256.370 km²) mit einer Gesamtbevölkerung, die sich nach Schätzungen aus dem Jahr 2005 auf ungefähr 13,2 Millionen beläuft. Nach der schweren Wirtschaftskrise von 1998 bis 2000, die zur Schließung mehrerer Banken des Landes führte, setzte infolge der Dollarisierung der Wirtschaft im Jahr 2000 eine makroökonomische Stabilisierung ein, die insbesondere eine Senkung der sehr hohen Inflationsrate von 91% und ein beträchtliches Wirtschaftswachstum ermöglichte. Das BIP verzeichnete 2001 mit 5,4% die höchste Wachstumsrate in Südamerika und erreichte - nach einem schwächeren Wachstum in den Jahren 2002 und 2003-2004 sogar eine Steigerung bis zu 6,6%. Allerdings ist der jüngste Anstieg hauptsächlich auf die hohen Ölpreise zurückzuführen, während die Wachstumsrate der ölonabhängigen Wirtschaftssektoren im Jahr 2004 mit 2% nur knapp über dem Bevölkerungswachstum von 1,6% lag. 2003 konnte die Ölproduktion durch die Inbetriebnahme einer zweiten Pipeline erheblich gesteigert werden. So profitiert Ecuador zwar einerseits von den Gewinnen durch hohe Ölpreise, ist auf der anderen Seite durch die starke Abhängigkeit vom Öl als Einnahmequelle aber auch extrem anfällig für externe wirtschaftliche Schocks. Auch wenn die Dollarbindung aufgrund des dadurch verursachten anfänglichen Preisanstiegs und der realen Aufwertung nachteilige Auswirkungen auf einige

Wirtschaftssektoren hatte, führte sie, wie erwähnt, zu einem nützlichen stabilitätsorientierten makroökonomischen Rahmen.

Trotz seiner prekären wirtschaftlichen Lage wird Ecuador im [UNDP's Human Development Index 2006](#) als Land mit mittlerem Einkommen auf Platz 83 von insgesamt 177 Ländern eingestuft (2004: Platz 100). 2005 belief sich das BIP pro Kopf auf 2.429 USD. Die Auslandsinvestitionen und Dollarüberweisungen haben einen erheblichen Umfang erreicht, obwohl Ecuador sein Potenzial für ausländische Direktinvestitionen noch bei weitem nicht ausgeschöpft hat. Die wirtschaftspolitische Agenda der letzten Regierungen war maßgeblich darauf ausgerichtet, die Zustimmung des IWF und dadurch Darlehen von multilateralen Kreditgebern wie der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank zu erhalten.

3.3 Außenhandel

Ecuadors wichtigste Exporterzeugnisse sind Erdöl und Erdölderivate, Bananen und Mehlbananen, Schnittblumen, frische und verarbeitete Garnelen und Thunfische, Kakao und Kaffee. Das Land ist weltweit der größte Exporteur von Bananen und Lateinamerikas viertgrößter Exporteur von Rohöl - 25-30 % der Staatseinnahmen stammen aus dem Ölgeschäft. Auch die Einnahmen aus dem Tourismus haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Die USA sind der größte Handelspartner Ecuadors, doch immerhin 13,6 % der Ausfuhren – vorwiegend Bananen, Muscheln und Blumen sowie 12,4 % der Einfuhren entfallen auf die EU. 2004 stiegen die Einfuhren um 8,4 %, und lagen damit fast 2 Prozentpunkte über dem BIP-Wachstum. In demselben Jahr erreichten die Ausfuhren in die EU fast 1.229 Mio. EUR, während sich die Einfuhren aus der EU auf 718 Mio. EUR beliefen. Daraus resultierte ein Handelsbilanzüberschuss von fast 500 Mio. EUR. Durch die Meistbegünstigungsklausel und das „APS-Plus“ können fast 87% der Ausfuhren Ecuadors zollfrei in die EU eingeführt werden. Die wichtigsten EU-Handelspartner Ecuadors sind Deutschland, Italien, Belgien, Spanien, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Polen.

Ecuador nimmt aktiv an Handelsgesprächen teil, auch an den Verhandlungen die im Rahmen der gemeinsamen Bewertung für die wirtschaftliche Integration der Region zwischen der EU und der Andengemeinschaft (siehe Kapitel 4.3 unten), zwischen der Andengemeinschaft und dem Mercosur und auf bilateraler Ebene mit anderen Ländern geführt werden. Vorläufige Statistiken lassen für die ersten neun Monate von 2005 eine deutliche Zunahme des Handels von Ecuador mit anderen Ländern der Andengemeinschaft, insbesondere mit Kolumbien und Peru erkennen. So stieg der Anteil Ecuadors am innergemeinschaftlichen Handel um 64%. Ecuador steht nun mit einem Gesamtanteil von 12% an dritter Stelle nach Kolumbien (48%) und Venezuela (21%). Ecuador hat bei den Verhandlungen mit den USA über eine Freihandelsabkommen zwar deutliche Fortschritte erzielt, dennoch ist aufgrund der noch verbleibenden Hindernisse, die vor allem Rechte an geistigem Eigentum und sensible agrarwirtschaftliche Bereiche betreffen und angesichts der Opposition im Inland mit einer Unterzeichnung des Abkommens vor dem Amtsantritt der neuen Regierung 2007 nicht zu rechnen.

Die schwache Staatsführung des Landes wirkt sich auch negativ auf seine Integration innerhalb der Andengemeinschaft aus. Dies gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Ecuador fehlt die erforderliche Wettbewerbsfähigkeit, um im Handel mit seinen Partnern die mit dem Abbau der Zölle und anderer Hemmnisse verbundenen

Handelsvorteile in vollem Umfang nutzen zu können. Kleine und mittlere in der Landwirtschaft und im agroindustriellen Sektor tätige Unternehmen verfügen am ehesten über das Potenzial sich im Wettbewerb zu behaupten, müssen jedoch ihre Strukturen modernisieren und durch günstigere Rahmenbedingungen gefördert werden.

3.4 Soziale Situation

Die Zentralregierung und auch die Kommunalverwaltungen müssen den Bedürfnissen einer Gesellschaft gerecht werden, die von sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung geprägt ist, da sich der Wohlstand auf eine kleine Minderheit der Bevölkerung konzentriert, so dass sich der GINI-Koeffizient ständig verschlechtert. Wie in vielen lateinamerikanischen Ländern spielt auch in Ecuador der Staat bei der Vermögensumverteilung keine maßgebliche Rolle und die Haushaltsmittel für Sozialprogramme sind knapp bemessen. Ecuador ist das südamerikanische Land in dem der Anteil der Sozialausgaben am BIP am niedrigsten ist. So belief sich die Sozialleistungsquote in den letzten zehn Jahren gerade auf 4,7%. Dies war in Anbetracht des Nullwachstums des BIP (ohne den Erdölsektor) deutlich zu niedrig und führte dazu, dass seit den achtziger Jahren kein nennenswerter Anstieg des realen BIP pro Kopf zu verzeichnen ist. Fortschritte in den sozialen Bereichen wurden auch durch den zu unspezifischen Einsatz der ohnehin begrenzten Sozialinvestitionen erschwert.

So blieb trotz erheblicher Fortschritte auf makroökonomischer Ebene die Armutsrate der Gesamtbevölkerung sehr hoch. Anhand der verfügbaren - wenn auch wenig zuverlässigen - Daten kann davon ausgegangen werden, dass 40% bis 70% der Ecuadorianer unter der Armutsgrenze leben (der genaue Anteil hängt davon ab, ob bei der Berechnungsmethode das Einkommen oder die nicht ausreichende Deckung der Grundbedürfnisse zugrunde gelegt werden) Bis zu 25% der Bevölkerung leben sogar in absoluter Armut. Überproportional stark betroffen von Armut und sozialer Ausgrenzung sind indigene und afro-ecuadorianische Bevölkerungsgruppen. Die Geburtenrate des Landes – insbesondere der ärmsten Bevölkerungsschichten – ist stark gestiegen, gleichzeitig nehmen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung kontinuierlich zu. Diese Entwicklung veranlasste viele Ecuadorianer Erwerbsmöglichkeiten fern von ihrer Heimat zu suchen und vom Land in Stadt zu ziehen oder in den USA oder in der EU – vorzugsweise in Spanien oder Italien - zu arbeiten. Die Überweisungen der Migranten aus dem Ausland sind nach dem Öl die zweitgrößte Einnahmequelle des Landes und beliefen sich 2004 auf insgesamt 2,005 Mio. USD, d.h. 6.4% des BIP. Die beträchtlichen Migrationströme innerhalb und außerhalb des Landes und die damit verbundenen Probleme wie die Auflösung des Familienverbands und die Abwanderung von hochqualifizierten Spezialisten stellen Ecuador vor eine weitere Herausforderung. Allerdings fungierten diese Migrationsbewegungen in gewisser Hinsicht auch als Sicherheitsventil, das den sozialen und politischen Druck verringerte, der sonst ohne tief greifende politische Veränderungen kaum beherrschbar gewesen wäre.

Wie in vielen lateinamerikanischen Ländern ist auch in Ecuador die soziale Ungleichheit stark ausgeprägt: auf die ärmsten 20% der Bevölkerung entfallen gerade 1,7% des Gesamteinkommens. Der GINI-Koeffizient des Landes verschlechterte sich zwischen 1995 und 2001 von 0,43 auf 0,57 (der Koeffizient wäre bei vollkommener Gleichheit der Einkommen 0, bei völliger Ungleichheit 1). Auch bei Löhnen und Gehältern zeichnen sich immer stärkere Unterschiede ab; 1990 verdienten die reichsten 20% der Erwerbsbevölkerung bereits mehr als das Neunfache der ärmsten 20%, 2002 war es bereits mehr als das Zwölfwache. Maßgebliche Faktoren für die soziale Ausgrenzung und Ungleichheit sind Armut, Wohnort, ethnische Herkunft, Alter und Geschlecht. Frauen, ärmere Ecuadorianer,

Angehörige der indigenen, afro-ecuadorianischen und/oder ländlichen Bevölkerung haben nur einen begrenzten Zugang zu Möglichkeiten zur Verbesserung ihres Lebensstandards. Hier zeigt sich deutlich, dass es der bisherigen Sozialpolitik nicht gelungen ist, die Integration dieser Bevölkerungsgruppen voranzutreiben.

Der Konflikt in Kolumbien hat wachsende soziale Konsequenzen für Ecuador. Gegenüber den schätzungsweise 370.000 in Ecuador lebenden Kolumbianern - von denen rund 45.000 registrierte Flüchtlinge sind - werden soziale Spannungen zunehmend sichtbar. Viele kolumbianische Flüchtlinge und Migranten verfügen über unternehmerische Fähigkeiten, dank derer sie in Ecuador eine immer größere Rolle im kommerziellen Bereich spielen. Dies kann zu Schwierigkeiten mit der heimischen Bevölkerung führen, verstärkt durch Vorurteile, wonach die Kolumbianer für kriminelle Aktivitäten in Ecuador verantwortlich sind. Darüber hinaus gibt es Belege für illegale Tätigkeiten bewaffneter kolumbianischer Gruppen selbst in Quito, die beispielsweise Menschen verfolgen, die vor ihnen nach Ecuador geflohen sind.

3.5 Ökologische Situation

Ecuador ist anfällig für extreme meteorologische und geophysische Ereignisse, wie das zyklische Phänomen *El Niño*, Vulkanausbrüche und Erdbeben. Das Land verfügt über ein großes Potenzial an natürlichen Ressourcen durch seine große Artenvielfalt, seinen Reichtum an Wasser, Bodenschätzen und Energiequellen, insbesondere seine reichen Ölvorkommen. Ein Großteil dieses Naturerbes ist ausreichend geschützt, Sorge bereiten jedoch die Abholzung der Wälder und die schlechte Waldbewirtschaftung. Das Land verfügt über einen geeigneten Regulierungsrahmen - der jedoch nicht immer ordnungsgemäß umgesetzt wird - und eine Reihe sehr aktiver zivilgesellschaftlicher Organisationen, die auf dem Gebiet des Umweltschutzes tätig sind. Ausführlichere Informationen sind dem Umweltprofil von Ecuador in Anhang 4 zu entnehmen.

Ecuador hat die wichtigsten internationalen Übereinkommen im Bereich Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung (Artenvielfalt, Wüstenbildung, Klimawandel) ratifiziert, insbesondere das Kyoto-Protokoll im Jahr 1999. Das Land verfügt bereits seit den achtziger Jahren über ausreichende Umweltvorschriften, -strategien und -pläne. Allerdings gehörten Umweltprobleme und die Umweltpolitik nicht zu den Schwerpunkten der letzten Regierungen und das Umweltministerium ist seinen Aufgaben in keiner Weise gewachsen.

Die Klimaveränderung droht mit ernstlichen Gefahren für die Einwohner Ecuadors, die Ökosysteme des Landes und für bedeutende Wirtschaftstätigkeiten wie Landwirtschaft und Ökotourismus. Die nachteiligen Auswirkungen zeigen sich in einer Reihe von Phänomenen wie die immer schwereren Überschwemmungen, die durch El Niño verursacht werden, oder die beschleunigte Schmelze tropischer Gletscher, durch die sowohl die Wasserversorgung einiger Städte als auch die Wasserkraftkapazitäten des Landes eingeschränkt werden und das sensible Ökosystem *Páramo* bedroht wird. Ecuador benötigt Unterstützung bei seinen Bemühungen um die Anpassung an den Klimawandel und die Milderung seiner Auswirkungen.

3.6 Bewertung des Reformprozesses

Der Regierung von Lucio Gutiérrez, der von Januar 2003 bis April 2005 das Amt des Staatspräsidenten innehatte, fehlten klare politische Ziele und sie war aufgrund des häufigen Wechsels ihrer Koalitionspartner nicht in der Lage, die im Wahlkampf gegebenen

Reformversprechen einzulösen. Der Übergangscharakter der Regierung Palacios von April 2005 bis Januar 2007 machte es unmöglich, strukturellen Reformen zu implementieren. Allerdings haben einige der nachstehend beschriebenen Veränderungen, die während dieser Zeit durchgeführt wurden, den Weg für eine tief greifende sektorale Reform geebnet.

Zu den wichtigsten Aufgaben, die es für Ecuador zu bewältigen gilt, gehört die Gewährleistung einer unabhängigen Justiz. Ausschlaggebend für die vorzeitige Amtsenthebung von Ex-Präsident Gutiérrez waren vor allem seine fragwürdigen politischen Manöver, mit denen er die Reform des **Obersten Gerichtshofs** verhindern wollte, und die in der Entlassung aller Mitglieder des Gerichts gipfelten. Im Mai 2005 verabschiedete der Kongress das Gesetz über ein neues Auswahlverfahren für die Richter des Obersten Gerichtshofs, das die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Einsetzung eines internationaler Kontrolle unterstehenden Auswahlausschusses vorsieht. Das Verfahren wurde im November 2005 mit der Vereidigung 31 neuer Richter abgeschlossen. Damit wurden die Voraussetzungen für eine umfassendere Reform des Rechtssystems geschaffen und es wurde auch anderen Justizorganen wie der Bürgerbeauftragte und dem Verfassungsgericht ermöglicht, ihre Tätigkeit im Laufe von 2006 wieder aufzunehmen.

Ecuador hat einen besonderen Mechanismus eingerichtet, über den für bestimmte Zwecke solche Mittel vergeben werden, die aufgrund von Differenzen zwischen den realen Exporterlösen für Öl und den im Staatshaushalt veranschlagten Preisen als zusätzliche Einnahmen an den Staat geflossen sind: den **Fond für Stabilisierung, produktive soziale Investitionen und die Verringerung der Staatsverschuldung** (FEIREP). Bis Mitte 2005 mussten 70% der Fondsmittel für die Bedienung der Außenschulden bereitgestellt werden. 20% werden für die Kompensation von Ölpreisschwankungen eingesetzt, 10% dienen der Aufstockung der Sozialausgaben. Im Juli 2005 verabschiedete der Kongress ein Gesetz, um diese Mittelaufteilung zu ändern und neue Verwendungszwecke vorzusehen. 35% der Mittel fließen in landwirtschaftliche Kredite, 30% dienen der Aufstockung der Sozialausgaben 20% werden für die Kompensation von Ölpreisschwankungen eingesetzt, 5% werden für die wissenschaftliche Forschung bereitgestellt, 5% für den Straßenbau und 5% für die soziale und ökologische Entwicklung. Gleichzeitig wurden mit diesem Gesetz auch die Durchführungsvorschriften für die Anwendung der einer maximalen 3,5 %-Grenze für die jährlichen Haushaltserhöhungen geändert. Diese Änderungen betreffen vor allem die staatlichen Sozialausgaben und sollen dazu beitragen, dass deren Finanzierung nicht länger ausschließlich über die Auslandsverschuldung erfolgt und in diesem Zusammenhang eine Überprüfung der Strategien der internationalen Finanzinstitutionen erfolgt.

In enger Absprache mit der internationalen Gebergemeinschaft und mit ihrer Unterstützung erstellte Ecuador 2004 den ersten Bericht über seine Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der **Millenniumsentwicklungsziele** (MDG), der im Februar 2005 vorgelegt wurde. Im Juli 2005 wurde ein Dekret über die Einrichtung eines Nationalen Sekretariats für die MDG (SODEM) erlassen, in dem die MDG als nationales Politikziel verankert wurden. Allerdings bleibt abzuwarten, ob sich die damit verbundenen Erwartungen der internationalen Geber erfüllen und die noch anstehenden umfassenden Aufgaben bewältigt werden können. Dazu gehören u.a. Probleme wie Aufgabenüberschneidungen und die unzulängliche Abstimmung zwischen dem Technischen Sekretariat für Soziale Angelegenheiten, dem Nationalen Sekretariat für Planung und Entwicklung (SEMPLADES) und dem Ecuadorianischen Institut für Internationale Zusammenarbeit (INECI); außerdem steht die Schwerfälligkeit der ministeriellen Strukturen, insbesondere im Bereich der Bildung, der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele im Wege.

3.7 Querschnittsthemen

3.7.1 Demokratie und verantwortungsbewusste Staatsführung

Die soziale und politische Lage ist komplex und birgt ein erhebliches Potenzial für Konflikte mit sozialem, wirtschaftlichem, politischem, geografischem, ethnischem, kulturellem oder anderem Hintergrund. Fast alle diese Konfliktsituationen sind jedoch im Wesentlichen auf zwei strukturelle Probleme zurückzuführen: zum einen auf die anhaltende soziale Ausgrenzung, Armut und soziale Ungleichheit, von der ein Großteil der Bevölkerung betroffen ist und zum anderen auf die frappierende Schwäche der Institutionen und den daraus resultierenden Mangel an Instrumenten zur Krisenbewältigung. In den vergangenen 10 Jahren haben die Konflikte in Ecuador deutlich zugenommen und die Gewährleistung einer demokratischen und verantwortungsvollen Staatsführung erschwert. Die Konfliktprevention ist zwar auch ein indirektes Ziel der Zusammenarbeit der EG mit Ecuador, aber möglicherweise sollte ihr im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mehr Bedeutung beigemessen und ein spezifisches Instrumentarium entwickelt werden, um die strukturellen Ursachen dieser Konflikte zu beheben und gleichzeitig die Regierbarkeit und Demokratie zu fördern. Dieses Thema wird in den Kapiteln 4 und 5 ausführlicher behandelt.

3.7.2 Menschenrechte, einschliesslich der Rechte der Kinder und Jugendlichen

Die Menschenrechte sind in Ecuador verfassungsrechtlich und gesetzlich verankert und auch der Schutz dieser Rechte wird durch entsprechende Mechanismen gewährleistet. Außerdem wurde die Stelle eines Ombudsmanns für Menschenrechte geschaffen, dessen Arbeit von mehreren angesehenen NRO unterstützt wird. Generell gibt es keine Menschenrechtsverstöße seitens der Regierung. Ecuador hat die meisten internationalen Menschenrechtskonventionen, -übereinkommen und -protokolle ratifiziert. Dennoch wurden von nationalen und internationalen NRO einige Aspekte der Menschenrechtsbilanz Ecuadors beanstandet, die auf die unzureichenden institutionellen Kapazitäten und die knappen Finanzmittel zurückzuführen sein könnten.

Amnesty International (AI) äußerte in seinen Berichten von 2003 und 2004 Kritik an dem Polizeigerichtssystem, das Teil einer gesonderten Gerichtsbarkeit für die Strafverfolgung von Polizeibeamten ist. AI wandte ein, dass dadurch bei Anklagen wegen Menschenrechtsverletzungen die Gewährung von Straffreiheit erleichtert bzw. ermöglicht hat. Die Haftbedingungen in Ecuador sind schlecht und führen zu häufigen und zum Teil lang anhaltenden Protesten der Gefängnisinsassen aber auch des Gefängnispersonals. Nicht selten werden Folterungen durch die Polizei und andere Misshandlungen in Gefängnissen und in der Untersuchungshaft zur Anzeige gebracht, führen jedoch nur selten zur erfolgreichen Strafverfolgung der Beschuldigten.

Schätzungsweise 34% der Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 14 gehen einer bezahlten Beschäftigung nach. Damit hat Ecuador eine der höchsten Kinderarbeitsquoten Lateinamerikas. Gegen die auf den Bananenplantagen in Ecuador weit verbreitete Kinderarbeit wurden bereits in dem 2002 veröffentlichten Bericht von Human Rights Watch (HRW) Vorwürfe erhoben. Auch die daraufhin von den Behörden des Landes ergriffenen Maßnahmen sind nach Ansicht von HRW nicht ausreichend, um die Empfehlungen des Berichts wirksam umzusetzen. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wurden 2003 mehr als 5.000 Minderjährige in Ecuador zur Prostitution gezwungen. Das US-Außenministerium stellt in seinem Bericht von 2005 über den Menschenhandel fest, dass Ecuador als Herkunfts-, Transit- und Bestimmungsland für Menschen, die zu Zwecken der sexuellen Ausbeutung und der Zwangsarbeit verschleppt werden, eine traurige Bilanz

aufweist. Weiter heißt es, dass die ecuadorianischen Behörden mit der Ausarbeitung eines nationalen Plans zur Bekämpfung des Menschenhandels, der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderarbeit begonnen haben. Die Regierung arbeitet mit internationalen Organisationen wie der ILO an Programmen, die sicherstellen sollen, dass Kinder weiter die Schule besuchen und die von Kinderarbeit bedrohten Kinder unterstützt werden, muss jedoch noch Präventionsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt Kinderhandel umsetzen.

3.7.3 Rechte der indigenen Bevölkerung

Der Anteil der indigenen Bevölkerung in Ecuador, die elf verschiedene Völker umfasst, beläuft sich schätzungsweise auf 25% bis 40%. Die zahlenmäßig stärkste Volksgruppe sind mit 2 Millionen die im Hochland lebenden Kichwa, die sich in verschiedene Untergruppen mit eigener kultureller Identität gliedern (z.B. Otavaleños, Salasacas, Saraguros). Im Amazonasbecken und in einigen Gebieten der Küstenregion leben andere kleinere Völker wie die Tiefland-Kichwa, Shuar, Achuar, Huaorani, Záparo, Cofán, Siona, Secoya und Awá. Der Anteil der Afro-Ecuadorianer an der Gesamtbevölkerung beläuft sich auf schätzungsweise 5-10%. Sie leben hauptsächlich in den Städten, vorrangig an der Küste, sowie in der Provinz Esmeraldas im Norden und im Chota-Tal.

Seit Anfang der neunziger Jahre gibt es eine Reihe von Organisationen, die die Interessen der indigenen Bevölkerung auf Provinzebene sowie auf regionaler und nationaler Ebene aktiv vertreten. Die Konföderation der Indigenen Nationen Ecuadors (Conaie) spielt eine bedeutende Rolle bei der Durchsetzung der Rechte der indigenen Bevölkerung und gewann in den vergangenen zehn Jahren immer mehr an Bedeutung, nachdem sie gemeinsam mit Vertretern des nicht-indigenen linken Flügels die Pachakutik-Partei gegründet hat. Dadurch konnte die indigene Bevölkerung ihre Beteiligung an der Regierungsführung auf lokaler und regionaler Ebene deutlich stärken. Einige der von den Pachakutik geleiteten Kommunalverwaltungen erhielten aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit nationale und internationale Anerkennung. Staatspräsident Gutiérrez regierte von Januar bis August 2003 dank eines Bündnisses mit der Pachakutik und besetzte zwei wichtige Ministerposten – Außenbeziehungen und Landwirtschaft – mit indigenen Politikern. Obwohl dieses Bündnis auseinanderbrach und damit einige sehr kontroverse Debatten innerhalb der CONAIE auslöste, konnten die indigenen Bevölkerungssgruppen dadurch wertvolle Erfahrungen sammeln und beteiligen sich nun immer stärker an den politischen Verfahren auf allen Ebenen. Es wird von grundlegender Bedeutung sein, dass Aktionen zur Einbeziehung der indigenen Bevölkerung und zur Förderung ihrer Rechte in das Design und die Durchführung der EGfinanzierten Kooperation 2007 – 2013 aufgenommen werden.

3.7.4 Gleichstellung von Mann und Frau

Ecuador hat beim Abbau geschlechtsbedingter Benachteiligungen und bei der Behandlung der Gleichstellungsfrage im Rahmen der Entwicklungsanstrengungen Fortschritte erzielt. Die ecuadorianische Zivilgesellschaft ist sehr aktiv, und so gelang es insbesondere den Frauen-NRO, Frauenfragen zu thematisieren. Die Existenz und der Einfluss des halbstaatlichen Nationalen Frauenrats (CONAMU) sind weitgehend den Anstrengungen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu verdanken. Verglichen mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Ländern erzielt der CONAMU gute Ergebnisse, denn es gelang ihm, wichtige Allianzen im öffentlichen Sektor aufzubauen, die innovative Genderinitiativen ermöglichten. Die Gleichstellungsfrage wird in den staatlichen Programmen Ecuadors wesentlich stärker berücksichtigt als in anderen Ländern.

Der Zugang zu Familienplanungsmethoden hat sich verbessert und ihre Anwendung zugenommen. Dies schlug sich in einer sinkenden Fruchtbarkeitsrate nieder, die von durchschnittlich 5,0 Geburten je Frau im fortpflanzungsfähigen Alter in den 80er Jahren auf derzeit 2,8 Geburten fiel. Die Fruchtbarkeitsrate sank jedoch nicht in allen Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße. Frauen mit geringer Bildung und Frauen aus ländlichen Gemeinschaften weisen nach wie vor eine sehr hohe Fruchtbarkeitsrate von durchschnittlich 6,2 Kindern auf, während Frauen mit einem höheren Bildungsstand durchschnittlich 2,1 Kinder bekommen. Die Zahl der Schwangerschaften von Jugendlichen steigt: Jedes fünfte Mädchen unter 19 Jahren war bereits mindestens einmal schwanger. Insbesondere Mädchen aus ländlichen Gebieten und aus dem Amazonasgebiet sowie Mädchen mit geringer oder keiner Ausbildung werden früh schwanger. Die Müttersterblichkeitsrate liegt bei durchschnittlich 130 Todesfällen pro Hunderttausend Lebendgeburten und ist in einigen entlegenen Gebirgsregionen wohl sogar noch höher.

Die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen beim Schulbesuch und bei den Ausbildungsabschlüssen haben sich stark verringert. Fast alle Kinder erhalten nun eine Grundschulbildung. Neueren Daten zufolge besuchen Frauen im Durchschnitt 7,0 Jahre eine Schule, Männer dagegen 7,4 Jahre lang. Andererseits brechen Jungen häufiger als Mädchen ihre Schulausbildung ab und müssen auch häufiger Klassen wiederholen. Jungen und Mädchen werden im Schulsystem nach wie vor unterschiedlich behandelt. In den vergangenen zwanzig Jahren stieg der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung stetig, während der Anteil der Männer sank, aber immer noch über dem der Frauen liegt. Aufgrund der unterschiedlichen Sozialisierung von Jungen und Mädchen sowohl in den Schulen als auch außerhalb des Bildungssystems schlagen Mädchen nach wie vor andere Bildungswege als Jungen ein, was sich auf ihre Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten und im Laufe der Zeit auch auf ihren Lebensstandard und den ihrer Familien auswirkt. In ländlichen Gebieten spielen die Frauen in der Subsistenzlandwirtschaft ebenso wie in der gewerblichen Landwirtschaft eine besonders wichtige Rolle, die auch zunehmend anerkannt und geschätzt wird, selbst wenn die zunehmende „Feminisierung“ der Landwirtschaft in einigen Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum nur langsam anerkannt wird. Bei der Landverteilung, insbesondere in der Küstenebene, wurden die Männer begünstigt.

Trotz der Fortschritte in der Gesetzgebung und der Sensibilisierungskampagnen ist männliche Gewalt gegen Frauen ebenso wie die Gewalt gegen Kinder beiderlei Geschlechts immer noch weit verbreitet. Man geht davon aus, dass bis zu 60 % der Frauen Opfer häuslicher Gewalt werden. Obwohl immer mehr Frauen in das Parlament und andere Regierungsstellen Einzug gehalten haben, ist ihre politische Partizipation und Repräsentation wesentlich geringer als die der Männer. Die Gleichstellungsfrage wurde aus dem Kampf für die Rechte der indigenen Völker weitgehend ausgeklammert. Es wird von grundlegender Bedeutung sein, Aktionen in das Design und in die Durchführung der EGfinanzierten Zusammenarbeit 2007 – 2013 aufzunehmen, welche bestehende Geschlechter-Ungleichheiten miteinbezieht und die Rechte von Frauen und Mädchen fördert.

3.7.5 Umweltverträglichkeit

Die Umweltbedingungen in Ecuador sind in Kapitel 2.5 beschrieben worden. Dem hinzuzufügen ist zu bemerken, dass das Land zahlreichen weiteren Bedrohungen ausgesetzt ist wie der intensiven Waldabholzung (hauptsächlich zur Ausdehnung landwirtschaftlich genutzter Flächen, für die Holzindustrie und im Rahmen der Gewinnung von Kohlenwasserstoff), einem deutlichen Rückgang der Artenvielfalt, der Verseuchung von

Boden und Wasser (hauptsächlich durch den Bergbau und die Kohlenwasserstoffgewinnung), der Bodenerosion infolge rückständiger landwirtschaftlicher Anbaupraktiken in den ärmeren Gebieten (die Erosion und Wüstenbildung fördern), einer fehlenden Kontrolle der Einhaltung von Rechtsvorschriften aufgrund der Schwäche der Institutionen und der Unzulänglichkeit der lokalen und nationalen Kapazitäten zur Entwicklung und Durchsetzung eines effizienten Umweltmanagements sowohl landesweit als auch speziell in besonders sensiblen Gebieten wie dem Amazonas und den Galapagos-Inseln. Für diese unterschiedlichen Probleme müssen Lösungen im Rahmen eines Modells für einen Landnutzungsplan erarbeitet werden, der das Umweltbewusstsein und die nachhaltige Entwicklung fördert, sicherstellt, dass der Katastrophenschutz in alle Aktivitäten einbezogen wird, eine rationelle Nutzung der natürlichen Ressourcen gewährleistet und gegebenenfalls die Rechte der indigenen und afroecuadorianischen Bevölkerung schützt, die in den betroffenen Gebieten lebt. Bei dem Entwurf und der Durchführung von EGfinanzierten Entwicklungsvorhaben für 2007 – 2013 wird besonderes Augenmerk auf die Umweltverträglichkeit zu richten sein.

3.7.6 HIV und AIDS

Entsprechend der DCI Regulation und der Resolution des Europäischen Parlaments bezüglich AIDS², welche die EG dazu auffordert, HIV/Aids und sexuelle und reproduktive Gesundheit in den Länderstrategie-Papieren zu berücksichtigen, ist sowohl die politische Agenda der neuen Regierung in diesem Bereich als auch die Bedeutung dieser Themen in Ecuador analysiert worden. UNAIDS schätzt, dass derzeit etwa 21.000 Ecuadorianer, aus einer Gesamtbevölkerung von 13,2 Millionen, mit HIV/Aids leben. Bis Ende 2006 waren mehr als 16,3 Millionen US Dollar durch den Globalen Fond für den Kampf gegen Aids, TBC und Malaria Ecuador zur Verfügung gestellt worden, von welchen etwas weniger als zwei Drittel bislang ausgegeben worden sind. Zudem werden HIV/Aids und sexuelle und reproduktive Gesundheit in Rahmen des noch bestehenden Gesundheitsprogrammes als Teil der Länderstrategie 2002 – 2006 bearbeitet. In diesem Zusammenhang und entsprechend der Konsultationen mit der neuen Regierung, schlägt die EG vor, HIV / Aids innerhalb des Kooperationsprogrammes 2007 – 2013 nicht zu priorisieren. Dennoch, so angebracht, sollte dem Kampf gegen HIV und Aids in der Gestaltung und Durchführung der EGfinanzierten Entwicklungsprogramme während des genannten Zeitraumes angemessene Bedeutung beigemessen werden.

4. PRÜFUNG DER BISHERIGEN UND AKTUELLEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER GEMEINSCHAFT: KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ

4.1 Bisherige und Aktuelle Zusammenarbeit der Gemeinschaft

4.1.1 Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit Ecuador bis 2001

Nach der Aufnahme des Dialogs mit Lateinamerika in den 70er Jahren entwickelten sich auch Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Ecuador. Ihre Entwicklungszusammenarbeit begann Ende der 70er Jahre mit dem ALA-Programm, doch erst Ende der 80er Jahre wurde die Gemeinschaft zu einem wichtigen Geber für dieses Land. Die Gemeinschaftshilfe erfolgt überwiegend auf dem Weg der bilateralen Zusammenarbeit, durch die Finanzierung von NRO und seit 2001 im Rahmen eines groß angelegten Ernährungssicherheitsprogramms. Direkter

² P6_TA-PROV(2006)0526

Empfänger der bilateralen Hilfe ist die ecuadorianische Regierung bzw. ihre Ministerien, die Gemeinden oder halbstaatliche Behörden wie der CODENPE (*Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos del Ecuador*). Darüber hinaus stellt die Europäische Kommission über die Generaldirektion für Humanitäre Hilfe (ECHO), die ein Regionalbüro für die Andenregion in Quito unterhält, Mittel für die Soforthilfe und Katastrophenvorsorge bereit. Diese Hilfe ist besonders wichtig, da Ecuador durch unterschiedliche Naturkatastrophen gefährdet ist: durch Vulkanausbrüche (über 30 % der Bevölkerung lebt in Risikogebieten), Erdbeben, Dürren, Wüstenbildung, Erdbeben und El Niño.

Wichtige Schwerpunktbereiche der Gemeinschaftshilfe in den 80er und 90er Jahren waren die ländliche Entwicklung (integrierte Projekte mit besonderer Berücksichtigung der Genderaspekte), die Infrastrukturen, Umweltfragen, der Institutionenaufbau (insbesondere im Außenministerium und im Tourismussektor) sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ab Mitte der 90er Jahre unterstützte die EG Programme zur Förderung der sozialen Entwicklung, die in Zusammenarbeit mit den ecuadorianischen Behörden durchgeführt wurden. Dabei handelte es sich beispielsweise um Projekte in benachteiligten Stadtteilen von Quito und Guayaquil, Projekte zur Förderung der indigenen Gemeinschaften in ländlichen Gebieten der Provinz Cotopaxi sowie Programme zur Förderung des Gesundheitswesens und der ländlichen Entwicklung in der Provinz Esmeraldas. In den Jahren 1992 bis 2000 stellte die Gemeinschaft über 104 Mio. EUR für Ecuador bereit. 56,2 % dieser Mittel wurden für die finanzielle und technische Zusammenarbeit, 20,9 % für NRO-Projekte, 6,1 % für ECHO-Maßnahmen und 5,7 % für Programme zur Erhaltung der Tropenwälder (sowie 11,1 % für verschiedene andere EG-Programme) zugewiesen.

4.1.2 Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit Ecuador in den Jahren 2001-2006

2001 legte die Gemeinschaft ein mit 16,5 Mio. EUR ausgestattetes Programm für Ernährungssicherheit auf, um die Regierung bei der Verbesserung der Verfügbarkeit, der Zugänglichkeit und der Nutzung von Nahrungsmitteln insbesondere in ländlichen Gebieten zu unterstützen. Dieses Programm stellt im Hinblick auf die Koordinierung und Harmonisierung der Gebermaßnahmen einen wichtigen Schritt dar, da es durch die zuständigen Ministerien (soziale Wohlfahrt und Gesundheit) und in Zusammenarbeit mit einem anderen wichtigen Geber (der Weltbank) durchgeführt wird. Der Schwerpunkt der erfolgreichen Maßnahmen lag stets auf der Armutsbekämpfung, insbesondere durch das Programm zur Armutsbekämpfung und Förderung der lokalen ländlichen Entwicklung (PROLOCAL). Bislang wurden sieben NRO-Projekte im Wert von insgesamt 5,2 Mio. EUR zur Förderung der Ernährungssicherheit finanziert.

Im Mai 2002 legte die Gemeinschaft mit der Annahme des Länderstrategiepapiers 2002-2006 vier Schwerpunktbereiche für ihre Entwicklungszusammenarbeit fest. Die Kooperation ist wie folgt implementiert:

- **Unterstützung der Reform des Gesundheitswesens:** Das Projekt zur Förderung des Gesundheitswesens in Ecuador (PASSE), für das die Gemeinschaft 28 Mio. EUR bereitstellte, zielt auf die Einführung eines integrierten, interkulturellen Modells der Gesundheitsversorgung ab, dessen Eckpfeiler die medizinische Grundversorgung, die Gesundheitsförderung und die Krankheitsprävention sind. Das Projekt konzentriert sich auf die im Andenhochland gelegenen Provinzen Cotopaxi, Chimborazo und Bolívar, in denen viele indigene Gemeinschaften leben.

- **Förderung der Umweltpolitik** durch zwei Maßnahmen: zum einen die Unterstützung des Aufbaus der Behörde, die für die integrierte Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen des Paute-Flussbeckens zuständig ist (Gemeinschaftsbeitrag: 11 Mio. EUR); zum anderen die bessere Befähigung der öffentlichen Einrichtungen zur nachhaltigen und verantwortungsbewussten Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen von drei im Norden gelegenen Provinzen (Gemeinschaftsbeitrag: 17 Mio. EUR).
- **Förderung der regionalen Integration im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen:** Zur Untermauerung der Friedensabkommen zwischen Peru und Ecuador und weiteren Förderung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern werden die Straßenverbindungen zwischen Piura und Guayaquil verbessert und instand gesetzt; Gemeinschaftsbeitrag von 26 Mio. EUR (Programm für Ecuador) bzw. über 25 Mio. EUR (Programm für Peru).
- **Wirtschaftliche Zusammenarbeit:** Mit dem Programm für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EG und Ecuador (EXPOECUADOR) wird die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterstützt, um die Handels- und Investitionsströme zwischen beiden Regionen zu intensivieren.

Die Europäische Kommission führt auf der Ebene der Andengemeinschaft verschiedene Programme durch, um eine größere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Prozess der regionalen Integration und beim Aufbau eines Gemeinsamen Andenmarkts zu unterstützen. Diese umfassen Projekte zur Verbesserung der statistischen Quellen, zur handelsbezogenen technischen Hilfe, zur Harmonisierung von Rechtsvorschriften und technischen Standards sowie zur Förderung der Wettbewerbspolitik und der Zusammenarbeit im Zollwesen. Andere Projekte zielen auf die Förderung der regionalen Zusammenarbeit in Bereichen wie der Katastrophenvorbeugung und der Bekämpfung synthetischer Drogen ab. Zur Unterstützung der sicherheitspolitischen Komponente der gemeinsamen Außenpolitik der Andengemeinschaft, zur Förderung der Demokratie und Menschenrechte sowie zur Kontrolle von Drogengrundstoffen werden ebenfalls Projekte durchgeführt.

4.1.3 Gewonnene Erkenntnisse

Die im Folgenden dargelegten Erkenntnisse stützen sich vor allem auf interne Evaluierungen und Ergebnisse der Studien, die im Laufe der Vorbereitung dieses Dokuments in Auftrag gegeben und im Vorfeld der Programmplanung durchgeführt wurden. Bislang wurden nur wenige der damals laufenden Kooperationsprogramme von externen Stellen evaluiert. Eine Ausnahme davon bildet das Programm PROLOCAL, das im Jahr 2005 gemeinsam mit der Weltbank evaluiert wurde, deren Ergebnisse in dieses Dokument einfließen. Das Fehlen weiterer Evaluierungen ist zum Teil auf die langen Verzögerungen bei der Durchführung einiger „alter“ Programme zurückzuführen, die vor 2001 genehmigt, aber erst ab 2003 durchgeführt wurden (zwei Programme in der Provinz Esmeraldas, je ein Programm in den Provinzen Cotopaxi und Guayaquil – siehe Abschnitt 4.1.1). Diese Programme sollen 2006 evaluiert werden. Zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Dokuments befanden sich die neuen Programme, die nach der Annahme des LSP 2002-2006 genehmigt wurden (PASSE, die beiden Maßnahmen im Umweltbereich und EXPOECUADOR) noch in einem relativ frühen Stadium der Durchführung und waren deshalb noch keiner externen Evaluierung unterzogen worden.

Eine besonders wichtige Erkenntnis besteht darin, dass die große geographische und thematische Spannweite der Maßnahmen sowie die Eröffnung der Delegation der Europäischen Kommission in Ecuador im Juli 2003 zwar die Sichtbarkeit der Europäischen Kommission in Ecuador erhöhten und dieser ein besseres Verständnis der Probleme des Landes ermöglichten, die Kohärenz und Koordinierung der Maßnahmen aber begrenzt sind und das Konzept für die Armutsbekämpfung und die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele nicht klar genug ist.

Die Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft mit Ecuador führte im Allgemeinen zu recht guten Ergebnissen; abgesehen vom Ernährungssicherheitsprogramm war es aber kaum möglich, die im Projektansatz begründeten Beschränkungen zu überwinden und einen politischen Dialog mit der Regierung sowohl über die Sektorstrategien und die institutionellen Rahmenbedingungen in den betreffenden Sektoren als auch über die Durchführungsmodalitäten und -methoden aufzunehmen. Dieses Problem stellt sich nicht nur für die Gemeinschaft, sondern für alle wichtigen Geber. Die lang währende politische Instabilität, unter der das Land bereits seit 1996 leidet, führte zu einer chronischen Schwäche und Instabilität des institutionellen und rechtlichen Rahmens des Staates, der bei allen bilateralen Kooperationsprogrammen der Partner ist. Dies schlägt sich auch in den begrenzten Kapazitäten des Landes zur Ausarbeitung und Durchführung nationaler oder sektorspezifischer Entwicklungsprogramme nieder. Die ständige Knappheit der Gegenwertmittel auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene zwingt zu einer übermäßig langsamen Durchführung der Gemeinschaftsmaßnahmen, zu unerwünschter institutioneller Instabilität und zur Reduktion der ursprünglich vorgesehenen Ziele.

Diese Probleme traten insbesondere bei den Maßnahmen zur Förderung von Umweltstrategien auf. Wie bereits in Abschnitt 3.5 dargelegt, gehörten Umweltprobleme und die Umweltpolitik nicht zu den Schwerpunkten der letzten Regierungen und das Umweltministerium ist seinen Aufgaben in keiner Weise gewachsen. Dies erschwerte die Durchführung des Programms für das Paute-Flussbecken und gefährdete die Zukunft des Programms für die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in drei Provinzen im Norden. Bei diesem Programm, das bis Anfang 2011 fortgesetzt werden soll, traten in Ermangelung eines echten nationalen Politikrahmens erhebliche Schwierigkeiten auf.

In den vergangenen Jahren waren allgemein beträchtliche Verzögerungen bei der Durchführung der Kooperationsprogramme der Gemeinschaft in Ecuador festzustellen. Dies liegt vor allem an der großen Instabilität der öffentlichen Verwaltung, in der häufige Ministerwechsel und Personalveränderungen zu einer vollständigen Umbesetzung aller mit der Durchführung der Kooperationsmaßnahmen befassten Personen führten. Außerdem fällt es den schwachen und instabilen staatlichen Institutionen Ecuadors schwer, die neuen Zuständigkeiten zu übernehmen, die sie durch die Anwendung der neuen Haushaltsordnung der Europäischen Kommission ab 2003 erhielten. Die Möglichkeiten der Gemeinschaft zur intensiven Unterstützung laufender Kooperationsprogramme, insbesondere in Zusammenhang mit finanziellen Fragen, sind außerdem dadurch eingeschränkt, dass die für die Region zuständige Delegation in Kolumbien die Finanz- und Vertragsangelegenheiten abwickelt, die die Delegation in Ecuador betreffen.

4.2 Programme der EU-Mitgliedstaaten und anderer Geber

Ecuador erhält sowohl von bilateralen als auch von multilateralen Gebern umfassende Unterstützung in Form einer rückzahlbaren Hilfe und von Zuschüssen (siehe Anhang 5). Da die Hilfemaßnahmen in vielen unterschiedlichen Sektoren und geographischen Gebieten durchgeführt werden, sind die Rahmenbedingungen für die Kooperationsmaßnahmen ziemlich

uneinheitlich. Aufgrund dieser Sachlage und der begrenzten institutionellen Kapazitäten der Regierung für die Harmonisierung, Koordinierung und Lenkung der Gebermaßnahmen ist es äußerst schwierig, verlässliche Daten zu erhalten. Daher beruhen die in diesem Abschnitt und im dazugehörigen Anhang gemachten Angaben auf möglichst genauen Schätzungen. Es bedarf noch großer Anstrengungen, um eine Datenbank einzurichten, die als Grundlage eines besseren Dialogs zwischen der ecuadorianischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft genutzt werden kann. Eine bessere Koordinierung und Kommunikation zwischen den Gebern und mit der Regierung würden ebenfalls dazu beitragen, dass Probleme wie Projektüberschneidungen oder Doppelfinanzierungen und Situationen vermieden werden, in denen Einzelne ungebührlich von der Verwaltung gleichzeitiger Projekte profitieren.

Sieben EU-Mitgliedstaaten unterhalten in Ecuador Kooperationsbüros und führen dort bilaterale Programme durch. Spanien, Deutschland und Belgien sind die wichtigsten einzelstaatlichen Geber innerhalb der Gemeinschaft für Ecuador, sowohl im Hinblick auf die bereitgestellten Mittel als auch auf den strategischen Standort. Die EU-Mitgliedstaaten engagieren sich vor allem in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Bildung, regionale und lokale Entwicklung, während sich die drei führenden Mitgliedstaaten vorrangig für die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, die Förderung der Zivilgesellschaft und die Dezentralisierung einsetzen. Kein Mitgliedstaat verfolgt bei der Zusammenarbeit mit Ecuador einen sektorspezifischen Ansatz oder leistet sektorbezogene Budgethilfe. Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten werden zwar nicht explizit mit denen der Kommission koordiniert, aber es tritt auch keine große Inkohärenz auf. Die Mitgliedstaaten tendieren dazu, die Mittel für die Zusammenarbeit durch eigene Vertreter oder europäische und ecuadorianische NRO zu verwalten. Dies zeigt ihr begrenztes Vertrauen in die Fähigkeit der staatlichen Institutionen zur Verwaltung der Gelder und zur Lösung praktischer Probleme.

Die großen multilateralen Finanzierungsinstitutionen gewähren Ecuador rückzahlbare Darlehen zu Vorzugsbedingungen. An ihrer Spitze stehen die Weltbank und die IDB, die Mittel für verschiedene Sektoren bereitstellen. Als wichtigste Bereiche sind hier die Armutsbekämpfung, ländliche Entwicklung und Entwicklung lokaler Gemeinschaften, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Modernisierung des Staates und die Stärkung der Institutionen zu nennen. Die Anden-Entwicklungsgesellschaft (CAF) konzentriert sich auf die Förderung der Bereiche Bildung, Umwelt, Modernisierung des Staates, Handel, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Sie führt in der Regel groß angelegte Maßnahmen im Wert von mehreren zehn Millionen Dollar durch, die überwiegend auf einen bestimmten Sektor zugeschnitten sind. Obwohl die Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten nicht ausgeschlossen ist, geht die CAF immer mehr zu SWAPS über (siehe Anhang 5). Die UN ist mit neun Agenturen in Ecuador präsent. Ihre größten Programme werden von UNICEF, UNDP und UNHCR durchgeführt. Dabei liegt der Schwerpunkt stärker auf der Projekthilfe als auf einem sektorspezifischen Ansatz.

Seit 2003 beteiligt sich die EG aktiv an thematischen Konsultationen (*mesas de concertación*), die vom INECI, der für die Koordinierung der gesamten Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Stelle des Außenministeriums, anberaumt werden. Diese *mesas* bieten der öffentlichen Verwaltung und den Geberländern und -organisationen die Gelegenheit, sich zu informieren, zu diskutieren und die Programme zu planen. Die jüngsten Konsultationen über verantwortungsvolle Staatsführung und Armutsbekämpfung führten Vertreter der wichtigsten internationalen Entwicklungshilfeeinrichtungen zusammen und gaben wichtige Impulse für die Erörterung der Fortschritte Ecuadors im Hinblick auf die Verwirklichung der Millenniumsziele. Dennoch ist die langfristige Wirkung dieser *mesas* durch die ausgeprägte

Instabilität der Institutionen und der politischen Lage, unter der Ecuador in den vergangenen zehn Jahren litt, oft nur begrenzt.

Obwohl bei der Koordinierung der EU-Maßnahmen in Ecuador einige Schwierigkeiten auftraten, bot die Vorbereitung des vorliegenden Dokuments eine echte Chance für die EG, um den Dialog mit den Mitgliedstaaten sowie mit den staatlichen Institutionen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen Ecuadors über die künftige Ausrichtung der Gemeinschaftshilfe und die Verbesserung der Kohärenz und Komplementarität mit einigen Programmen der Mitgliedstaaten zu vertiefen und auszubauen. Vertreter der schweizerischen und der kanadischen Entwicklungshilfebehörden, von USAID und UNDP beteiligten sich ebenfalls an den Workshop-Vorträgen und Diskussionen über ein Konzeptpapier, in dem die möglichen Bereiche der künftigen Zusammenarbeit umrissen wurden.

4.3 Kohärenz mit der EU/EG-Politik

4.3.1 Allgemeiner Rahmen für die politischen Beziehungen und die Beziehungen in anderen Bereichen

Die politischen Beziehungen zwischen der EU und Ecuador werden nicht nur auf bilateraler Ebene, sondern auch auf regionaler Ebene, d. h. im Rahmen der Beziehungen zwischen der EU und der Andengemeinschaft, gepflegt. Dabei werden unter anderem der politische Dialog, der Dialog auf hoher Ebene über Drogenbekämpfung und das Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit als Instrumente eingesetzt. Die Gemeinschaft unternahm einige Jahre lang große Anstrengungen, um die Integration Ecuadors innerhalb der Andengemeinschaft zu unterstützen.

Im Mai 2004 erklärten die EU und die Andengemeinschaft auf dem Gipfeltreffen von Guadalajara den Abschluss eines Assoziationsabkommens einschließlich eines Freihandelsabkommens zwischen beiden Regionen zu ihrem gemeinsamen strategischen Ziel. Um die wirtschaftliche Integration innerhalb der Andenregion zu unterstützen, wurde 2005 vor der Aufnahme der Verhandlungen eine gemeinsame Bewertung durchgeführt. Eingedenk der in Guadalajara eingegangenen Verpflichtung, jedoch auch der Krise, die durch den Austritt Venezuelas aus der Andengemeinschaft verursacht worden war, wurde auf dem Gipfeltreffen von Wien im Mai 2006 vereinbart, dass die EU und die Andengemeinschaft in naher Zukunft eine klare Verhandlungsgrundlage schaffen werden, die eine uneingeschränkte und nutzbringende Beteiligung aller Parteien ermöglichen wird. Nach einigen Wochen intensiver diplomatischer Kontakte und intensiver Zusammenarbeit, wurde im Juli 2006 ein gemeinsamer Bericht über die Bewertung angenommen und zum Ende von 2006 hin schienen die Aussichten auf die Einleitung von Verhandlungen zwischen den beiden Regionen sehr viel versprechend.

Im Rahmen ihrer bilateralen Beziehungen zu Ecuador entsandte die EU Ende 2002 eine Beobachtermission zu den Präsidenten- und Parlamentswahlen in dieses Land. Die Mission gelangte zu dem Schluss, dass der Wahlprozess trotz einiger verbesserungsfähiger Aspekte den internationalen Standards und den nationalen Rechtsvorschriften entsprach. In den Jahren 2003 bis 2005 gab der Ratsvorsitz im Namen der Europäischen Union drei Erklärungen heraus, in denen er sich immer, wenn auch in unterschiedlichem Maße, besorgt über den Schutz und die Stärkung der Demokratie, der demokratischen Institutionen und des Rechtsstaats zeigte und die Bedeutung des Dialogs für solide und wirksame Reformen, für die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie für den sozialen Zusammenhalt unterstrich.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts standen die Entwicklungszusammenarbeit, der Handel und die Landwirtschaft (insbesondere die Bananenausfuhren Ecuadors in die EU) im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen der EU/EG und Ecuador. Da sehr viele Ecuadorianer in der EU leben und aus einigen EU-Mitgliedstaaten große Beträge nach Ecuador überweisen, wurde auch die Migration zu einem wichtigen Thema. Andere Politikfelder, die im Folgenden ausführlicher beschrieben werden, spielen in den bilateralen Beziehungen eine etwas geringere Rolle.

4.3.2 Handelspolitik

Die Kommission bemüht sich um die Vertiefung und den Ausbau der Handelsbeziehungen auf der Grundlage transparenter und nicht diskriminierender multilateraler Regelungen, einschließlich Maßnahmen der Zoll- und Handelserleichterung und der Anerkennung internationaler Standards wie dem Normenrahmen der Weltzollorganisation zur Sicherung und Erleichterung des Welthandels, ebenso wie im Rahmen der in Doha aufgenommenen WTO-Verhandlungen. Sie unterstützt darüber hinaus mit Hilfe der oben genannten gemeinsamen Bewertung eine stärkere wirtschaftliche Integration Ecuadors in die Andengemeinschaft und verfolgt damit letztendlich das Ziel, ein Assoziierungsabkommen einschließlich eines Freihandelsabkommens zwischen beiden Regionen zu ermöglichen.

In den Jahren 1990 bis 2005 konnte Ecuador das Allgemeine Präferenzsystem (APS) der EU zur Förderung der Drogenbekämpfung in Anspruch nehmen, das den meisten Waren aus Ecuador und anderen Ländern, die sich für die Bekämpfung von Drogenproduktion und Drogenhandel einsetzen, einen zollfreien Zugang zum Binnenmarkt einräumte. Diese Regelung wurde ab 1. Juli 2005 durch die neue „APS+“-Regelung ersetzt, die bis zum Jahr 2015 von Ländern in Anspruch genommen werden kann, die eine Reihe von UN- und ILO-Übereinkommen über Arbeit und Menschenrechte, Umweltschutz und verantwortungsvolle Staatsführung ratifizieren und effektiv umsetzen. Da Ecuador diese Anforderungen erfüllt hat, behielt es den privilegierten Zugang zum Binnenmarkt, der dem Land bereits mit der APS-Regelung zur Förderung der Drogenbekämpfung eingeräumt worden war. Obwohl diese Regelungen 87 % der ecuadorianischen Ausfuhren einen zollfreien Zugang zum Binnenmarkt ermöglichen, konnte das Land die Vorteile der Öffnung des Marktes bislang nicht vollständig ausschöpfen. Es muss daher weitere Schritte unternehmen, um seine Ausfuhren zu diversifizieren und die Handelsbeziehungen mit der EU auszubauen.

Diese Herausforderung konnte zum Teil mit dem Programm EXPOECAUDOR (siehe Abschnitt 4.1.2) sowie mit einigen Programmen, die im Rahmen des Regionalen Strategiepapiers 2002-2006 auf regionaler Ebene durchgeführt werden, in Angriff genommen werden. Für den Zeitraum 2007-2013 sieht die neue Regionalstrategie weitere Maßnahmen auf regionaler Ebene vor. Diese werden im Rahmen der unten dargelegten Länderstrategie für Ecuador durch Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten ergänzt, die spezifische Elemente enthalten, um den Handel Ecuadors mit den übrigen Ländern der Andenregion und mit der EU zu fördern.

4.3.3 Sozialer Zusammenhalt

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und Lateinamerikas erklärten auf ihrem Gipfeltreffen im Mai 2004 in Guadalajara die Förderung des sozialen Zusammenhalts zu einer der wichtigsten Prioritäten in den Beziehungen zwischen beiden Regionen. Die Gemeinschaft stellt für Lateinamerika Mittel zur Finanzierung des Programms EUROsociAL bereit, das zur Sensibilisierung der Politik für die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts beitragen soll und die staatlichen Behörden in Lateinamerika besser in die Lage versetzen soll, wirksame politische Konzepte zur Förderung der sozialen Integration und des sozialen

Zusammenhalts zu formulieren und umzusetzen. Auf der Ebene der Andenregion unterstützt die Gemeinschaft die Umsetzung des integrierten Plans der Andengemeinschaft für die soziale Entwicklung (PIDS), was sie auch im Rahmen des Regionalen Strategiepapiers 2007-2013 fortsetzen will. Der soziale Zusammenhalt zählt zu den wichtigsten Zielen der beiden prioritären Maßnahmen der Länderstrategie für Ecuador.

4.3.4 Landwirtschaft – Gemeinsame Agrarpolitik

Abgesehen von Bananen stehen nur wenige landwirtschaftliche Erzeugnisse, die unter die gemeinsame Agrarpolitik der Gemeinschaft fallen, in direkter Konkurrenz zu den ecuadorianischen Erzeugnissen. Die EU-Bananenpolitik gibt seit langem Anlass zu Spannungen mit Ecuador und zu Unzufriedenheit seitens der ecuadorianischen Bananenerzeuger. Am 1. Januar 2006 ging die EU von einer komplizierten Einfuhrregelung, die auf einer Kombination aus Zöllen und Kontingenten für Meistbegünstigungsbananen basierte, zu einer Regelung über, die ausschließlich auf einem Zollsatz (176 EUR pro Tonne) beruht und gleichzeitig Bananen aus AKP-Ländern weiterhin eine Präferenz im Rahmen des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens (Cotonou-Abkommen) einräumt. Obwohl die Menge der 2006 aus Ecuador in die EU ausgeführten Bananen nach Inkrafttreten der neuen Regelung offenbar mit der des Vorjahres vergleichbar war, vertritt Ecuador die Auffassung, dass der Zollsatz zu hoch ist. Bei den in der Strategie für Ecuador vorgesehenen Maßnahmen zur Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten werden die Entwicklungen der europäischen und internationalen Märkte für Bananen berücksichtigt.

4.3.5 Gesundheits- und Pflanzenschutz, Verbraucherschutz

Die Gemeinschaftspolitik im Bereich des Gesundheits- und Pflanzenschutzes sowie des Verbraucherschutzes dient dem Schutz der wirtschaftlichen Interessen und der Gesundheit der europäischen Verbraucher wie auch Absicherung der Nahrungsmittelsicherheit und der öffentlichen Gesundheit in Europa. Die entsprechenden Strategien der EU werden von den ecuadorianischen Erzeugern und Ausführern teilweise als Mittel zum Aufbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse betrachtet, die den Zugang bestimmter Erzeugnisse und insbesondere der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu den europäischen Märkten indirekt einschränken. Daher sieht das Programm EXPOECUADOR (siehe Abschnitt 4.1.2) Maßnahmen vor, die Ecuador die Einhaltung der europäischen Standards erleichtern sollen, und voraussichtlich werden auch die in der Strategie 2007-2013 vorgesehenen Programme zur Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten solche Maßnahmen einschließen.

4.3.6 Umweltpolitik

Die umweltpolitischen Anstrengungen der Gemeinschaft in Ecuador und den benachbarten Andenländern konzentrieren sich auf das Sechste Umweltaktionsprogramm der Gemeinschaft (6. EAP 2002-2011). Ecuador soll insbesondere zur Einhaltung der Verpflichtungen angehalten werden, die es mit verschiedenen multilateralen Umweltabkommen eingegangen ist. Die EU verfügt über detaillierte Strategien für problematische Umweltfragen wie Klimawandel, Umweltbelastungen, Biodiversität und die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen (z. B. Wald und Wasser), und spielt daher auch eine wichtige Rolle in diesen Bereichen.

Die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen ist eine der im LSP 2002-2006 festgelegten Prioritäten. Wie in Abschnitt 4.1.3 dargelegt ist das Umweltministerium aber außerordentlich schwach und die Durchführung der Gemeinschafts- Maßnahmen in diesem Bereich ist durch besondere Schwierigkeiten geprägt. Daher wird in der Strategie 2007-2013

vorgeschlagen, die Umweltfragen als Querschnittsaufgabe in die beiden Schwerpunktbereiche einzubinden. Dies könnte sich wirksamer als der im LSP 2002-2006 verfolgte Ansatz erweisen, bei dem den Umweltmaßnahmen generell Vorrang eingeräumt wurde.

4.3.7 Forschungs- und Entwicklungspolitik, Wissensgesellschaft

Die Gemeinschaftspolitik für Forschung und Entwicklung, Bildung und Kultur sowie zur Förderung der Informationsgesellschaft stellt eine wichtige Komponente der Zusammenarbeit mit Ecuador dar. Die Forschungsrahmenprogramme der EU fördern die internationale Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern und stärken die Partnerschaft mit der Region. Ecuador wird Gelegenheit erhalten, von den neuen Mechanismen zu profitieren, die durch das Siebte Forschungsrahmenprogramm (2007-2013) eingeführt werden, wie Austausch von Forschern und bilaterale Kooperationsprogramme zwischen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern. Die unlängst mit Südamerika ins Leben gerufenen Plattformen zur Förderung von Wissenschaft und Technologie werden das Spektrum der Zusammenarbeit innerhalb eines weit gefassten regionalen Kontexts ausdehnen, in dem auch Ecuador sich beteiligen kann.

Im Rahmen der Kultur- und Bildungsprogramme werden Stipendien vergeben und Netzwerke zwischen Hochschulen aufgebaut.

Die Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Staaten auf dem Gebiet der Informationstechnologie verfolgt vor allem folgende Ziele: die Förderung der Informationsgesellschaft im Rahmen der regionalen Integration, die Integration der lateinamerikanischen Staaten in die globale Informationsgesellschaft, die Förderung der Interessen europäischer Unternehmen und Akteure in Lateinamerika sowie den Ausbau der technischen Zusammenarbeit insbesondere im Rahmen der Programme der EU für Forschung und technologische Entwicklung.

4.3.8 Konfliktverhütung

Die EU verfügt über eine Reihe von Instrumenten für die Konfliktverhütung, zu denen die Entwicklungszusammenarbeit, die Handels-, die Sozial- und die Umweltpolitik, die Diplomatie und der politische Dialog sowie spezifische Instrumente wie das Instrument für Stabilität der Gemeinschaft zählen. In der Mitteilung der Kommission zur Konfliktprävention aus dem Jahr 2001 und der Europäischen Sicherheitsstrategie, die der Europäische Rat 2003 annahm, wird betont, wie wichtig ein integrierter Ansatz für die Konfliktprävention und das Krisenmanagement ist. Der im November 2005 verabschiedete Europäische Konsens zur Entwicklungszusammenarbeit spiegelt die Bemühungen der EG um die Entwicklung umfassender Pläne für Länder mit hohem Konfliktrisiko wider. Ihre Maßnahmen zur Verhütung und Lösung von Konflikten setzen bei den Ursachen an, die von Armut, schlechteren Umweltbedingungen, der exzessiven Nutzung natürlicher Ressourcen, einer ungleichen Verteilung des Lands und der natürlichen Ressourcen sowie einem ungleichen Zugang zu diesen, einer schlechten Staatsführung bis zu Menschenrechtsverletzungen und geschlechtsbedingten Benachteiligungen reichen.

Wie in Abschnitt 3.7.1 dargelegt, haben sich die Konflikte in Ecuador in den vergangenen Jahren verschärft, was oft auf soziale Ausgrenzung und die Schwäche der demokratischen Institutionen zurückzuführen ist. Um diese Ursachen zu beheben, wird die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Institutionen und der verantwortungsvollen Staatsführung in beiden Schwerpunktbereichen der Strategie für Ecuador systematisch berücksichtigt.

4.3.9 Drogenbekämpfungspolitik

Für die Gemeinschaftspolitik zur Bekämpfung illegaler Drogen sind fünf Grundsätze maßgeblich, die auf der Sondersitzung der UN-Generalversammlung zur Drogenbekämpfung im Juni 1998 angenommen wurden. Diese Grundsätze sind: die gemeinsame Verantwortung, die Betonung des Multilateralismus, ein ausgewogenes Konzept, die systematische Berücksichtigung der Entwicklungsaspekte und die Achtung der Menschenrechte. Die Anstrengungen der EU zur Bekämpfung des Konsums und der Produktion illegaler Drogen sowie des Drogenhandels orientieren sich an der EU-Drogenbekämpfungsstrategie (2005-2012) und an ihrem Aktionsplan zur Drogenbekämpfung (2005-2008). Beide bieten ein ausgewogenes integriertes Konzept für die Behandlung des Problems der illegalen Drogen. Der Schwerpunkt der Drogenbekämpfungsstrategie liegt auf Maßnahmen zur Verringerung von Angebot und Nachfrage, aber sie fordert auch ein stärkeres Engagement der EU in der internationalen Zusammenarbeit. Die EU soll sich in den internationalen Organisationen für ein ausgewogenes Drogenbekämpfungskonzept einsetzen und Drittländer im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, beispielsweise durch koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels, bei der Verringerung der Drogennachfrage und der Drogenlieferungen unterstützen. Im EU-Aktionsplan für die Drogenbekämpfung (2005-2008) wird der Zusammenarbeit mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik bei der Drogenbekämpfung besondere Bedeutung beigemessen.

Die gemeinsame Verantwortung der EU und der Andenregion für die Drogenbekämpfung kommt auch weiterhin in den Kooperationsmaßnahmen zum Ausdruck, die im Regionalen Strategiepapier (RSP) im Einzelnen genannt werden. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen ist bislang insbesondere auf die Bekämpfung von Drogengrundstoffen und synthetischen Drogen ausgerichtet. Im RSP 2007-2013 ist der Kampf gegen illegale Drogen ebenfalls als einer der Schwerpunkte der Zusammenarbeit ausgewiesen. Die entsprechenden Maßnahmen werden beispielsweise durch folgende Instrumente ergänzt: die Beteiligung an multilateralen Diskussionen innerhalb der Suchtstoffkommission der UN, den Mechanismus zur Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik im Bereich der Drogenbekämpfung, regelmäßige Gespräche im Rahmen des Dialogs auf hoher Ebene der EU und der Andengemeinschaft über die Drogenbekämpfung sowie Abkommen und Treffen zwischen der Gemeinschaft und den fünf Ländern der Andengemeinschaft über Drogengrundstoffe.

Obwohl in Ecuador vereinzelt Koka angebaut wird, gilt das Land nicht als Koka-Erzeugerland. Bislang geben vor allem der über Ecuador laufende Drogenhandel und die Geldwäsche von in anderen Ländern illegal erzielten Erlösen Anlass zur Sorge. Im Verlauf der Konsultationen mit den ecuadorianischen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Zuge der Vorbereitung des vorliegenden Dokuments wurden keine EU-Maßnahmen im Bereich der alternativen Entwicklung angeregt. Die in der Länderstrategie 2007-2013 vorgesehenen Programme zur Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten könnten aber durch Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Existenzgrundlagen in den Regionen ergänzt werden, die besonders anfällig für ein Übergreifen des Kokaanbaus aus den Nachbarländern Kolumbien und Peru sind.

4.3.10 Migration

In der Mitteilung der Kommission über die „Einbeziehung von Migrationsbelangen in die Beziehungen der Europäischen Union zu Drittländern“ aus dem Jahr 2002 wird erklärt, dass die Zusammenarbeit mit Drittländern auf dem Gebiet der Migration es ermöglichen muss, die tieferen Ursachen von Migrationsströmen anzugehen, eine auf gemeinsamen Interessen beruhende partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den betreffenden Drittländern aufzubauen und spezifische und konkrete Initiativen zur Unterstützung von Drittländern beim Ausbau ihrer Kapazitäten im Bereich der Migrationssteuerung einzuleiten. In einer Mitteilung von 2005 über Migration und Entwicklung wird eine Reihe von Wegen aufgezeigt, wie die EU in Bezug auf den Nexus Migration-Entwicklung in Partnerschaft mit den Entwicklungsländern, aus denen Migranten in die EU kommen, zu effektiven Fortschritten beitragen kann. Obwohl Lateinamerika kein geografischer Schwerpunkt der Migrations- und Asylpolitik der EU ist, hat sich die Migration zu einem wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Thema für viele lateinamerikanische Staaten entwickelt. Das im Dezember 2003 unterzeichnete Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Andengemeinschaft enthält eine Klausel über die Zusammenarbeit im Bereich der Migration.

Ecuador ist eines der am stärksten von den Auswirkungen der Migration betroffenen Länder und setzt sich daher aktiv mit bestimmten Aspekten der Migration auseinander. Besondere Bedeutung misst es den Rechten der Ecuadorianer in ihren Gastländern bei. Ein ausführlicher Bericht über das Ausmaß der Migration in Ecuador und deren Folgen ist in Anhang 8 zu finden. Wie in Abschnitt 3.4 dargelegt, stellen die Überweisungen der im Ausland lebenden Ecuadorianer die zweitgrößte Einnahmequelle des Landes nach dem Erdöl dar. Die EG erwägt, das Land im Rahmen des Programms AENEAS, das eine finanzielle und technische Unterstützung von Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl ermöglicht, zu unterstützen und Überweisungen von in der EU lebenden Migranten nach Lateinamerika und in die Karibik zu erleichtern. Dies läge auch im direkten Interesse Ecuadors. Erfolge bei der Schaffung und Förderung von Produktionstätigkeiten mit Hilfe der in der Länderstrategie 2007-2013 vorgesehenen Programme zur Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten würden nicht nur zur Verringerung der Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit wie auch zur Erhöhung der Haushaltseinkommen führen, sondern auch zur Eindämmung der Migrationsströme beitragen und sogar die im Ausland lebenden Ecuadorianer zur Rückkehr ermutigen. Darüber hinaus könnten innovative Methoden zur Nutzung der Überweisungen für Finanzierungs- und Kreditmechanismen zur Förderung von wirtschaftlichen Möglichkeiten geprüft werden.

5. LÄNDERSTRATEGIE DER EG

5.1 Allgemeine Ziele und Grundsätze der Zusammenarbeit

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Papiers verfügte Ecuador über keine umfassende Armutsbekämpfungsstrategie, die die Grundlage für die künftigen Beziehungen der EG zu dem Land bilden könnte. Die unzulängliche Staatsführung in Ecuador hat negative Auswirkungen nicht nur auf die Lebensqualität seiner Bürger, sondern auch auf die wirksame und fristgerechte Umsetzung der Kooperationsmaßnahmen der EG. Die politische Lage ist ungewiss und ihre künftige Entwicklung hängt davon ab, inwiefern die neue, ihre Amtsgeschäfte im Januar 2007 übernehmenden Regierung in der Lage sein wird, effektiv zu regieren und politische Reformen einzuleiten und durchzuführen. Einige Probleme und

Grundbedürfnisse bleiben jedoch langfristig gleich, ohne dass ein Regierungswechsel oder Änderungen in der politischen und verwaltungstechnischen Organisation des Staates eine Rolle spielen. Zu den größten Entwicklungsproblemen des Landes zählen die Staatsführung, der soziale Zusammenhalt, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, die Sicherheit der Bürger und die Migration. Die EG hat diese Erfordernisse eingehend geprüft und im Anschluss an Konsultationen und Gespräche mit der Regierung, internationalen Entwicklungsakteuren und der Zivilgesellschaft (s. Anhang 10) die nachstehende Strategie für die Beziehungen zu Ecuador im Zeitraum 2007-2013 erarbeitet.

Die in Abschnitt 3 vorgenommene Analyse der politischen Situation zeigt, dass Ecuador unter einer auf allen Ebenen unzulänglichen Staatsführung leidet, was zu zahlreichen Hindernissen für diejenigen politischen Akteure und Institutionen führt, die sich um einen geeigneten und strukturierten Beitrag zur Entwicklung des Landes bemühen. Die nachteiligen Auswirkungen der unzulänglichen Staatsführung zeigen sich in allen Aspekten des Lebens, d.h. in Politik, Sozialwesen, Wirtschaft und Justiz. Aber die Regierbarkeit eines Landes kann nicht allein auf Basis diesbezüglicher Kooperations-Bereitschaft verbessert werden. Rafael Correa ist für seine Eigen-Verpflichtung, die langanstehenden Probleme Ecuadors anzugehen, Ende 2006 gewählt worden, aber detaillierte Vorschläge zur Umsetzung stehen zum Zeitpunkt der Adoption des Länderstrategie-Papieres noch aus, mit Ausnahme seines Planes, einen Plebiszit im Hinblick auf eine verfassungsgebenden Versammlung einzuberufen.

Um wirksam zu den Bemühungen um die Verbesserung der Staatsführung in Ecuador unter diesen unsicheren Umständen beizutragen, glaubt die EC, dass der beste Weg darin besteht, Schlüsselsektoren zu identifizieren, in denen auf der Grundlage nationaler Initiativen Geberhilfe notwendige Reformen unterstützen und gleichzeitig zur finanzielle Hilfe bei der Erreichung der vereinbarten, sektoriellen Zielsetzungen beitragen kann. Die vorgeschlagene Länderstrategie der EG sieht zwei Hauptachsen vor: die Erbringung von Unterstützung für die nationale Politik; und die Schwerpunktsetzung in der Zusammenarbeit. Durch die Unterstützung der nationalen Politik im Bildungsbereich und der Förderung wirtschaftlicher Entwicklung wird die EG einen Beitrag zur Verbesserung aller Aspekte der Staatsführung in diesen beiden Bereichen leisten, mittels der Definition von Langzeitzielen und –Strategien bis zu deren Einbeziehung in das nationale Budget, die Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den betroffenen Institutionen und der Stärkung der Kapazitäten dieser Institutionen, der Annahme von verbesserten finanziellen Mechanismen und Arrangements für die sozialen Ausgaben, die Implementierung von ergebnis-orientiertem Monitoring und der Beteiligung der Benutzer in Evaluierungs-aktivitäten und andere Maßnahmen. All diese Maßnahmen sind zur Förderung der Staatsführung und Regierbarkeit notwendig. Durch die schwerpunktmäßige Zuweisung der Kooperationsmittel an eine begrenzte Anzahl von Sektoren kann die EG - gemeinsam mit anderen Gebern – die kritische Masse erreichen, die für die Unterstützung der effizienten Umsetzung langfristiger nationaler Politikmaßnahmen erforderlich ist, wobei gleichzeitig eine zu breite Streuung der Bemühungen und eine mangelnde Effizienz vermieden werden, wie sie manchmal mit einer zu starken Aufsplitterung eines begrenzten Budgets einhergehen.

Das oberste Ziel der nachstehend beschriebenen EG-Maßnahmen besteht in einer Verringerung der Armut und einem Beitrag zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Die Aktivitäten dienen der Förderung des sozialen Zusammenhalts - und damit der Verringerung von Armut, Ungleichheiten und sozialer Ausgrenzung - und der regionalen Integration. Angesichts der Schwäche der nationalen Institutionen wird bei sämtlichen Maßnahmen besonderes Augenmerk auf den Aufbau der institutionellen

Kapazitäten und die Förderung einer verbesserten Staatsführung in allen EC finanzierten Interventionen in den beiden Bereichen gerichtet.

Die strategischen Schwerpunktbereiche wurden auf der Grundlage sämtlicher obigen Ausführungen sowie einer eingehenden Analyse der von anderen Gebern und Finanzierungsquellen bereitgestellten Unterstützung ausgewählt, um zu gewährleisten, dass die vorliegende Strategie in angemessener Weise auf künftige Erfordernisse eingeht, die nicht anderweitig abgedeckt werden. Wie in Abschnitt 4.1.3 dargelegt, besteht eine der wichtigsten Erkenntnisse, die durch das LSP 2002-2006 gewonnen wurden, darin, dass die Effizienz, Kontinuität und langfristige Wirkungskraft von Maßnahmen, die einem Projektansatz folgen, ernstlich gefährdet sind, wenn die Partnereinrichtungen schwach und instabil sind. Die chronische politische und institutionelle Instabilität Ecuadors macht die Formulierung und Umsetzung kohärenter Sektorpolitiken zu einer schwierigen Herausforderung. Durch die Zugrundelegung eines sektoralen Ansatzes für die geplanten Maßnahmen dürfte die EG jedoch zu einer Verbesserung der entsprechenden Fähigkeiten des Landes beitragen können, da ein solcher Ansatz voraussetzt, dass zuvor eine Strategie, mittelfristige Investitionsrahmen, Systeme für die sektorale Überwachung und verstärkte Mechanismen für die Koordinierung zwischen Gebern und Regierung festgelegt werden.

Die Aktionen werden mit den übrigen internationalen Entwicklungsakteuren und der Regierung koordiniert und abgestimmt, insbesondere in den Sondierungs- und Formulierungsphasen, wobei besonderer Nachdruck auf Bemühungen um eine Komplementarität mit den Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten gelegt wird. Bei der Auswahl der Schwerpunktbereiche wurden den von der EG in den Beziehungen zu Ecuador gewonnenen Erfahrungen und komparativen Vorteilen Rechnung getragen. Es wurden außerdem Sektoren ausgewählt, in denen die Maßnahmen am wirksamsten sein dürften, weil sie am besten auf die EG-Verfahren und die Haushaltsordnung abgestimmt sind. Darüber hinaus wird eine größtmögliche Kohärenz zwischen den einzelnen EG-Programmen angestrebt.

Die Konfliktprävention ist in Ecuador ein wachsendes Anliegen, das möglicherweise auch im Rahmen aller EG-Maßnahmen besonderer Aufmerksamkeit bedürfen wird. Zu den wichtigsten Ursachen für Konflikte in Ecuador zählen der Mangel an sozialen Diensten und der nicht gleichberechtigte Zugang zu diesen, die schlechte Qualität und Verwaltung dieser Dienste aufgrund der schwachen Regierungsführung sowie die Armut und die soziale Ausgrenzung. Die unten als die beiden Schwerpunktbereiche vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhöhung der Ausgaben für die Bildung und zur Verbesserung ihrer Qualität und zur Schaffung nachhaltiger Existenzgrundlagen werden daher direkte und indirekte Auswirkungen auf die Konflikte haben. Darüber hinaus ist geplant, dass Aktionen zur Konfliktprävention und -bewältigung in alle EG-Maßnahmen einbezogen werden und dass die Konfliktprävention gegebenenfalls als direktes oder indirektes Ziel angegeben wird. Möglicherweise ist es auch erforderlich, dass die EG dieses Problem mit Hilfe anderer Finanzierungsinstrumente angeht, wie das Instrument für Stabilität oder thematische Haushaltslinien, aus denen die Förderung der Menschenrechte und Maßnahmen nichtstaatlicher Akteure finanziert werden.

Die in dieser Strategie vorgeschlagenen Interventionsbereiche stehen uneingeschränkt im Einklang mit den Strategien der Kommission auf regionaler Ebene, insbesondere hinsichtlich der Schwerpunkte, nämlich zum einen Förderung des sozialen Zusammenhalts durch mehr Investitionen in die Bildung und durch eine verbesserte Staatsführung und zum anderen Förderung der regionalen Integration durch die Unterstützung wettbewerbsfähiger

Kleinstbetriebe und kleiner und mittelgroßer Unternehmen (KMU), die die Handelsmöglichkeiten innerhalb der Andengemeinschaft und darüber hinaus optimieren können.

In diesem Zusammenhang hat die EG folgenden strategischen Interventionsbereichen Priorität eingeräumt:

1. Beitrag zur Erhöhung der sozialen Investitionen der Regierung mit dem Ziel der Verbesserung des Zugangs marginalisierter und benachteiligter Gemeinschaften zu sozialen Diensten
2. Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten und Förderung der regionalen Integration durch die Unterstützung wettbewerbsfähiger Kleinstbetriebe und KMU

Beide Interventionsbereiche sollen großen Nachdruck auf die Querschnittsthemen Institutionenaufbau und Förderung der verantwortungsvollen Staatsführung auf allen Gebieten legen und gegebenenfalls zur Stärkung der dezentralen Behörden beitragen. Hier werden die neuen EG-Programme auf den Errungenschaften von PROLOCAL bei der Unterstützung der lokalen Wirtschaftsentwicklung mit dem Ziel der Armutsbekämpfung aufbauen. Der zweite oben genannte Bereich wird außerdem die Errungenschaften des Programms EXPOECUADOR ergänzen und auf ihnen aufbauen; dieses Programm wird in den ersten Jahren des nächsten Programmierungszeitraums fortgesetzt. Ferner werden Synergien und Komplementaritäten mit geeigneten Programmen im Rahmen des Regionalen Strategiepapiers angestrebt bzw. optimal genutzt.

Beide Interventionsbereiche werden so konzipiert, dass die vorrangige Behandlung von Umweltanliegen und die Förderung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen einen festen Bestandteil jedes Programms bilden. Dadurch wird sichergestellt, dass die EG auf den Errungenschaften der im Rahmen des LSP 2002-2006 durchgeführten Programme zur Verbesserung des Umweltmanagements aufbaut, während gleichzeitig auch den bei ihrer Umsetzung angetroffenen Schwierigkeiten Rechnung getragen wird, die vor allem auf die begrenzten institutionellen Kapazitäten Ecuadors zurückzuführen waren (s. Abschnitte 4.1.3 und 4.3.6).

5.2 Schwerpunkte und spezifische Ziele der Zusammenarbeit

5.2.1 Beitrag zur Erhöhung der sozialen Investitionen der Regierung mit dem Ziel der Verbesserung des Zugangs marginalisierter und benachteiligter Gemeinschaften zu sozialen Diensten

5.2.1.1 Begründung der Maßnahmen

Das Fehlen eines gleichberechtigten Zugangs zu Gesundheit, Bildung und anderen sozialen Diensten in Ecuador hat Auswirkungen auf die Faktoren, die die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes verlangsamen: auf die Beschäftigung, die Armut, das Vertrauen in die Regierung und die Institutionen, die interkulturelle Integration und die Migration. Zahlen des nationalen Statistikamts zeigen, dass ein erheblicher Anteil der Bevölkerung Schwierigkeiten beim Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdiensten hat und dass erhöhte Sozialausgaben von zentraler Bedeutung für die Verbesserung des Humankapitals sind. Einer der wichtigsten Faktoren der sozialen Ausgrenzung und Unterbeschäftigung ist - vor allem in Bezug auf die indigenen und afro-ecuadorianischen Bevölkerungsgruppen - die geringe

Effizienz des Schulsystems in ländlichen und marginalisierten städtischen Gebieten. Aufgrund der beträchtlichen ethnischen und kulturellen Vielfalt Ecuadors ist ein geeignetes Bildungssystem besonders wichtig.

Bei Redaktionsschluss war der Gesundheitssektor in Ecuador derjenige Bereich, der den größten Anteil der EG-Beiträge erhalten hat, wenn man das Gesundheitsprojekt in Esmeraldas (6 Mio. EUR) und das *Programa de apoyo al sector salud en Ecuador* (PASSE - 28 Mio. EUR) berücksichtigt. Dies könnte weitere EG-Maßnahmen im Gesundheitswesen rechtfertigen, um auf dem erworbenen Sachwissen aufzubauen, doch zwei Faktoren sprechen dagegen, die Entwicklungszusammenarbeit der EG im Gesundheitsbereich bereits 2007 weiter auszubauen. Erstens lassen die Schwierigkeiten bei der Durchführung der EG-Projekte im Gesundheitssektor darauf schließen, dass dessen Kapazitäten für die Absorption von größeren Beträgen externer Hilfe begrenzt sind. Zweitens wurde PASSE erst 2005 eingeleitet, weshalb bei der Ausarbeitung dieses Papiers noch keine Aussagen bezüglich der künftigen Erkenntnisse aus dem Programm und seiner Erfolge getroffen werden können, insbesondere hinsichtlich der potenziellen Auswirkungen auf die Strategie Entwicklung und die Verwaltung des Gesundheitssektors im Vergleich zu den lokalen Verbesserungen in der primären Gesundheitsversorgung. Schlussfolgerungen anhand von Evaluierungen dürften kaum vor 2008 gezogen werden können.

5.2.1.2 *Formulierung von Programmen im Bereich der sozialen Investitionen: Bildung*

Mehrere Faktoren sprechen für eine Betätigung der EG im **Bildungsbereich**. Die EG, wie auch die meisten internationalen Entwicklungsagenturen, betrachtet die Bildung als grundlegendes Element der nachhaltigen menschlichen Entwicklung und verknüpft ihre Strategie mit der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Während des Konsultationsprozesses in Ecuador, der 2005 in der frühen Phase der Ausarbeitung dieses Papiers stattfand, argumentierten viele Gesprächspartner, dass die Unterstützung für den Bildungssektor Priorität erhalten sollte, da ein enger Zusammenhang zwischen Problemen in diesem Bereich und den Schwierigkeiten Ecuadors bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele bestehe. Zweitens zeigen die verfügbaren Statistiken, dass soziale Ausgaben für Bildung den Gesundheitsausgaben hinterherhinken, was die nachteiligen Auswirkungen auf die sozialen und kulturellen Ungleichheiten noch verstärkt. Die Bedingungen für die Beteiligung der EG an einer Vereinbarung mehrerer Geber zur Unterstützung des Bildungsbereichs auf sektoraler Basis scheinen recht günstig zu sein, was den für frühere Regierungen durchgeführten Vorbereitungsstudien zur Reform und Modernisierung des Bildungswesens zu verdanken ist, einschließlich der Vorbereitung eines SWAP in enger Zusammenarbeit mit der Weltbank, der IDB und der CAF. Die Zustimmung mit 67 % zu dem *Plan Decenal de Educación 2006 – 2015* als eine nationale Politikmassnahme mit budgetärer Priorität, welche in dem Referendum von Ende 2006 erreicht wurde, verbessert nachhaltig die Aussicht für eine effektive Intervention seitens der EG in diesem Sektor.

Die finanzielle Unterstützung der Weltbank wurde vorwiegend für die Finanzierung des Pensionssystems für Lehrer und die Einstellung neuer Lehrer genutzt, während die CAF sich vor allem auf die Instandhaltung der schulischen Infrastrukturen konzentriert. Je nach Ergebnis des politischen Dialogs, der den Maßnahmen der EG im Bildungssektor vorausgehen müsste, könnte die Zusammenarbeit der EG einen Mehrwert erbringen, in dem sie sich auf Bereiche konzentriert, in denen keine anderen Geber tätig sind, wie die Verbesserung der

Primarschulabschlussrate und die Unterstützung der formellen und informellen technischen und beruflichen Ausbildung und sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Bildungswesens, z.B. Lehrerausbildung und Gestaltung von Lehrplänen. Diese Aktivitäten würden zur Bildung produktiver und wettbewerbsfähiger Arbeitskräfte führen, die wiederum wesentlich für die Verwirklichung der Ziele des anderen Schwerpunktbereichs ist (Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten und Förderung der regionalen Integration durch die Unterstützung wettbewerbsfähiger Kleinstbetriebe und KMU). Sonstige Maßnahmen zur Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und anderen sozialen Diensten könnten erwogen werden, beispielsweise geografisch ausgerichtete Maßnahmen mit Schwerpunkt auf Gebieten mit hohen Armutsquoten und einer hohen Konzentration an benachteiligten Gruppen wie indigenen und afro-ecuadorianischen Gemeinschaften. Dabei sollte partnerschaftlich mit den lokalen und regionalen Behörden sowie ihren repräsentativen Organisationen zusammengearbeitet werden. In Erwägung gezogen werden auch Maßnahmen, die den Schulbesuch von Kindern, die sich in bezahlten Arbeitsverhältnissen befinden, fördern und die zu der entsprechenden Arbeitssuche führenden Faktoren mildern, sowie Maßnahmen, die potenziell zur Verringerung der Anfälligkeit von Kindern und Jugendlichen für Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung beitragen.

Unabhängig davon, ob die Maßnahmen auf sektoraler oder geografischer Grundlage unterstützt werden, werden die geplanten Programme großen Nachdruck auf die Übertragung von Zuständigkeiten, u.a. für die Durchführung, auf die lokale Ebene legen, um den Dezentralisierungsprozess zu fördern. Die Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung auf der Grundlage von Transparenz und Rechenschaftspflicht wird als wichtiges Querschnittsthema ebenfalls einbezogen.

5.2.1.3 Risiken

Folgende Risiken sind in diesem Sektor zu erwarten:

- große Zahl und Vielfalt der im Bildungsbereich vertretenen institutionellen Akteure
- die Tatsache, dass die Lehrer, zumindest im öffentlichen Sektor, sehr gut in einer kämpferischen Gewerkschaft organisiert sind, die viele Reformversuche im Bildungswesen verhindert hat und offenbar nicht immer der Erteilung eines qualitativ hochwertigen Unterrichts Vorrang einräumt
- Fehlen einer klar definierten staatlichen Politik im Bereich der fachlichen und beruflichen Ausbildung

5.2.2 Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten und Förderung der regionalen Integration durch die Unterstützung wettbewerbsfähiger Kleinstbetriebe und KMU

5.2.2.1. Begründung der Maßnahmen

Die Verringerung der Armut und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in Ecuador sind ohne eine Erhöhung des Prokopfeinkommens durch die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht möglich. Die Beschäftigungsstruktur des Landes ist prekär mit hoher Arbeitslosigkeit und vor allem hoher Unterbeschäftigung. Die wichtigsten Merkmale der Unterbeschäftigung sind die großen Unterschiede zwischen Produktions- und Dienstleistungssektor, der Standort der Tätigkeiten (in ländlichen oder städtischen Gebieten), deren rechtliche Stellung (formeller und informeller Sektor), das Ausbildungsniveau der

erwerbstätigen Bevölkerung und schließlich Aspekte im Zusammenhang mit Geschlecht und ethnischer Herkunft. Generell arbeiten arme Menschen in Ecuador auf der Basis von Überlebensstrategien oder in der einfachen wirtschaftlichen Reproduktion.

Das in den letzten Jahren außerhalb des Erdölsektors verzeichnete Wirtschaftswachstum hatte keine größeren Auswirkungen in Form der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und der Verringerung der Armut. Darüber hinaus gibt es wenige Kapazitäten für die Spezialisierung und das kommerzielle Management in Industrie und Wirtschaft. Die Arbeitsplatzschaffung hängt in hohem Maß von der Wirtschaftstätigkeit ab, doch die Rahmenbedingungen in Ecuador sind nicht besonders günstig für die Entwicklung der Produktion und die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Gründung und Führung von Unternehmen ist teuer und zeitaufwendig und der Zugang zu Finanzmitteln und Krediten gestaltet sich schwierig. Darüber hinaus ist die Einhaltung der relativ komplexen rechtlichen und steuerlichen Regelungen für die Unternehmen mit hohen Kosten verbunden, wodurch Steuerumgehungen und Steuerbetrug ungewollt gefördert werden können. Schließlich gibt es trotz zahlreicher Versuche und Vorschläge in diese Richtung kaum politische Leitlinien oder eine langfristige strategische Planung seitens des Staats, um die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Ein Wirtschaftswachstum, aus dem sich mehr wirtschaftliche Möglichkeiten ergeben, erfordert einen tragfähigen institutionellen Rahmen und eine Strategie, die eine echte nachhaltige Entwicklung der Unternehmen unterstützt und fördert.

Ziel des APS-Plus-Systems der EU ist die Gewährung eines präferenziellen Zugangs für den ecuadorianischen Produktionssektor, um das Wirtschaftswachstum und die Diversifizierung anzukurbeln, doch die ecuadorianischen Unternehmen konnten die Möglichkeiten dieses Systems und seiner Vorgänger nicht immer voll ausschöpfen. Die regionale Integration hat für die EU und Lateinamerika höchste Priorität, und die EU-Mitgliedstaaten und die Andenländer einschließlich Ecuador haben sich den Abschluss eines Assoziationsabkommens zum gemeinsamen Ziel gesetzt. Die EG kann dazu beitragen, dass Ecuador diese Ziele erreicht, indem sie Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der ecuadorianischen Unternehmen unterstützt, vor allem der Kleinstbetriebe und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die für die Arbeitsplatzschaffung von entscheidender Bedeutung sind.

5.2.2.2 Formulierung von Programmen in diesem Bereich

Auf der Grundlage der derzeitigen Beschäftigungsstruktur besteht das Ziel im Wesentlichen darin, die produktionsbezogenen, strukturellen und institutionellen Aspekte im Zusammenhang mit Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Marktzugang in ländlichen, stadtnahen und städtischen Gebieten anzugehen, einschließlich der Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen.

Innerhalb eines allgemeinen Rahmens zur Unterstützung der Gründung und Konsolidierung von Kleinst- und Kleinunternehmen und im Kontext der lokalen Wirtschaftsentwicklung in ländlichen Gemeinden und stadtnahen Gebieten wird mit dem Programm angestrebt, Produktionstätigkeiten zu schaffen und zu fördern, um Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit zu verringern und das durch die Haupterwerbstätigkeit der Familie erzeugte Einkommen zu erhöhen. Falls die Rahmenbedingungen nach den Wahlen von 2006 günstig sind, könnte diese Maßnahme in Form der Unterstützung eines sektoralen Ansatzes in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien (z.B. für Arbeit und Beschäftigung, Handel, Industrialisierung, Fischerei und Wettbewerbsfähigkeit) durchgeführt werden. Wahrscheinlicher ist derzeit jedoch eine Umsetzung der Maßnahme mit Hilfe von Programmen in Zusammenarbeit mit Stellen wie den zuständigen Ministerien und/oder

lokalen Behörden und ihren repräsentativen Organisationen, halbautonomer Einrichtungen wie dem *Instituto Nacional de Normalización*, dem *Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos del Ecuador* und dem *Consejo Nacional de la Mujer* sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Handelskammern und Gewerkschaften.

Diese Maßnahmen beinhalten einen Schwerpunkt auf i) der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, ii) der Verbesserung der strukturellen und institutionellen Aspekte von Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Marktzugang und iii) der Unterstützung von Maßnahmen, die zu einer stärkeren Spezialisierung der Arbeitskräfte führen und die Herstellung von Produkten mit hohem Mehrwert ankurbeln, um die Arbeitsproduktivität und damit die Gewinne zu erhöhen. Um die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Integration Ecuadors in die Region zu verbessern, werden außerdem Bemühungen unternommen, um iv) die Zahl der inoffiziellen Arbeitsplätze zu senken und die Kluft zwischen formellem und informellem Sektor zu verringern, v) Finanzierungs- und Kreditmechanismen auszubauen, vi) die Unternehmensführung und -verwaltung sowie den Zugang zu und die Positionierung auf in- und ausländischen Märkten zu verbessern, vii) Steuerreformen zu unterstützen und viii) die einschlägigen nationalen Einrichtungen zu stärken.

Es wird erwogen, spezifische Aktionen durchzuführen, um die Förderung nachhaltiger Existenzgrundlagen in Regionen anzuregen, die besonders anfällig für ein Übergreifen des Kokaanbaus aus den Nachbarländern Kolumbien und Peru sind, und/oder in Gebieten, in denen die ecuadorianischen Behörden Unterstützung beim Vorgehen gegen einen beginnenden Kokaanbau beantragen. Es könnten innovative Methoden zur Nutzung von Gastarbeiterüberweisungen für Finanzierungs- und Kreditmechanismen zur Förderung von wirtschaftlichen Möglichkeiten geprüft werden. Während der Programmformulierung wird gebührend geprüft, ob einige der innovativen Ideen, die in der Mitteilung über Migration und Entwicklung (KOM(2005) 390 - s. Abschnitt 4.3.10) enthalten sind, einbezogen werden können. Gegebenenfalls wird sorgfältig darauf geachtet, dass die Vorteile des Einsatzes von IKT-Instrumenten in den Programmen und durch die Begünstigten in verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeitsfeldern genutzt werden.

Die Durchführung wirksamer und dauerhafter Maßnahmen in diesem Bereich wird den Dezentralisierungsprozess durch die Unterstützung lokaler Wirtschaftsentwicklungspläne im Rahmen des Gesetzes über die Dezentralisierung des Staates (*Ley de descentralización del estado*) stärken. Nach Möglichkeit werden Maßnahmen ermittelt, mit denen - unter dem Blickwinkel der Schaffung und Verbesserung von Beschäftigungsmöglichkeiten - Aktionen ergänzt und ausgebaut werden, die im Bereich der **Ernährungssicherheit** durchgeführt wurden. Hier haben sich die EG-Programme, vor allem im Rahmen von PROLOCAL, auf die Verringerung der chronischen Armut der Einwohner der am stärksten benachteiligten Gebiete Ecuadors konzentriert, indem sie lokale und nationale Regierungsstellen vor allem bei der Konsolidierung der Produktionsgrundlage auf dem Land unterstützt haben. Die Programme werden außerdem mit dem laufenden EG-Programm EXPOECUADOR und Programmen im Rahmen des Regionalen Strategiepapiers zur Förderung der regionalen Integration und der Handelskapazitäten verzahnt, um Handel und Investitionen zwischen ecuadorianischen und europäischen Unternehmen zu erhöhen, indem ausländische Fachverbände und die Unternehmen selbst gestärkt werden.

In die Programme werden Querschnittsthemen wie Bodenbesitz und -nutzung sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheiten zwischen Geschlechtern und Volksgruppen einbezogen. Bei der Programmformulierung werden Maßnahmen in Betracht gezogen, die auf

die Verringerung der hohen Kinderarbeitsrate in Ecuador abzielen, sowie Maßnahmen, die potenziell zur Verringerung ihrer Anfälligkeit für Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung beitragen. Der Tatsache, dass viele Arme in Ecuador zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf die Nutzung natürlicher Ressourcen angewiesen sind und dass die dauerhafte Verringerung der Armut eng mit der Politik für die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen verknüpft ist, muss uneingeschränkt Rechnung getragen werden. Viele der wirtschaftlichen Möglichkeiten, die durch die von der EG finanzierten Maßnahmen geschaffen werden, könnten erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, weshalb es wichtig ist, die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen auf Projekt- oder Programmebene sowie den Einsatz von Umweltindikatoren bei der Programmgestaltung und -evaluierung einzuplanen. Besonders berücksichtigt werden die von Ecuador unterzeichneten, internationalen Handelsübereinkommen, damit die vorgeschlagenen Maßnahmen zur stärkeren Integration des Landes und zur Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Andenregion und darüber hinaus beitragen. In diesem Zusammenhang wird geprüft werden, ob die Durchführung einer handelsbezogenen Bedarfsanalyse während der Programmformulierung ratsam ist, um sicherzustellen, dass alle einschlägigen handelsbezogenen Erfordernisse berücksichtigt und in den detaillierten Plan der vorgesehenen Aktivitäten einbezogen werden.

5.2.2.3 Risiken

Damit die EG-Maßnahmen in diesem Bereich die gewünschte Wirkung erzielen, müssen die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und die Konsolidierung von Unternehmen, gleich welcher Größenordnung, günstig sein. Die staatlichen Einrichtungen und die privaten Akteure müssen gewillt sein, die dazu erforderlichen Maßnahmen umzusetzen. Der Erfolg der von der EG zu unterstützenden Programme wird daher von folgenden Faktoren abhängen:

- Sicherung tragfähiger institutioneller und rechtlicher Rahmenbedingungen;
- Erhöhung der Rechtssicherheit und signifikante Verringerung der sozialen und politischen Konflikte in Ecuador;
- der Staat fasst Fuß auf der internationalen Bühne durch die Unterzeichnung von Abkommen mit Ländern oder Ländergruppen der Region, des Kontinents und der restlichen Welt;
- Naturkatastrophen schließlich können all dies beeinträchtigen und die landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten gefährden, die nach wie vor einen erheblichen Teil der Wirtschaft des Landes ausmachen.

6. NATIONALES RICHTPROGRAMM

Angesichts der Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung Ecuadors und der Adoption des Länderstrategiepapieres gerade als die neue Regierung die Amtsgeschäfte übernahm ist eine hohe Flexibilität bei der Programmierung für die künftige EG-Strategie angebracht. Daher erstreckt sich das unten dargelegte Nationale Richtprogramm nur auf den Zeitraum 2007-10. Um diese Flexibilität und die Fähigkeit zur Anpassung an etwaige künftige Veränderungen in Ecuador sicherzustellen, werden die für den Zeitraum 2011-13 verfügbaren Mittel zu einem späteren Zeitpunkt programmiert. Diese zweite Programmierungsphase

schließt die Möglichkeit nicht aus, die in diesem Länderstrategiepapier genannten Interventionsbereiche fortzuführen (Programme und Projekte, deren Laufzeiten bis Ende der ersten Programmierungsphase dauern).

Aus diesem Grund und unter den Umständen des Fehlens einer abgestimmten und gültigen nationalen Armutsbekämpfungsstrategie wurde das unten dargelegte NRP relativ allgemein gehalten. Um eine größere Flexibilität bei der Programmierung zu ermöglichen, erfolgt die Formulierung des genauen Inhalts zu einem späteren Zeitpunkt, wenn mehr Klarheit hinsichtlich der oben genannten Aspekte besteht.

6.1 Beitrag zur Erhöhung der sozialen Investitionen der Regierung - Bildung (DAC-Codes 11110, 11220, 11230)

Allgemeines Ziel

Beitrag zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts durch die Unterstützung der Erhöhung der sozialen Investitionen der Regierung im Bildungswesen, um entsprechend dem Produktionsbedarf des Landes wettbewerbsfähige Arbeitskräfte mit sicherer Marktstellung auszubilden.

Wirkungsindikatoren: Erhöhung des für die Bildung bereitgestellten Anteils der Regierungsausgaben und Erhöhung des in die Primarschulbildung und die technische und berufliche Ausbildung fließenden Anteils der Bildungsausgaben.

Spezifische Ziele

1. Verbesserung des Grundschulsystems in Ecuador mit Blick auf die Erreichung des zweiten Millenniumsentwicklungsziels (Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung).

Indikatorarten: Anzahl der Kinder zwischen 5 und 14 Jahren mit noch nicht abgeschlossener Primarschulbildung, die den zehnjährigen Primarschulzyklus beenden. Anzahl der Kinder, die nicht am ersten Jahr der Primarschulbildung teilnehmen (Schätzungsweise 100.000 Kinder haben nicht am ersten Jahr der Primarschulbildung teilgenommen).

2. Stärkung des Fach- und Berufsausbildungssystems im Rahmen der Bildungsreform in Ecuador

Indikatorarten: größeres Angebot an technischem Sekundarschulunterricht in stadtnahen und städtischen Gebieten (Schulen, Lehrerstellen); Aufnahme von technischen Unterrichtselementen in Pläne und Programme als Hauptbasis für den Lehrplan für den dritten Primarzyklus.

Erwartete Ergebnisse

Die Primarschulbesuchs- und -abschlussquote in benachteiligten Gebieten Ecuadors verbessert sich. Es werden Konsultationsstrategien im öffentlichen Sektor (Bildung, Beschäftigung, Wirtschaftsentwicklung, Gemeinden) und im privaten Sektor entwickelt, um eine bessere Schwerpunktsetzung in der Bildungspolitik und -planung sowie in den Unterrichtsprogrammen zu ermöglichen. Es werden Unterrichtsprogramme und Vorschläge für Lehrpläne für die Primarstufe und die technisch-berufliche Stufe ausgearbeitet, um dem wirtschaftlichen und produktionsbezogenen Bedarf des Landes insgesamt sowie der einzelnen Regionen gerecht zu werden, wobei gleichzeitig der ökologischen Nachhaltigkeit Rechnung getragen wird. Außerdem werden unterstützende Lehrmaterialien für die neuen Lehrpläne

entwickelt. Die technische Ausstattung von Berufsschulen wird verbessert (Werkstätten, Lernbauernhöfe usw.), um die Qualität der Bildung zu erhöhen. Die Ausbildung von Berufsschullehrern wird aktualisiert, um die Qualität des Bildungsangebots und die Tragfähigkeit der neuen Lehrpläne zu gewährleisten. Die Anzahl von Absolventen einer technischen und beruflichen Ausbildung und die Anzahl junger Menschen, die Arbeitsplätze auf dem freien Markt finden, erhöhen sich. Was die Zielgruppen des Programms anbelangt, so wird besonderes Augenmerk auf die Erzielung von Ergebnissen bei Mädchen und jungen Frauen sowie Schülern indigener Herkunft gerichtet.

Durchführungsmethoden und Querschnittsthemen

Es werden die sich als am passendsten erweisenden Methoden eingesetzt, wobei nach Möglichkeit stets ein sektoraler Ansatz verfolgt wird. Eine Kombination von Durchführungsmethoden ist wahrscheinlich. Ein Teil der Mittel könnte über ein Haushaltsstützungsprogramm vergeben werden, das direkt vom Bildungsministerium in Koordination mit anderen Ministerien (Beschäftigung, Wirtschaftsentwicklung) verwaltet würde. Wenn in dem Sektor technische und institutionelle Schwachstellen beseitigt werden müssen, ist möglicherweise technische Hilfe erforderlich, die auf die Weitergabe von Sachwissen abzielt. Es könnte die Möglichkeit geprüft werden, im Rahmen des traditionellen projektorientierten Ansatzes einen Fonds zu unterhalten, mit dem innovative Projekte im Bereich der technischen und beruflichen Ausbildung unterstützt werden, die der Identifizierung und Verbreitung positiver Ergebnisse dienen. Ziel wäre die Förderung der Ausarbeitung von Strategien und Vorschlägen auf zentraler Ebene des Ministeriums und auf dezentraler Provinz- oder Gemeindeebene.

Die Maßnahmen werden mit denjenigen zur Förderung der Schaffung wirtschaftlicher Möglichkeiten kombiniert (s. unten). In die Programme werden Querschnittsthemen wie die Bekämpfung von Ungleichheiten zwischen Geschlechtern und Rassen und die Förderung des Umweltbewusstseins und nachhaltiger Umweltschutzpraktiken einbezogen. Gegebenenfalls werden Umweltverträglichkeitsprüfungen auf Projekt- oder Programmebene durchgeführt; außerdem werden Umweltindikatoren angewandt und Katastrophenschutzmaßnahmen in die Programmgestaltung und -evaluierung einbezogen. Gebührende Aufmerksamkeit wird der wichtigen Rolle gewidmet, die die IKT sowohl als Bildungsinstrument als auch in der Qualifikation der ecuadorianischen Schüler und Arbeitssuchenden spielen. Möglicherweise besteht Raum für die Einbeziehung von Elementen der persönlichen und sozialen Bildung, die zu einer Kultur der Achtung der Menschenrechte, der Verhandlungsbereitschaft und des Dialogs führen, um soziale und politische Konflikte zu vermeiden oder zumindest zu mildern. Zum Zeitpunkt der Ausarbeitung dieses Papiers läuft in Peru ein von der EG finanziertes Programm für berufliche Bildung an. Gegebenenfalls können die daraus gewonnenen Erkenntnisse in die Formulierung künftiger Programme für Ecuador einbezogen werden.

Komplementarität mit anderen Finanzierungsinstrumenten

Die Aktionen im Bildungsbereich werden mit anderen EG-Interventionen in Ecuador koordiniert und werden diese ergänzen; dabei handelt es sich vor allem um Maßnahmen, die im Rahmen der Kofinanzierung für zivilgesellschaftliche Organisationen (NRO und andere) und des Regionalprogramms ALβAN für Hochschulbildung durchgeführt werden.

6.2 Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten und Förderung der regionalen Integration (DAC-Codes 250, 25010, 331)

Allgemeines Ziel

Förderung des sozialen Zusammenhalts und der regionalen Integration durch die Schaffung und Konsolidierung dauerhafter, menschenwürdiger Arbeitsplätze für arme Menschen in wettbewerbsfähigen Kleinstbetrieben und KMU.

Wirkungsindikatoren: Anstieg des Prokopfeinkommens zwischen 2007 und 2010.

Spezifische Ziele

1. Förderung einkommensschaffender produktiver Tätigkeiten, vor allem für die ärmsten, am stärksten ausgegrenzten und/oder am stärksten benachteiligten Schichten der ecuadorianischen Gesellschaft mittels der Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Herstellung von Mehrwertprodukten.

Indikatorarten: Anstieg von Arbeitsangebot und -nachfrage und Erhöhung des monetären und nichtmonetären Einkommens der Zielbevölkerung.

2. Förderung der Präsenz, Konsolidierung und Positionierung von Kleinstbetrieben und KMU auf den in- und ausländischen Märkten und Stärkung der nationalen Institutionen mit dem Ziel der Konsolidierung der Integration Ecuadors in die Region.

Indikatorarten: Zugang zu Finanzierung, Management, Präsenz auf in- und ausländischen Märkten mit einem gesteigerten Beitrag des Sektors zum Nettoexportwert und zum Handelsvolumen innerhalb des Landes; Entwicklung regionaler Märkte.

3. Förderung günstigerer Rahmenbedingungen für Arbeitsplatzschaffung und Wettbewerbsfähigkeit durch Festlegung einer nationalen Politik und eines rechtlichen Rahmens.

Indikatorarten: Ausarbeitung öffentlicher Politiken und Strategien und Annahme von Regeln und Gesetzen, Schaffung und offizielle Registrierung von Unternehmen und Initiativen für technologische Innovation sowie Ausbau der Kapazitäten der Humanressourcen.

4. Unterstützung einer stärkeren Integration in die regionalen und internationalen Märkte, insbesondere durch die Steigerung und Erleichterung des Handels innerhalb der Andengemeinschaft und zwischen der EU und Ecuador.

Indikatorarten: Verbesserung des Rechtsrahmens für ausländische Investitionen, Ausbau der institutionellen, justiziellen und ordnungsrechtlichen Kapazitäten in handelsbezogenen Bereichen, Verbesserung der Grenzverwaltung und Abbau der Schranken für den grenzübergreifenden Handel.

Erwartete Ergebnisse

Bei den Zielgruppen: Die wirtschaftlichen Tätigkeiten werden dank der Arbeitsplatzschaffung und der Verbesserung der Einkommen konsolidiert und erlangen Dauerhaftigkeit. Besonderes Augenmerk wird auf die Erzielung von Ergebnissen bei Frauen, indigenen und afroecuadorianischen Bevölkerungsgruppen gerichtet, und die Maßnahmen können geografisch gezielt auf der Grundlage von Armut- und anderen relevanten Indikatoren eingesetzt werden und/oder bestimmte Zielgruppen haben, die z.B. auf der Grundlage von Geschlecht, ethnischer

Herkunft oder anderer Kriterien wie Alter (Schwerpunkt auf jungen oder alten Menschen) festgelegt werden. Die Art der wirtschaftlichen Aktivitäten, die geschaffen werden können, hängt teilweise von den Zielgruppen und geografischen, wirtschaftlichen und anderen Faktoren ab, die während der Sondierung und Formulierung der Maßnahmen analysiert werden.

Wie in Abschnitt 5.1 erwähnt, ist die möglicherweise wichtigste Ursache der Konflikte in Ecuador der Mangel an wirtschaftlichen Möglichkeiten und der nicht gleichberechtigte Zugang hierzu, was wiederum Armut erzeugt bzw. aufrechterhält. Die Schaffung verstärkter wirtschaftlicher Möglichkeiten dürfte daher direkte wie indirekte Auswirkungen auf die Verringerung und Milderung von Konflikten haben.

Die Kleinstunternehmen und KMU, die direkt oder indirekt durch die Programme unterstützt werden, tragen zur Konsolidierung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges der betreffenden Gebiete und Sektoren bei. Da eine uneingeschränkte Nutzung der durch das APS Plus und innerhalb der Andengemeinschaft ermöglichten Marktöffnungen angestrebt wird und die für eine wirksamere Beteiligung an multilateralen Verhandlungen erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten aufgebaut werden, wird von den Maßnahmen in diesem Bereich auch erwartet, dass sie zum Ausbau der Handelsbeziehungen Ecuadors zur EU und zur verstärkten Integration des Landes in die Andengemeinschaft beitragen. Als weitere Ergebnisse werden die Vereinfachung und Harmonisierung der Ein- und Ausfuhrverfahren erwartet sowie eine Verbesserung des wettbewerbspolitischen Rahmens und des unternehmerischen Umfelds im Land, was wiederum zu mehr ausländischen Direktinvestitionen führen und gewährleisten dürfte, dass Ecuador aus letzteren höheren Nutzen zieht. Schließlich wäre wünschenswert, dass die von der Regierung verabschiedeten Politiken und Strategien günstige Rahmenbedingungen für die Schaffung wirtschaftlicher Möglichkeiten fördern.

Durchführungsmethoden und Querschnittsthemen

Im Einklang mit der allgemeinen Kooperationspolitik der EG werden die sich als am passendsten erweisenden Methoden eingesetzt, wobei nach Möglichkeit ein sektoraler Ansatz verfolgt wird. Ziel wäre die Förderung der Ausarbeitung von Strategien und Vorschlägen auf zentraler Ebene des zuständigen Ministeriums (oder der zuständigen Ministerien) und auf dezentraler Provinz- oder Gemeindeebene.

Um die geplanten Ziele zu erreichen und die Übereinstimmung mit möglichen Bemühungen um eine stärkere verwaltungstechnische und politische Dezentralisierung zu gewährleisten, werden diejenigen EG Programmen mit regionaler Komponente und kommunalen Aktionsstellen den Vorrang einräumen.

Im Rahmen der Programme wird Querschnittsthemen - z.B. Bodenbesitz und -nutzung, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und Ethnien, Achtung der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen, ökologische Nachhaltigkeit - besondere Aufmerksamkeit gewidmet, um zu gewährleisten, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen, zur Verbesserung des Umweltbewusstseins und zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen einen integralen Bestandteil sämtlicher Aktivitäten bilden. Gegebenenfalls werden Umweltverträglichkeitsprüfungen auf Projekt- oder Programmebene durchgeführt; außerdem werden Umweltindikatoren angewandt und Katastrophenschutzmaßnahmen in die Programmgestaltung und -evaluierung einbezogen.

Komplementarität mit anderen Finanzierungsinstrumenten

Ferner werden Komplementaritäten und Synergien mit geeigneten Programmen im Rahmen des Strategiepapiers für die Andenregion angestrebt. Das Programm AL-Invest, das auf der Grundlage des Strategiepapiers für Lateinamerika durchgeführt wird, wird zur Konsolidierung der Tätigkeiten im Rahmen der spezifischen Ziele 2 und 3 beitragen. Es werden Bemühungen unternommen, um die Komplementarität und Kontinuität zwischen dem Ernährungssicherheitsprogramm - das 2007 enden wird - und künftigen Programmen im vorliegenden Interventionsbereich sicherzustellen. Durch den geplanten Übergang von der informellen zu formellen Wirtschaftstätigkeit könnte der Umfang der Kinderarbeit reduziert werden und für die restliche Kinderarbeit dürften - im Einklang mit dem in der Vergangenheit durch die EIDHR und thematische Haushaltlinien angewandten Konzept - bessere Bedingungen geschaffen werden. Schließlich wird angesichts der akuten Anfälligkeit Ecuadors für eine Reihe von Naturkatastrophen der Katastrophenschutz als integraler Bestandteil der Konzipierung und Durchführung von Projekten und Programmen in katastrophengefährdeten Gebieten angesehen. Wichtig ist auch die Förderung von Synergien und der Koordinierung mit der GD ECHO und mit den DIPECHO-Programmen, vor allem bei Projekten, die die landwirtschaftliche Produktion betreffen.

6.3 Vorläufiger Zeitplan für die Durchführung

Im Rahmen des Finanzierungsinstrumentes für die Entwicklungszusammenarbeit ist eine Summe von Euro 137 Millionen für Ecuador für den Zeitraum 2007 bis 2013 vorgesehen.

NRP I : 55% der Gesamtmittelausstattung für Ecuador (ca. Euro 75 Millionen).

NRP II: 45% der Gesamtmittelausstattung für Ecuador (ca. Euro 62 Millionen).

Vorgesehene Summe in € Millionen

NRP I						NRP II
	2007	2008	2009	2010	Ins- gesamt	2011-2013
Sektor 1	7		34		41	
Sektor 2		20		14	34	


Annex 1 Map of Ecuador



Map No. 3878 Rev. 3 UNITED NATIONS
June 2004

Department of Peacekeeping Operations
Cartographic Section

Annex 2
Ecuador at a glance

Flag:	
Country profile:	Republic of Ecuador National name: República del Ecuador
Area:	283,560 sq km
Population:	13,363,593 (growth rate: 1.6%); birth rate: 22.7/1000; infant mortality rate: 23.7/1000; life expectancy: 76.2; density per sq km: 48
Languages:	Spanish (official), Quechua, other Amerindian languages
Administrative Capital:	Quito, Largest cities: Guayaquil, Cuenca,
Ethnicity/race:	Mestizo (mixed Amerindian and white) 55-65%, Amerindian 25-35%, Afro-Ecuadorean 5-10%, white Caucasian 4-5%
Religion:	Roman Catholic 95%
Head of state:	President: Rafael Correa (2007); NB - the President is both the head of state and head of government
Legislative branch:	unicameral National Congress or Congreso Nacional (100 seats; members are popularly elected by province to serve four-year terms)
Literacy rate:	93% (2003 est.)
Natural resources:	petroleum, fish, timber, hydro-electric power.
Unemployment:	11.1%, underemployment 47%.
Major trading partners:	U.S., EU, Colombia, Venezuela, Korea, Japan, Chile, Brazil

Sources: World Bank: Global Data Information System, UN Statistics Division – Common Database, Andean Community web (all data 2004 unless specified)

Annex 3
Ecuador Data Profile

1. Selected social indicators

1.1 Indicators related to the Millennium Development Goals

	1990	1994	1997	2000	2003
Goal 1: Eradicate extreme poverty and hunger					
<u>Percentage share of income or consumption held by poorest 20%</u>	3.3	..
<u>Population below \$1 a day (%)</u>	..	2.0	17.7
<u>Population below minimum level of dietary energy consumption (%)</u>	5.0	..
<u>Poverty gap ratio at \$1 a day (incidence x depth of poverty)</u>	..	0.5	7.1
<u>Poverty headcount, national (% of population)</u>	..	35.0
<u>Prevalence of underweight in children (under five years of age)</u>	14.3	..
Goal 2: Achieve universal primary education					
<u>Net primary enrollment ratio (% of relevant age group)</u>	97.8	..	97.0	99.4	99.5
<u>Primary completion rate, total (% of relevant age group)</u>	..	90.0	98.0	100.0	..
	100.0
<u>Proportion of pupils starting grade 1 who reach grade 5</u>	77.0	78.0	..
<u>Youth literacy rate (% ages 15-24)</u>	96.4	..
Goal 3: Promote gender equality and empower women					
<u>Proportion of seats held by women in national parliament (%)</u>	..	5.0	..	4.0	17.0
<u>Ratio of girls to boys in primary and secondary education (%)</u>	100.7	16.0
	100.6	..	100.4
<u>Ratio of young literate females to males (% ages 15-24)</u>	100.1	..
<u>Share of women employed in the nonagricultural sector (%)</u>	37.3	40.2	39.6	40.2	41.1
Goal 4: Reduce child mortality					
<u>Immunization, measles (% of children ages 12-23 months)</u>	60.0	72.0	75.0	84.0	99.0
<u>Infant mortality rate (per 1,000 live births)</u>	43.0	34.0	..	27.0	24.0
<u>Under 5 mortality rate (per 1,000)</u>	57.0	43.0	..	32.0	27.0
Goal 5: Improve maternal health					
<u>Births attended by skilled health staff (% of total)</u>	91.3	..
<u>Maternal mortality ratio (modeled estimate, per 100,000 live births)</u>	130.0
Goal 6: Combat HIV/AIDS, malaria, and other diseases					
<u>Contraceptive prevalence rate (% of women ages 15-49)</u>	52.9	56.8	..	65.8	..
<u>Incidence of tuberculosis (per 100,000 people)</u>	202.4	..	180.1	..	164.9
	151.1	..	138.4
<u>Number of children orphaned by HIV/AIDS</u>
<u>Prevalence of HIV, total (% of population aged 15-49)</u>	0.3	0.3
<u>Tuberculosis cases detected under DOTS (%)</u>	5.3	36.9
Goal 7: Ensure environmental sustainability					
<u>Access to an improved water source (% of population)</u>	69.0	86.0
<u>Access to improved sanitation (% of population)</u>	56.0	72.0
<u>Access to secure tenure (% of population)</u>
<u>CO2 emissions (metric tons per capita)</u>	1.6	1.3	1.7	2.0	..
<u>Forest area (% of total land area)</u>	43.1	38.1	..
<u>GDP per unit of energy use (2000 PPP \$ per kg oil equivalent)</u>	..	5.9	5.9	5.3	5.0
<u>Nationally protected areas (% of total land area)</u>	18.3
Goal 8: Develop a global partnership for development					
<u>Aid per capita (current US\$)</u>	15.7	19.0	13.1	11.8	13.5
<u>Debt service (% of exports)</u>	62	38	56	36	39
<u>Fixed line and mobile phone subscribers (per 1,000 people)</u>	47.8	60.3	86.0	135.0	..
	311.6
<u>Internet users (per 1,000 people)</u>	..	0.3	1.1	14.2	46.0

<u>Personal computers (per 1,000 people)</u>	<i>1.9</i>	9.8	16.8	21.7	<i>31.1</i>
<u>Unemployment, youth female (% of female labour force ages 15-24)</u>		17.3	17.8	24.5	18.1 ..
<u>Unemployment, youth male (% of male labour force ages 15-24)</u>		11.1	12.7	15.1	10.5 ..
<u>Unemployment, youth total (% of total labour force ages 15-24)</u>		13.5	14.9	18.9	13.5 ..

Source: World Development Indicators database, April 2005 (figures in italics refer to periods other than those specified.)

1.2 Others

	1985	1990	1995	2000	2003
Human Development Index *	0,698	0,715	0,730	0,759 Ecuador ranked 82 in the total of 177 countries included in the HDR

Source: UN Development Programme Report 2005

*The HDI – human development index – is a summary composite index that measures a country's average achievements in three basic aspects of human development: longevity, knowledge, and a decent standard of living. Longevity is measured by life expectancy at birth; knowledge is measured by a combination of the adult literacy rate and the combined primary, secondary, and tertiary gross enrolment ratio; and standard of living by GDP per capita (PPP US\$).

2. Selected economic, financial and trade indicators

2.1 Economic and financial indicators

	2000	2003
GNI, Atlas method (current US\$)	16.5 billion	23.8 billion
GNI per capita, Atlas method (current US\$)	1,330.0	1,830.0
GDP (current \$)	15.9 billion	27.2 billion
GDP growth (annual %)	2.8	2.7
GDP implicit price deflator (annual % growth)	-7.0	9.0
Inflation rate (%)*		7.9
Value added in agriculture (% of GDP)	10.6	7.7
Value added in industry (% of GDP)	34.7	28.7
Value added in services (% of GDP)	54.6	63.6
Foreign direct investment, net inflows in reporting country (current US\$)		
Present value of debt (current US\$)	13.1 billion	18.7 billion
Total debt service (% of exports of goods and services)		25.7
Short-term debt outstanding (current US\$)	797.1 million	1.8 billion

Source: World Bank: World Development Indicators database, August 2005

*Source: IMF, delivered by DG Trade web

2.2 Trade indicators

	2000	2003	2004
Exports of goods and services (% of GDP)	37.1	23.8	30.2
Total exports (US\$ millions)		6,038	7,655
Oil		2,372	3,899
Bananas		1,099	1,023
Manufactures		1,584	1,658
Imports of goods and services (% of GDP)	31.0	28.8	27.5
Total imports (US\$ millions)		6,534	7,861
Food	
Fuel and energy		664	785
Capital goods		1,789	2,054
Trade in goods as a share of GDP (%)	54.2	46.2	..
High-technology exports (% of manufactured exports)	5.6	6.0	..
Rank of Ecuador as an EU's trade partner*			
Total			70
Imports from Ecuador			59
Exports to Ecuador			83

Source: World Bank: World Development Indicators database, August 2005

*Source: EUROSTAT 2005

2.3 EU- Ecuador Trade indicators

2.3.1 European Union, trade with Ecuador (in Mio euro)

Year	Imports	Yearly % change	Share of total EU imports	Exports	Yearly % change	Share of total EU exports	Balance	Imports + Exports
2000	1 014		0.10	542		0.06	-472	1 556
2001	1 102	8.7	0.11	834	53.9	0.09	-268	1 936
2002	1 223	10.9	0.13	951	14.1	0.11	-272	2 174
2003	1 281	4.7	0.14	848	-10.8	0.10	-432	2 129
2004	1 229	-4.1	0.12	718	-15.4	0.07	-511	1 946
3m 2004	335		0.14	138		0.06	-196	473
3m 2005	340	1.7	0.13	198	43.1	0.09	-142	538
Average annual growth		4.9			7.3			5.8

Source: EUROSTAT 2005

2.3.2 Ecuador, trade with European Union (in Mio euro)

Year	Imports	Yearly % change	EU Share of total imports	Exports	Yearly % change	EU Share of total exports	Balance	Imports + Exports
2000	589		14.00	973		16.06	385	1 562
2001	914	55.3	14.59	1 087	11.6	17.71	173	2 001
2002	1 045	14.3	15.14	1 177	8.3	20.57	131	2 222
2003	927	-11.3	16.08	1 222	3.9	21.31	295	2 149
2004	748	-19.3	13.08	1 239	1.4	18.06	491	1 987
Average annual growth		6.2			6.2			6.2

Source: IMF

2.3.3 Ecuador's Trade balance with main partners (2004)

The major import partners

The major export partners

The major trade partners

Partners	Mio euro	%	Partners	Mio euro	%	Partners	Mio euro	%
World	5 715	100.0	World	6 858	100.0	World	12 573	100.0
1 USA	1 416	24.8	1 USA	3 311	48.3	1 USA	4 726	37.6
2 EU	748	13.1	2 EU	1 239	18.1	2 EU	1 987	15.8
3 Colombia	732	12.8	3 Colombia	375	5.5	3 Colombia	1 107	8.8
4 Venezuela	479	8.4	4 Russia	243	3.5	4 Venezuela	540	4.3
5 Brazil	334	5.8	5 Korea	236	3.4	5 Korea	403	3.2
6 Chile	285	5.0	6 El Salvador	154	2.2	6 Japan	374	3.0
7 China	278	4.9	7 Japan	124	1.8	7 Chile	366	2.9
8 Japan	251	4.4	8 Peru	118	1.7	8 Brazil	353	2.8
9 Korea	167	2.9	9 Panama	115	1.7	9 China	345	2.7
10 Mexico	164	2.9	10 Chile	81	1.2	10 Peru	273	2.2
11 Peru	155	2.7	11 Canada	77	1.1	11 Russia	264	2.1
12 Argentina	128	2.2	12 China	66	1.0	12 Mexico	219	1.7
13 Canada	111	2.0	13 Jamaica	64	0.9	13 Canada	189	1.5
14 Angola	60	1.1	14 Venezuela	61	0.9	14 Argentina	164	1.3
15 Thailand	42	0.7	15 Algeria	56	0.8	15 El Salvador	154	1.2
16 Switzerland	36	0.6	16 Mexico	54	0.8	16 Panama	119	0.9
17 Hong Kong	32	0.6	17 Guatemala	42	0.6	17 Algeria	73	0.6
18 Turkey	23	0.4	18 Argentina	36	0.5	18 Jamaica	64	0.5
19 Russia	21	0.4	19 Dominican Republic	34	0.5	19 Switzerland	62	0.5
20 Algeria	18	0.3	20 Turkey	29	0.4	20 Angola	60	0.5

Source: IMF

2.3.4 European Union, Imports from Ecuador by product grouping (Mio euro)

SITC Rev.3 Product Groups	2000	%	2002	%	2004	%
TOTAL	1 014	100.0	1 223	100.0	1 229	100.0
Primary Products	963	95.0	1 154	94.4	1 182	96.2
<i>of which:</i>						
Agricultural prod.	959	94.7	1 153	94.3	1 181	96.1
Energy	3	0.3		0.0		0.0
Manuf. Products	41	4.1	54	4.4	31	2.5
<i>of which:</i>						
Machinery	10	0.9	5	0.4	4	0.3
Transport equipm	1	0.1	23	1.9	1	0.1
<i>of which:</i>						
Automotive prod.	1	0.1		0.0		0.0
Chemicals	1	0.1	2	0.2	3	0.3
Textiles and cloth.	9	0.9	7	0.6	7	0.5

Source: EUROSTAT 2005

2.3.5 European Union, Exports to Ecuador by product grouping (Mio euro)

SITC Rev.3 Product Groups	2000	%	2002	%	2004	%
TOTAL	542	100.0	951	100.0	718	100.0
Primary Products	43	8.0	68	7.1	67	9.4
<i>of which:</i>						
Agricultural prod.	35	6.5	58	6.1	57	7.9
Energy	2	0.5	4	0.4	4	0.6
Manuf. Products	478	88.3	866	91.0	585	81.5
<i>of which:</i>						
Machinery	141	26.0	363	38.2	257	35.9
Transport equipm	61	11.3	119	12.5	64	8.9
<i>of which:</i>						
Automotive prod.	21	3.9	58	6.1	31	4.4
Chemicals	138	25.4	180	18.9	132	18.4
Textiles and cloth.	7	1.3	13	1.4	8	1.1

Source: EUROSTAT 2005

Annex 4

Country Environment Profile³ - Ecuador

Geography and climate

The Ecuadorean *coastal plain* is, proportionately, much larger than the coastal plains of the other Andean countries. Its climate and eco-systems show considerable variations from the north (tropical rain forest) to the south (semi-arid). It is heavily populated and farmed, being the most important area for agriculture (bananas, rice, etc.) and for cattle raising. The country's largest city and industrial and commercial centre, Guayaquil, is located here at the mouth of the Guayas River. The climate is tropical, with high levels of precipitation during the rainy season. Serious flooding is a problem that recurs every year and reaches catastrophic proportions when the “*El Niño*” phenomenon occurs.

In northern and central Ecuador, the *mountain area* consists of two parallel cordilleras, joined here and there by transversal elevations. Landscapes, climates and eco-systems are very varied, divided into so-called micro-climates. One finds green meadows and lakes very close to pure desert areas. In the southern part of the country the Andes splits into a more complex system of mountain ranges and valleys and the climate becomes drier. Since Ecuador is located on the equator (between parallels 1,3° North and 5° South) the climate is warmer than in Bolivia and Peru at equivalent altitudes.

The eastern third of the Ecuadorean territory consists of the *Amazonian tropical forest*. The northern part of this area is heavily affected by human activities; oil exploitation began here at the beginning of the 1970s and was followed by a disorderly immigration of settlers. The forest areas in this part of the country are being severely damaged by the oil business (deforestation and contamination of water and soils) as well as by logging and inappropriate farming and cattle raising methods. The area closest to the Colombian border is affected by coca fumigation carried out under the *Plan Colombia*.

Social and economic trends

In the case of Ecuador, the World Bank's Poverty Assessment (April 2004) found that, while access to basic social services has improved slowly but steadily since 1990, national consumption-based poverty stood at 45% in 2001, compared with 40% in 1990, while the number of poor people increased from 3.5 to 5.3 million during the same period. The rise in poverty was highest in urban areas, due to migration and to the 1999 banking and financial crisis; but in rural mountain areas, too, poverty went up by 15%.

During the last twenty years, there has been only a small increase in Ecuador's GDP. Real GDP per capita fell by 0.5% per year between 1980 and 1990 and has been more or less static since then. Ecuador's poor economic performance is to some degree due to external factors, including natural disasters, but mainly it is a consequence of bad policies, unstable government and slow productivity growth. The relationship between productivity and growth has become even more significant since 2000, when Ecuador adopted the US Dollar as its national currency. By doing this, the country abandoned the possibility of using monetary policy as an instrument for increasing competitiveness.

³ This Profile is an edited version of the Annex on Ecuador included in “Regional Environmental Profile - Andean Countries” (February 2005). The Regional Environmental Profile was financed by the European Commission and presented by ORGUT Consulting AB for the European Commission. It does not necessarily reflect the opinion of the European Commission.

In addition to generalized poverty among people still living in the country, the other dramatic manifestation of the economic crisis in Ecuador is emigration. There has always been some emigration from Ecuador to the United States, but after the crisis in 1999-2000, this became a mass movement. It is estimated that 2.5 million Ecuadoreans have left their country in the last four years, most of them having gone to Europe. At present, there are almost 400,000 legally registered Ecuadorean immigrants in Spain, which has been the most popular destination, followed by Italy. The number of illegal immigrants is also significant. Ecuador has, for the first time in its history, become an exporter of people and an importer of remittances; according to the Ecuadorean Ministry of Finance and Economy, remittances totalled 1.5 billion dollars in 2003. Unfortunately, there is as yet no mechanism in place to help to channel these resources to the productive sectors in an orderly manner; much of it goes on consumption of imported luxury goods.

Environmental issues

Water

In the lowlands of Ecuador, both to the east and west, there is still – generally speaking – enough water to cover all the needs, from drinking water to water for irrigation and other use. However, as regards the mountain region it is now clear that serious legal and institutional measures will have to be taken in order to achieve sustainable water management. While there is still no hard evidence that precipitation has decreased in general, there are many areas where consumption of water, particularly for irrigation, exceeds – and sometimes far exceeds – the normal supply. Also, there is a problem with protection of water sources, especially in the so-called “*páramo*” areas, which are highland moors with a very large capacity for storage of rain water; these are increasingly being damaged by the advance of the agricultural frontier.

The situation with regard to water use and protection in general, including water for domestic and industrial use, borders on legal and institutional chaos, with certain aspects handled by different agencies simultaneously while other aspects are overlooked by everyone.

Of the five Andean countries, Ecuador is the one with the highest proportion of irrigated agricultural land in relation to the total cultivated area (55%). Unfortunately, there has never been any proper long-term planning of water use. Numerous water concessions have been granted without sufficient basic information on available resources and irrigation projects have been implemented, and continue to be planned, by various operators without any kind of social, or even private, cost-benefit analysis. The Ecuadorean state has implemented a process of privatising irrigation systems and so (for the foreseeable time) there will be no further national, public investment in irrigation systems. However, there are many existing systems and incomplete systems that need considerable investment and improved management in order to be used properly.

Soils and agriculture

Since the 1960s, two parallel agricultural systems have developed in **Ecuador**: modern large-scale establishments (*haciendas*) and peasant farmers’ small-holdings. The *haciendas* can be differentiated according to the area of land which they occupy and their orientations with regard to the market. On the one hand, there are the big plantations in the coastal region which produce foodstuffs for export (traditionally bananas, but more recently a variety of fruits and vegetables) and the cattle ranches and the oil palm plantations, based on the advance of the agricultural frontier and the reduction of forested areas. These types of farming cause the most damage to the soil, both by deforestation, overgrazing and inappropriate use of agrochemicals.

On the other hand, there are small farmers dedicated to coffee and cocoa production for export and cultivation of rice, corn and other cereals for the domestic market; when they are located on more or less level land, these crops do not appear to be too harmful to the soil.

In the mountain region, the big *haciendas* are mainly oriented towards milk production, and, more recently, flowers. The small farmers fall into two categories: those who occupy land of good quality and are fairly near markets and communication; and those who occupy the mountainsides with more fragile soil cover and a more difficult climate. The latter combine production for the market with subsistence farming. No less than 53% of the territory in Ecuador is located on slopes with differing degrees of inclination; 21% is on extremely steep slopes.

According to the 2002 Agricultural Census, there were 842,888 agricultural properties in the country. Of these, 636,375 were of less than 10 ha and 248,398 had less than one hectare. In the mountain region, the agrarian reform processes and the systems of inheritance have caused serious fragmentation of land ownership in areas already barely suitable for agriculture (including the “*páramos*”); the end result is enormous pressure on the land and the destruction of soils (and water sources). The pattern is very similar to that found in many parts of Bolivia.

Forest

In Ecuador, the destruction of tropical and sub-tropical forests is dramatic, both in the Amazon region and in the northwest of the country on the Pacific coast and along the border with Colombia (this applies particularly to the very special Chocó forest, which runs along the Pacific coast from southern Panama, through Colombia, into northern Ecuador). The most affected area within the western coastal plain is Esmeraldas Province, where forest resources are being severely depleted by logging and by the opening up of land for oil palm plantations.

There has also been serious destruction of mangrove forests in Esmeraldas and further south, mainly due to the construction of shrimp ponds. According to the Ecuadorean *Instituto Geográfico Militar* there were originally about 360,000 ha of mangrove in the Ecuadorean coastal area, but this had been reduced to 150,000 ha by 1999. This development has taken place despite the fact that, as long ago as 1986, the government declared all the mangrove forests to be protected areas.

The pattern of ownership of forest lands in Ecuador is interesting and important to bear in mind; it is very different from the patterns in Bolivia and Peru. According to a well informed source, the forest lands in Ecuador now amount to 11.5 million ha, rather than the 10.5 million indicated in the table. Of these, 3.5 million are in protected areas. Another 3.5 million are to be found on land owned (with official government recognition) by indigenous communities, for instance the *Shuar* in the Pastaza Province and the *Awá* on the border with Colombia. These communities are claiming another 1.5 million ha as ancestral lands, and it is not unlikely that they will obtain it at some point. The population of these indigenous forest owners adds up to only 2% of the entire population of the country.

The remainder of the forest land is mostly owned by small proprietors with an average of 35 ha each. Forest-based industry owns only about 30,000 ha. There are no large concessions of state-owned land in Ecuador, and one would presume that this situation provides a much better starting-point for sustainable forest management. What is needed is an improvement of the economic chain of production (added value for timber and its end products); combating of

illegal logging which, naturally, exerts a downward pressure on raw material prices; technical assistance in management; and stronger controls in general.

In 2003, Ecuador's Ministry of the Environment contracted out the control of forestry activities by hiring the *Société General de Surveillance* (SGS) for this purpose. A system was set up with a data base run by the SGS which could cross-check information on approved forest management plans and transportation permits with the road check-points run by the so-called *Vigilancia Verde*, which is a conglomerate of NGOs, the police and others. The amount of confiscated illegal timber soon doubled. However, this initiative broke down after only six months because certain forest owners took legal action arguing that this arrangement was unconstitutional (recourse to this particular argument is a frequent occurrence in Ecuador). The case seems to have been dropped recently, which may mean that this arrangement could be revived; it is a case of more energetic action being needed on the part of the Ministry of the Environment.

As a final comment it is worth pointing out that the EC Programme for Decentralization of Environmental Management in Three Northern Provinces includes the tropical forests and the mangrove as important themes.

The Galápagos Islands

In 1962, there were fewer than 3,000 inhabitants on these islands and by the beginning of the 1980s the number had gone up only to 5,000. Thereafter, the rate of population increase took a dramatic turn upwards, for various reasons: tourism and related services increased, as did fishery activities; and, around 1999-2000, the economic crisis in Ecuador (bank collapse, dollarization, etc) made people move to Galápagos in search of new opportunities. In 2004, the resident population in the Galápagos was estimated at 20,000 or more and it was expected to reach 30,000 by 2010. In recent years the number of tourists visiting the Galápagos has increased by 10-12% annually and now stands at about 100,000 each year, of which about 70% are foreigners.

The increased pressure on habitats, both from the growing local population and from tourists does, of course, pose a threat to the Islands' eco-systems and wildlife. Already in 1997, more than 20% of bird species, 35% of mammals and over 40% of reptiles were classified as endangered. In 2002, 58% of evaluated endemic flora was classified as vulnerable or in danger. There are also severe problems in the Marine Reserve, particularly with regard to illegal fishing for shark (for their fins) and sea cucumbers (these are a delicacy in Japanese cuisine). The latter are currently the subject of conflicts between fishermen and the Ministry of the Environment.

Tourism to the Galápagos generates around 100 million dollars per year for the Ecuadorean mainland and 30 million dollars for the islands. The inhabitants of Galápagos are certainly not the poorest inhabitants of Ecuador. As far as different sorts of international cooperation are concerned, Galápagos has also been quite favoured. Hence, the conservation and sustainable development of the Province (the islands) is not a matter of needing more financial resources, in the short term. It is, once again, a matter of governance, social cohesion and management. Due to the recent strong population growth in the islands, 75% of the people there can be considered as "immigrants" - from all parts of the country. Their level of general education is poor. The local social, political and other conflicts that are so common in the entire country are magnified in the Galápagos, and, as one very knowledgeable observer puts it: "The magic of the islands has been lost".

This “complex” population and its activities are supposed to be governed and administered by a rather convoluted set of institutions. A Province since 1973, the Galápagos has a provincial government, three municipal governments and delegations of sectoral Ministries, like any other province. Then there are the INGALA institute (responsible for regional planning), the autonomous National Park administration and the Charles Darwin Foundation. On top of it all, Galápagos is a playground for numerous NGOs of different sorts, many of them with their own agendas and with little or no coordination among themselves or with any of the other actors.

Air pollution

The general air quality situation in Ecuador is similar to that of Peru, but far less dramatic. The concentration of people, industries and vehicles is less pronounced, petrol is of much better quality (lower sulphur content and lead-free petrol is available) and considerable work has been done on monitoring air pollution in the biggest cities. In terms of practical improvements, the Municipality of Quito has done a great deal over the last few years, by boosting public transport (electric and ecological buses). Attempts have also been made to control pollution caused by the private transport sector; here, progress has been limited due to the lack of cooperation – not to say active resistance - by bus and truck owners.

Environmental laws and institutions

Ecuador has a good track record in terms of environmental legislation, strategies and plans, dating back to the beginning of the 1980s. However, environmental issues and policies have not been very high on the agendas of recent governments and the Ministry of the Environment is extremely weak in every sense. Over the last two years there have been frequent changes of ministerial incumbents, which has inevitably led to discontinuity in the Ministry’s work. The staff of the Ministry were on strike (over salaries) for most of October 2004 and during the latter part of this mission in November 2004. Higher level political appointees continued to work during this period, from alternative premises, but it proved impossible to interview any of them during the week available.

Like Bolivia and to some extent Peru, Ecuador has formally launched a decentralization process in environmental management, although it is moving forward very slowly. Nevertheless, considering the overall current political panorama in Ecuador, this is most likely to offer the best prospects for achieving real progress in sustainable development and environmental conservation.

International cooperation

The European Commission has supported several projects in Ecuador, directly related to environmental matters: Utilization of Mangrove Resources in the Manabí Province; Conservation and Management of Native Andean Forest in the South; Natural Resources Management in the Pastaza Indigenous Territory; and Sustainable Coastal Management in the Machalilla National Park. These projects, which started around 1997-98, have been of moderate size and duration. There is no consolidated information readily available on their results.

In April 2002, the EC and the Ecuadorean Government signed a financing agreement for the project “Development of the Paute River Basin” (Paute II), with an EC contribution of 11 million euros. This project grew out of a previous EC-financed project (Paute I) in the same area, aimed at rehabilitation and reconstruction after the “*La Josefina*” landslide disaster in 1993. The general objective of the second Paute project is to improve living conditions for the

rural population (230,000) in this river basin (520,000 ha), with an emphasis on poverty reduction and environmental conservation. This project has had a slow start. First of all, the introduction by the EC of new financial procedures required the approval of an Addendum to the Financing Agreement, which was signed in July 2003, i.e. more than a year after the signature of the Agreement itself. Secondly, according to various reliable sources, effective project execution was hampered by the 'political' appointment of an unsuitable National Coordinator.

A similar story can be told about another EC intervention in Ecuador, namely the “Programme for Support to the Decentralized Management of Natural Resources in Three Provinces in Northern Ecuador”. The Financing Agreement was signed in January 2004, with the Ecuadorean Institute for International Cooperation (INECI) as national counterpart body. According to the Agreement, the INECI was to handle the financial administration of the project, while technical implementation was to be delegated to the Ministry of the Environment. After signing the Agreement, the Ecuadorean authorities involved spent about nine months doing nothing or arguing about the distribution of responsibilities. Only from September 2004, when the EC put pressure on the local authorities and rumours became public that the country was about to lose this Programme due to the inaction of government authorities, did things start to move. By the end of January 2005, a National Coordinator was appointed (after some further in-fighting) and work got under way on the Global Operation Plan and the first Annual Operation Plan.

Other cooperation agencies also have important activities in environmental matters. The Galápagos is an attractive area both for multilateral and bilateral official and private cooperation. It is interesting to mention here, with reference to the institutional and governance problems in the islands, that UNDP is involved in a study to redesign the procedures for appointing the Director of the Galápagos National Park. In addition to this, it should be mentioned that German, Belgian, Spanish, Dutch and Italian cooperation agencies are involved in various environment-related projects dealing with rural development in general, river basin management and management of protected areas. The Netherlands, however, will withdraw official technical cooperation with Ecuador from 2005, which is a matter of considerable concern for some NGOs which have had support from this source. German, Belgian and Spanish cooperation agencies will remain as important players and should be taken into consideration by the EC in future programming activities.

As part of its official cooperation, Sweden financed a project for planning the sustainable development of three bi-national river basins in the north of Ecuador, in 2003 and 2004, affecting the same three Provinces as the EU programme mentioned above. In an extension of this project, ASDI and the Ministries of Foreign Affairs and of the Environment of have agreed to receive Swedish-financed support for the elaboration of the Global Plan and the first Annual Operational Plan for the EU Programme. A Spanish-financed programme in Imbabura province, which ended in December 2004, has contributed to the establishment of a Provincial Development Agency there which will provide infrastructure and physical facilities for the EU Programme, as well as its entire institutional memory and data bases. These include 36 parish development plans, six municipal development plans and one provincial development plan. This can be considered as a good practical example of aid coordination between the EC and EU Member States.

The UNDP, with GEF funding, works in the areas of climate change and natural disaster prevention and risk reduction. A major IDB programme on sustainable management of coastal

resources is about to start. The IDB is also involved in projects for the supply of drinking water to cities of intermediate size, while the World Bank handles the same issues in cities with a population of less than 50,000.

ANEXO 5: Matriz de Donantes y Agentes de Cooperación (los datos provienen de un gran número de fuentes diferentes, así que los autores no pueden garantizar que la información sea completa y actualizada)

Programa / Organización / Donante	Objetivos / Sectores / Áreas	Volumen de financiamiento	Modalidades de Ejecución	Foros de coordinación	Aspectos relevantes / Localización
Banco Mundial	<ul style="list-style-type: none"> ■ Reducción de Pobreza y mejora de la calidad de vida a través del crecimiento económico. ■ Desarrollo rural y comunitario; Medio ambiente; Educación; Salud; Modernización del estado; Obras Públicas ■ Las acciones financiadas en el marco del presente ejercicio financiero son: ■ PROMSA (Investigación agrícola 19,8 M. USD aprobado en julio 1996, Finalizado diciembre 2003). ■ SICA (Censo agrícola 24,8 M. USD. Aprobado enero 1998. Finalizado septiembre 2004). ■ PROLOCAL (Reducción de pobreza 25,2 M. USD Aprobado julio 2001. Cierra diciembre 2006). ■ PRODEPINE (Proyecto de desarrollo de las poblaciones indígenas y afroecuatorianos 25 M. USD. Aprobado septiembre 1998. Finalizado abril 2003). PROPINE II en curso. ■ MODERSA (Modernización sector Salud 45 M. USD. Aprobado junio 1998. Cierra Diciembre 2004). ■ FSTAL (Sector Financiero, 10 M. USD. Aprobado junio 2000. Finalizado junio 2004) ■ PRAGUAS (Agua y saneamiento rural 32 M. USD Aprobado octubre 2000. Cierra abril 2004. Ya está aprobada una extensión de 3 años). ■ Integración internacional y de Comercio (21 M. USD. Aprobado junio 1998. Finalizado junio 2003). ■ PROMEC (Modernización de los sectores energía y comunicaciones rurales. 23 M. USD. Aprobado noviembre 2001. Finaliza junio 2006). ■ SIGEF (Apoyo a la Gestión Financiera Pública 13,86 M. USD. Aprobado marzo 2002. Finaliza septiembre 2005). 	<p>Total 222, 07 M. USD (1996 – 2006)</p> <p>Además para el 2005 están planeadas las siguientes acciones:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ SWAP Educación 25 M. USD/ año ■ SWAP Salud 2 M. USD/ año 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación técnica y económica reembolsable ■ Ejecución a través UGP establecidos en una institución nacional con personal internacional y nacional pagado a cargo del programa ■ 9 líneas no reembolsables para la acciones para la conservación de la Biodiversidad 	<p>Con los mayores Organismos Internacionales</p>	<p>Presente desde los últimos 50 años</p>

Programa / Organización / Donante	Objetivos / Sectores / Áreas	Volumen de financiamiento	Modalidades de Ejecución	Foros de coordinación	Aspectos relevantes / Localización
BID	<p>Opera en 2 frentes:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Apoyo a las Políticas Sectoriales del País para apoyar problemas coyunturales y ■ Programa de inversión para incidir en problemas Estructurales a muy largo plazo como reducción de la pobreza, exclusión, desigualdad, impunidad y corrupción, a través de fondos de inversión que financian proyectos puntuales. ■ Programa Sectorial Social (210M USD) Acciones enfocadas sobretudo hacia el apoyo a la educación primaria ■ SWAP Educación para el 2005 (20 M. USD/ año) con la participación del BM (25 M. USD/ año) y de la CAF (40M. USD/ año) ■ SWAP Competitividad para el 2007 83 m. USD <p>A través del Fondo de Inversión financia proyectos de conservación y manejo de RR NN. (70 M. USD en ejecución y 60 en preparación). Las Acciones se enfocan hacia el manejo de desechos sólidos urbanos (programado para el 2007), Turismo eco sostenible (programado para el 2007), conservación de la Biodiversidad (proyecto Galápagos); Proyecto de agua y saneamiento en ciudades intermedias (30 M. €), Apoyo al Sector Justicia (5 M. USD), Rehabilitación de centro histórico de Quito (8 M.USD, 2007) y apoyo a la competitividad (83 M. USD). La programación futura prevé además un proyecto de Apoyo al Sector Electricidad (80 M. USD, inicio 2007);</p>	<p>Prestamos para 535 M USD aprobados</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación técnica y económica Reembolsable. Apoyan políticas Sectoriales del Gobierno sobretudo en Educación (SWAPs), paralelamente financian a través del fondo de inversión proyectos mirados a resolver problemas estructurales del país. ■ Beneficiario y garante de los prestamos es el Gobierno (Ministerios competentes), ejecutores pueden ser, a través de delega, los gobiernos locales y compañías públicas municipalizadas. ■ Los Proyectos y Programas financiados a través de los préstamos del BID, operan con una secretaria técnica con personal nacional e internacional pagado con los fondos del BID. 	<p>Con los mayores Organismos Internacionales</p>	<p>El Gob. de Ecuador está solicitando recortes de la deuda para un total de 12,4 M. de USD Además el Gobierno está negociando que el personal nacional sea pagado por él mismo y que los montos sean reducidos del prestamos. Otra negociación está basada sobre la reducción de todos los costes de imprevistos no utilizados,</p>
CAF	<ul style="list-style-type: none"> ■ Educación ■ Medio ambiente y conservación de Biodiversidad ■ Modernización del estado ■ Comercio ■ Agua potable y saneamiento 	<p>2004 1,5 M. USD SWAP Educación 40 M. USD / año (2005)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación técnica y económica reembolsable ■ Apoyan la elaboración y implementación de planes sectoriales 		
Comisión Europea	<p>EI CSP 2002 – 2006 prevé intervenciones en los siguientes sectores:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Salud ■ Medio ambiente ■ Integración regional 	<p>Total 150 M€ 92 M € Cooperación Técnica y Financiera</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación técnica y económica ■ no reembolsable ■ Cooperación ONGs ■ Ayuda Alimentaria 	<p>Con los mayores donantes y EE MM</p>	

	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación económica comercial <p>Además se financian proyectos a través de las líneas Seguridad alimentaria, ECHO ONGs y Bosques tropicales y proyectos de tipo desarrollo rural (financiados antes de 2002)</p>				
Programa / Organización / Donante	Objetivos / Sectores / Áreas	Volumen de financiamiento	Modalidades de Ejecución	Foros de coordinación	Aspectos relevantes / Localización
Estados Miembros UE					
<p>Alemania</p> <p>BMZ GTZ DED KfW CIM InWent</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Protección del medio ambiente y Manejo RR NN ■ Apoyo a la modernización y descentralización del estado; Fortalecimiento de los Gobiernos Seccionales 	Total 15,5 M. € / año	<ul style="list-style-type: none"> ■ Referentes nacionales son el INECI y MEF ■ 3 niveles de cooperación: <u>Macro</u>: Apoyo en elaboración de políticas y procesos de concertación a nivel nacional <u>Mezo</u>: apoyo organizaciones <u>Micro</u>: transferencia de tecnología. ■ La estrategia es de trabajar a nivel de Municipio. ■ Manejan directamente los fondos asignados por la cooperación bilateral. ■ Trabajan con ONGs y apoyan Municipios que demuestran mayor atención a temas medio ambientales. 	Si	<ul style="list-style-type: none"> ■ El Gobierno Alemán financia el programa de expertos integrados administrado por la OIT ■ La GTZ trabaja a través de un documento de estrategia País

Programa / Organización / Donante	Objetivos / Sectores / Áreas	Volumen de financiamiento	Modalidades de Ejecución	Foros de coordinación	Aspectos relevantes / Localización
Bélgica	<ul style="list-style-type: none"> ■ Desarrollo rural: micro crédito, agroindustria, infraestructura social y productiva y comercialización (zona Norte) ■ Salud: Apoyo al Municipio de Esmeralda; Al Ministerio de Seguro Social; Derechos sexuales y reproductivos de los adolescentes ■ Fortalecimiento Institucional: INECI (2005) para la preparación de estrategias para los sectores Salud (Salud descentralizada), Desarrollo rural (MAG MEDUVI), para las áreas de medio ambiente, Apoyo al proceso de descentralización y representación democrática, atención a la identidad cultural de la población indígena, y prevención de conflictos (Desarrollo de la frontera Sur: Plan Binacional Ecuador-Perú y Apoyo con proyectos de fortalecimiento de UDENOR localizados en las provincias del Norte) 	<p>Bilateral directa 6M€/ año ONGs y Universidades 4M€/ año Total previsto para 2005 12 M€</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bilateral directa, ■ ONGs ■ Cooperación Universitaria 	Si	Actualmente la cooperación belga financia 15 proyectos
España AECI	<ul style="list-style-type: none"> ■ Reducción de la pobreza: Programas de Desarrollo local; ■ Gobernabilidad y Apoyo Institucional: Fortalecimiento INECI y CODEMPE, ■ Apoyo a la formulación de la estrategia nacional de reducción de pobreza ■ Proyecto de justicia administrativa 10 años por un monto total de 10 M. € (en preparación -inicio junio 2005) ■ Medio Ambiente: Programa Galápagos (programa integral con una fuerte componente de investigación y biodiversidad) ■ Cooperación cultural: restauración de barrios, Escuelas ■ Micro crédito: Banco solidario Banco Pichincha ■ Desarrollo humano: sistema de becas; Cooperación inter universitaria. 	<p>AECI 7 M€/ año lcoop. Intermunicipal 1,7 M€/ año ONGs 1,7 M€/ año</p>	<p>La Cooperación técnica española se ejecuta a través</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ de la agencia AECI y a través ■ de los fondos de la cooperación intermunicipal. ■ Además operan en el país 50 ONGs (200 proyectos) 	Si	Están en fase de elaboración de la estrategia 2005 - 2008
Francia	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación cultural: Enseñanza del francés y programa de becas ■ Salud ■ Apoyo a la sociedad civil ■ Modernización del estado (Policía de Quito) 	<p>Bilateral Directa: 170,000 €/ año Previsión 2005: 200,000 € Cooperación cultural y enseñanza 4M€/ año</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación Técnica y Científica bilateral directa, y ■ Cooperación Cultural y de enseñanza del Francés ■ En lo posible evita la cooperación con los Ministerios 	Si	
Italia	<ul style="list-style-type: none"> ■ Reducción de la pobreza; 	Directa: 6,8 M€ en	■ Bilateral directa	Si	El Gobierno de Italia firmó un

	<ul style="list-style-type: none"> ■ Salud; ■ Medio ambiente; ■ Desarrollo Institucional; ■ Educación / Coop. Ínter universitaria ■ Producción; ■ DD HH; 	3 años Multilateral 2,1	<ul style="list-style-type: none"> ■ Multilateral (PNUD) ■ ONGs 		acuerdo para el canje de parte de La deuda (aprox. 27 M. US\$) a destinarse a la financiación de proyectos de desarrollo socioeconómico y de protección del medio ambiente en 50 cantones y 200 parroquias entre las más pobres)
Programa / Organización / Donante	Objetivos / Sectores / Áreas	Volumen de financiamiento	Modalidades de Ejecución	Foros de coordinación	Aspectos relevantes / Localización
Luxemburgo	<ul style="list-style-type: none"> ■ Lucha contra la pobreza ■ Desarrollo sostenible ■ Salud ■ Educación 	1,2 M€/ año	<ul style="list-style-type: none"> ■ A través de proyectos y programas de Salud; Educación; Agua potable y saneamiento ambiental ■ Apoya el desarrollo de capacidades técnicas y gestionales locales para asegurar la sostenibilidad 		
Países Bajos	<p>Trabajan sobretodo a nivel central y local en temas como:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Conservación de RR NN; ■ Medio ambiente; ■ Apoyo a la empresa privada; ■ Apoyo a la exportación de productos orgánicos través de COPEI y de la red holandesa CBI; Género 	5 M€ (becas incluidas)	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación técnica y económica ■ no reembolsable ■ Cooperación ONGs 	Si	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cierra los programas de cooperación bilateral el 31/12/2005 ■ Permanece la cooperación multilateral y programas de ONGs ■ Ofrece becas para un monto de 1 M€
Reino Unido <i>DFID</i>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ambiente; ■ DD HH; ■ Desarrollo sostenible; ■ Jóvenes y Niños; ■ Género y Gobernabilidad 	270,000 €/ año	<ul style="list-style-type: none"> ■ Apoya los programas de la CE (Aproxim. 18% del presupuesto de la Ce para Ecuador proviene del Reino Unido) ■ Adicionalmente financia un programa bilateral a través del DFID 		
Suecia	<ul style="list-style-type: none"> ■ Medio ambiente 	n.d.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Su estrategia es dirigida a complementar la cooperación europea a través de un addendum al convenio marco de cooperación de la UE con el 	Si	

Programa / Organización / Donante	Objetivos / Sectores / Áreas	Volumen de financiamiento	Modalidades de Ejecución	Foros de coordinación	Aspectos relevantes / Localización
			Gobierno de Ecuador y particularmente con el Ministerio de Ambiente.		
FMI	<ul style="list-style-type: none"> ■ Velar por la estabilidad del sistema monetario y financiero. Lograr la estabilidad económica y financiera; fomentar el crecimiento y aliviar la pobreza. 	400 M. USD previstos Bloqueado después de un primer desembolso de 80 M. USD por incumplimiento	<ul style="list-style-type: none"> ■ Supervisión; ■ Asistencia Técnica y Financiera 		
IICA	Desarrollo rural, Investigación agropecuaria Su acción se focalizar en 7 áreas principales de acción: <ul style="list-style-type: none"> ■ Política y comercio ■ Agua y riego ■ Sanidad agropecuaria ■ Sanidad alimentaria ■ Desarrollo Rural Sostenible ■ Educación y Capacitación ■ Información y comunicación 	2M. USD/ año	<ul style="list-style-type: none"> ■ Colaboran con Ministerios, ■ Gobiernos locales, ■ ONGs y Universidades 	Si	Costa y Sierra
Japón	<ul style="list-style-type: none"> ■ Agricultura y Producción rural ■ PYME ■ Medio ambiente y conservación de Biodiversidad 1. Multisectorial	21 M. USD / año	<ul style="list-style-type: none"> ■ Trabajan con un elevado número de voluntarios 		Trabajan en todo el país
Mayores ONGs europeas y nacionales					
ALDHU ALER CARITAS Alisei Ayuda en Acción CARE CEDENMA CESA CISP CRIC FEPP	<ul style="list-style-type: none"> ■ Salud y educación ■ Decentralización ■ RR NN y medio ambiente ■ DD HH ■ Micro crédito rural ■ Apoyo a la sociedad civil ■ Producción y comercialización ■ Cooperación cultural 	Solamente disponemos de los datos de los proyectos co-financiados con la CE: 18,25 M. € (Total)	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación no reembolsable, con entidades, ■ en colaboración con Organismos Internacionales, Organizaciones de la sociedad civil, Ministerios, Gobiernos locales 	Existe un foro de coordinación de ONGs	Ejecutan proyectos en todo el territorio

Horizont 3000 INTERMON Oxfam Observatorio Red Financiera Rural ONGs ejecutoras proyectos línea ONG					
Programa / Organización / Donante	Objetivos / Sectores / Áreas	Volumen de financiamiento	Modalidades de Ejecución	Foros de coordinación	Aspectos relevantes / Localización
Plan Binacional	Programa de acción binacional, que promueve la ejecución de proyectos fronterizos entre Perú y Ecuador para promover la participación del sector privado, en la financiación de proyectos de desarrollo de la región fronteriza. Acuerdo suscrito entre los 2 países el 26 de octubre 1998. <ul style="list-style-type: none"> ■ Infraestructura social y productiva ■ promoción de la inversión privada 	204 M. USD Total acumulado (marzo 2004)	Reciben financiamiento por: <ul style="list-style-type: none"> ■ Fondo para la paz y desarrollo ■ Los Gobiernos de Ecuador y Perú, ■ Grupo consultivo de financiamiento internacional Ecuador – Perú. ■ Grupo Binacional de promoción de la inversión privada 	Si con los mayores agentes de cooperación	
Sistema de las Naciones Unidas					
ACNUR	<ul style="list-style-type: none"> ■ Colaborar con el Gobierno para garantizar la protección internacional de los refugiados. ■ Proyectos de apoyo comunitario; Formación; capacitación; DD Humanos 		<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación técnica y económica ■ no reembolsable 		Presente desde el 2000 (Total de la inversión 2;400 M. USD)
FAO	<ul style="list-style-type: none"> ■ Erradicación del hambre; seguridad alimentaria. ■ Desarrollo rural y comunitario; Medio ambiente; Educación; Agricultura; Ganadería; Pesca y Forestas. 	10 M. USD total	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación técnica y económica ■ no reembolsable 		
OPS (Organización regional de la OMS)	<ul style="list-style-type: none"> ■ Promover la equidad de la salud; combatir la enfermedad; mejorar la calidad y prolongar la duración de la vida de las poblaciones americanas ■ Salud. 	10 M. USD Total	<ul style="list-style-type: none"> ■ Supervisión y Asistencia Técnica 		Creada en 1951
PMA	Erradicación del hambre <ul style="list-style-type: none"> ■ Salvar vidas en situaciones de crisis ■ Proteger vidas de gente envueltas en crisis humanitarias y 	263 M. USD Total	<ul style="list-style-type: none"> ■ Supervisión y Cooperación técnica y económica ■ no reembolsable 		Colabora en Ecuador desde 1969

	<ul style="list-style-type: none"> ■ aumentar su capacidad de adaptarse a impactos ■ Ayudar a mejorar el estatus nutricional y de salud en los niños; madres y otras personas vulnerables ■ Apoyar el acceso a la educación primaria y reducir la desigualdad de género en el acceso a la educación y capacitación ■ Ayudar a los gobiernos a fortalecer su capacidad de planificación y manejar los programas de alimentación <p>Seguridad alimentaria; Salud; Educación Equidad de género.</p>				
Programa / Organización / Donante	Objetivos / Sectores / Áreas	Volumen de financiamiento	Modalidades de Ejecución	Foros de coordinación	Aspectos relevantes / Localización
PNUD	<ul style="list-style-type: none"> ■ Constituir una red mundial para el desarrollo que promueva el cambio y conecte a los países con los conocimientos; la experiencia y los recursos necesarios para ayudar a los pueblos a forjar una vida mejor <p>Prioridades:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Gobernabilidad democrática; ■ Reducción de la pobreza; ■ Desarrollo sostenible. 	176 M. USD Total	<ul style="list-style-type: none"> ■ Supervisión y Cooperación técnica y económica no reembolsable 		Coordina el sistema de las Naciones Unidas en Ecuador
UNESCO (Sede regional para los países del Pacto Andino)	<p>Cooperar a nivel regional en las áreas de</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Educación; ■ Ciencias sociales; ■ Ciencias exactas y Cultura. 	2 M. USD Total	<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación técnica y financiera no reembolsable 		
UNFPA	<ul style="list-style-type: none"> ■ Apoyar al derecho de las personas y las parejas a decidir libremente el número de hijos que han de tener y su espaciamiento y a disponer de la información y los medios para lograrlo. ■ Aplicación de políticas públicas; programas y proyectos de beneficio de las poblaciones ■ Salud sexual y reproductiva; población y desarrollo 		<ul style="list-style-type: none"> ■ Asistencia técnica y financiera no reembolsable; dirigida a fortalecer nacionales a nivel central y local. 		La AT se concentra en las provincias de Manabí Chimborazo y Orellana con Organismos Gubernamentales; Municipios; ONGs y organizaciones comunitarias
UNICEF	<ul style="list-style-type: none"> ■ Garantizar que la niñez y los adolescentes cuenten con los servicios sociales básicos para garantizar su derecho en salud; nutrición; educación básica; desarrollo infantil y protección. ■ Aumento de la inversión social del País. ■ Educación; Salud; DD HH; Minorías étnicas. 		<ul style="list-style-type: none"> ■ Asistencia técnica al Gobierno Cooperación técnica y financiera no reembolsable 		Coopera a nivel local en 22 Cantones
UNIFEM	<ul style="list-style-type: none"> ■ Promueve el ejercicio pleno de los derechos y la 		<ul style="list-style-type: none"> ■ Cooperación técnica y 		

(Sede regional para los países del Pacto Andino)	<p>ciudadanía de las mujeres ecuatorianas</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Asegurar el derecho a la participación política y seguridad económica; el liderazgo de las mujeres en los diversos espacios sociales; la prevención de la violencia de género y la inserción del enfoque de género en las políticas y programas del sistema de las NNUU y sus agencias nacionales. ■ Fortalecimiento de las organizaciones de mujeres 		financiera no reembolsable		
UN Volunteers	<ul style="list-style-type: none"> ■ Contribuir al desarrollo humano sostenible. ■ Voluntariado entre Ciudades; Intercambio internacional Municipal; las Agencias de desarrollo Empresarial; y la prevención de HIV/SIDA 		■ Cooperación técnica y financiera no reembolsable		Presente desde el 1991
Programa / Organización / Donante	Objetivos / Sectores / Áreas	Volumen de financiamiento	Modalidades de Ejecución	Foros de coordinación	Aspectos relevantes / Localización
USAID	<ul style="list-style-type: none"> ■ Frontera Norte ■ Frontera Sur ■ Democracia y apoyo institucional (Justicia, Descentralización) ■ Reducción de pobreza ■ Reformas Macroeconómicas ■ Medio Ambiente 	160 M. USD/ para 5 años	■ Cooperación técnica no reembolsable. No operan directamente con el estado sino a través de ONGs, empresas privadas, fundaciones, universidades etc..	Manifiestar interés a una coordinación más amplia	Presente desde 60 años

Annex 6
Overview of current EC cooperation with Ecuador

Pays	<i>EQUATEUR</i>						
Délégation	<i>COLOMBIE</i>						
(M€) (1)	2000	2001	2002	2003	2004	2005 (2)	Total
Engagements	5,9	22,2	5,1	23,2	41,5	26	123,9
Paiements	6,3	5,6	8,3	13,4	12		45,6

Portfolio des projets en exécution et /ou démarrage (3):			
Lignes budgétaires	Titre ligne	Nombre projets	(M€)
Géographiques			
190901	<i>Coopération Fin. et Technique</i>	8	104,00
190902	<i>Coopération Economique</i>	1	10,00
190903	<i>Réfugiés</i>		
190904	<i>Réhabilitation</i>		
			114,00
Non Géographiques		Nombre contrats	
190204	<i>Mines antipersonnel</i>		
190211	<i>Lutte drogues</i>		
190403	<i>DDHH et Torture</i>	1	0,94
210201/210202	<i>Sécurité Alimentaire</i>	7	16,85
210203	<i>ONG</i>	13	8,22
210205	<i>Env. Forêts Tropicales</i>	1	1,00
210206	<i>Genre</i>		
21020702/03/04	<i>Santé (Maladies pauvreté, santé reproductive et SIDA)</i>	1	1,40
210213	<i>Coop. Décentralisée</i>		
			28,41
TOTAL			142,41

(1) Toutes lignes budgétaires gérées par AIDCO (géographiques et thématiques)

(2) Projets engagés sur la programmation 2005

(3) Projets en cours ou démarrage, à l'exclusion des projets cloturés

(4) Ce montant représente la somme des montants engagés.

**Programmation indicative
2002-2006 (M€)**

Secteur	2002	2003	2004	2005	2006	<i>total</i>
<i>Développement rural*</i>	11	17				28
<i>Economie</i>			10			10
<i>Appui Institutionnel</i>						
<i>Infrastructure</i>				26		26
<i>Développement social</i>			28			28
<i>Divers</i>						
<i>Total</i>	11	17	38	26		92

* incluant environnement

Annex 7

Ecuador's participation in Latin American region EC cooperation programmes

ALBan - European Union Programme of High level Scholarships for Latin America

The **ALBan** programme aims at furthering co-operation between the EU and Latin America in the field of higher education. The programme promotes increased mobility of Latin Americans into the European area of Higher Education. Such individuals may benefit from the excellence of such institutions, thus enhance their employability and so have better employment prospects once they return to their own countries. The ALBan programme covers the period 2002-2010 and is now in its first phase: 2002-2005. The total cost of the ALBan programme is **€113.5 m**, with a European Community contribution of **€88.5m**, out of which €75m will be devoted to scholarships. This represents an average of 3,900 scholarships, each lasting 12 months and each for an amount of €1,500 per month. (First phase: €37.5m for scholarships).

ALFA - Latin America Academic Training

The ALFA programme began in **1994** and sought to reinforce co-operation in the field of Higher Education. The programme co-finances projects aimed at improving the capacity of individuals and institutions (universities and other relevant organisations). The first phase, ALFA I, with an EC contribution of **€ 31m**, ran until 1999 and the second phase (**2000-2005**), ALFA II, for which the EC contribution is **€52m**, has a total of 10 selection rounds (2000-2004). The total European Community financial contribution to the ALFA II approved projects in the context of the first 9 selection rounds amounts to **€48.5m**. The average European contribution per project is **€233,500**.

AL-INVEST enhancing commerce between SMEs

The AL-INVEST programme involves the promotion of international long-term co-operation between SMEs in both the EU and Latin America. It is made up of two networks of organisations called Coopecos in Europe and Eurocentros in Latin America. These networks constitute the foundation of the programme and implement its activities. The EC launched the programme in **1993** (EC contribution **€11m**) and it is now in **Phase III** for 2004-2007 (**€46m**). In addition to the traditional tool of sectorial meetings to stimulate direct contact between the SMEs, in this latest phase, new capacity- and institution-building activities have also been incorporated, such as the Business Development facility, LA and EU Business Weeks and so on. In total, the participants from Latin America now number **55 Eurocentros**.

@LIS Alliance for Information Society

@LIS aims at reducing the digital divide between Europe and Latin America, integrating Latin America into a Global Information Society and creating long-term partnerships between the two regions. The programme was adopted by the EC on 6 December 2001. It has a total budget of **€77.5m** of which **€63.5m (approx 82%)** is financed by the European Commission. The activities of the programme have been organised around three areas of intervention: dialogues, networks and demonstration projects. Within these three areas, there are five horizontal actions (in which all countries are involved and issues are addressed as a region) and 19 demonstration projects (individual participation in four areas – e-Education, e-Inclusion, e-Governance and e-Health) being developed.

URB-AL - Urban Policy Coordination

URB-AL is a decentralised co-operation programme directed at local communities of the EU and Latin America as well as other players involved in the urban sector. It aims to disseminate and apply "Best Practices" in the area of urban policy as well as to facilitate research into contemporary issues. The programme activities are proposed, implemented and managed by the

participants themselves. URB-AL currently represents more than **800** different local authorities and 2000 cases of participation (a single local authority can take part in more than one activity). The first phase from 1995-2000 had a budget of **€14m**. URB-AL is currently in its second phase (**2001-2006**) with a budget of **€50m**.

EU – Latin America: New Areas of Cooperation

EUROSociAL – Regional Programme for Social Cohesion

The general objective of EUROSociAL is to increase levels of social cohesion in Latin American societies. It focuses on the policies of education, health, the administration of justice, fiscal policy and employment. To this end the programme will promote the exchange of experiences concerning these particular policies between public administrations of the EU and Latin America. The programme specifically aims to establish the conditions whereby this exchange can generate social cohesion. EUROSociAL will last for a period of **4 years (2004-2007)**. The European Commission's contribution to the programme is **€30m**. More information can be found on the EUROSociAL website:

http://europe.eu.int/comm/europeaid/projects/amlat/eurosociAL_en.htm

EUROSOLAR

The objective of EUROSOLAR is to promote the use of renewable energy sources in the poorest countries of Latin America and improve living conditions by combating poverty, particularly that of indigenous groups. It enables those in the poorest rural areas without access to the national grid to access electricity generated by sun and wind. EUROSOLAR provides these communities with a hybrid system of photovoltaic panels and small wind panels in order to generate electricity and other applications for community use. The installation of a maximum of **600** such facilities is planned. The countries participating in the EUROSOLAR programme are Bolivia, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Paraguay and Peru. The programmewas submitted to the EU Member States for approval in the second half of **2005** and will last for **4 years**. The total contribution from the European Commission is **€24m**.

OBREAL - Observatory of the Relations between Europe and Latin America

OBREAL is a programme consisting of a network of **23** universities from Latin America and Europe, led by the University of Barcelona, whose aim is to promote a process of reflection on the relationship between the EU and Latin America. It focuses on the common challenges being faced by both regions and how these challenges can be overcome effectively. The activities of OBREAL concern bi-regional association and common interests, keeping in mind the expectations of each region. In addition, OBREAL advocates the dissemination of information relating to the relationship between the EU and Latin America and the strategic vision of each region. The European Commission's contribution to the activities of OBREAL is **€1.35 m** and the programme will run for **3 years (2005-2007)**. More information can be found on the OBREAL website:

http://europe.eu.int/comm/europeaid/projects/amlat/oreal_en.htm.

Ecuador's Participation in Alþan - European Union Programme of High level Scholarships for Latin America

At the first Alþan call for candidates for the academic year 2003/2004, 251 scholarships were awarded. On average, they were for a period of two years, the average EC contribution being €26,700 per scholarship, with a total EC contribution of **€ 6.7m**. **Out of 251 selected candidates, two (approx. 0.8%) were Ecuadorean** citizens and their main areas of study were Social Sciences and Architecture.

In the **second Alfa call for candidates (2004/2005)**, 779 scholarships were awarded, again for an average of two years, with an average EC contribution of €25,600 per scholarship amounting to a total of € **20.22m**. **Of the 779 applicants selected, 16 (approx. 2.05%) are from Ecuador**, which is an increase very much in line with the increased capacity of the programme; they are mostly studying Business Studies and Social Sciences.

Eligible candidates & Scholarships awarded to Ecuadorean nationals by type of course ⁴					
Year		M	D	E	Total
2003	Eligible	36	24	1	61
	Awarded	2	0	0	2
2004	Eligible	35	19	2	56
	Awarded	10	6	0	16
TOTAL Awarded Ecuador		12	6	0	18
TOTAL Awarded LA 03+04		421	564	45	1030

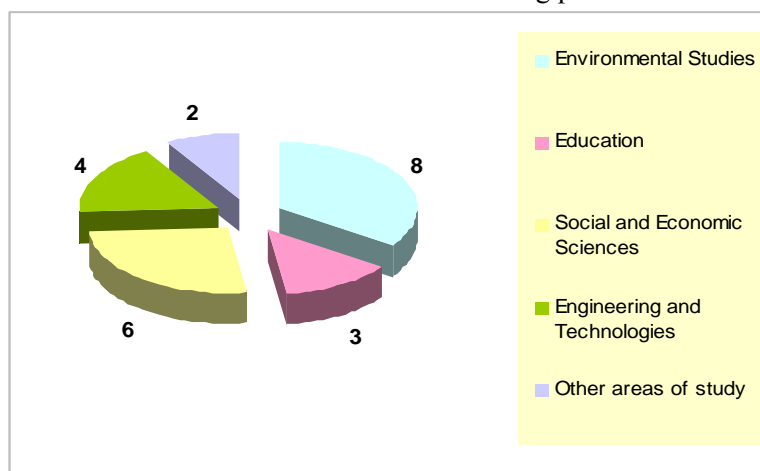
Taking the 2003 and 2004 calls together, the scholarships awarded to nationals of Ecuador make up **1.75 %** of the total number of scholarships awarded to all of the LA countries.

Main Alfa Events in Ecuador in 2005

The programme did not envisage any events in Ecuador during 2005. However, there was an **Alfa Ex Alumni Meeting** in Valencia, Spain, on **13 May 2005** to which all of the Ex Alumni from Ecuador were invited.

Ecuador's participation in ALFA II - Latin America Academic Training

Eight eligible Higher Education Institutions (HEIs) from Ecuador are participating in **23** of the **208** approved projects of ALFA II in the context of the first 9 selection rounds (involvement in **over 11% of the projects**). HEIs from **Ecuador** are coordinating **one** of the 23 above-mentioned approved projects. The main fields of study of the **23** projects in which Ecuadorean HEIs are involved can be seen in the following pie-chart:



⁴ **M** stands for Master Degree, **D** for PhD studies and **E** for Specialization of Professionals.

The EC financial contribution to the activities carried out by the **23** projects in which Ecuador is taking part is **€5.5m**, which represents on average **74 %** of the total cost of each project. The average EC contribution per project is approximately **€239,304**.

Main ALFA Events in Ecuador in 2005

- **13 – 16 Sept, Quito:** VII Congreso Iberoamericano de Historia de la Educación, participation in a panel to present the results of the ALFA Project PATRE-MANES, (II-0441-A)

- **1 – 10 Oct (to be confirmed), Cuenca:** Conferencia internacional: La migración internacional a Europa y EEUU: comparando procesos de inclusión y exclusión social' + reunión coordinación y seminario de formación con los becarios seleccionados, ALFA Project TransMigraRed, (ref: II-0336-FI).

- **Oct (to be confirmed), Loya:** Coordination meeting and International Seminar on Education of the ALFA Project UE-AIESAD, 'Postgrados y doctorados a distancia en educación' (ref: II-0449-FA).

Ecuador's Participation in AL-INVEST - enhancing trade and investment between SMEs

There are currently **three Eurocentros in Ecuador**

- Chamber of Commerce, Guayaquil
- Chamber of Industry, Pichincha
- CORPEI (Corporación de Promoción de Exportadores e Inversiones)

Of the 250 cases where the principal operator of a project has been Latin-American, the Ecuadorean Eurocentro Guayaquil has led **five** of them (approx. **2%**). The other Eurocentros are new to AL-Invest III. Ecuadoreans have also collaborated in **51** of the 464 activities organised by AL-INVEST to date, involving **918 companies**, and a participation rate of **approx. 11%**. The value of the contracts signed between European and Ecuadorean enterprises amounts to **€6,757,791** and the range of activities covered by these agreements includes fruit (plantain and banana in particular), fish and shellfish, cocoa and its products, textiles, electronics and construction.

Main AL-INVEST Events in Ecuador in 2005

(The main operator of each of the following events is Ecuadorean;)

- **4 – 9 April, Guayaquil:** Capacity Building for SMEs Traceability of Fruit Production Systems.
- **9 – 20 May, Guayaquil and Italy:** Capacity Building for SMEs Association and Development of SMEs.
- **6 – 9 July, Guayaquil:** Business Meeting Tecno Agro EC.
- **1 – 12 August, Guayaquil and Panama:** Capacity Building for SMEs Fish Safety and Quality.

Ecuador's Participation in @LIS - Alliance for Information Society

Horizontal Actions:

Like all of the Latin American countries, Ecuador has one partner in the Network of Researchers (ALICE) called **CEDIA** – Consorcio Ecuatoriano para el Desarrollo de Internet Avanzado, and one in the Network of Regulators called **CONATEL**, the Consejo Nacional de Telecomunicaciones.

Demonstration Projects:

Ecuadorean partners enjoy a high level of activity in three of the four sectors of the @LIS demonstration projects. There are currently Ecuadorean partners participating in the implementation of **five of the 19 demonstration projects** (participation in **26% of the projects**). This involves **10 Ecuadorean partners** in the projects, with as many as five partners the projects SILAE (e-Governance). In total, 107 Latin American partners participate in @lis demonstration projects, so approx. **9% of the members are from Ecuador**.

The **five @LIS demonstration projects** currently on-going in **Ecuador and their members** are:

PROJECT TYPE	DEMONSTRATION PROJECT NAME	NAME OF ECUADOREAN MEMBER
e-Education & Cultural Diversity	ATLAS	Fundación de Hoy en la educación
	Cibernárium	Ayuntamiento de Quito
e-Governance	SILAE	CONELEC – Consejo Nacional de Electricidad
		CONCOPE – Consorcio de Consejos Provinciales
		CODENPE – Agencia de Apoyo a Comunidades Indígenas
		ANDINATEL
		CIE – Centro de Investigación en Energía
		Met@logo
		Universidad de las Américas Ecuador
		Latin American Federation of Cities, Municipalities and Associations
e-Health	-----	<i>NO ECUADOREAN PARTICIPATION</i>
e-Inclusion	IALE (Intercomunicación América Latina)	ALER – Asociación Latinoamericana de Radiofónica Acrónimo

Main @LIS Events in Ecuador in 2005

- **2 – 6 May, Cuenca:** SILAE: XX Latin American Conference on Rural Electricity

- **4 – 6 May, Quito:** ACTION 1 “Political and Regulatory Dialogue”: Regional and Technical meeting for LA and Caribbean in preparation for INFOLAC.

Ecuador’s participation in URB-AL - Urban Policy Coordination

The URB-AL programme consists of thirteen **thematic networks** co-ordinated by a single local authority. Six of the thematic networks are coordinated by Latin American local authorities, **however, Ecuador coordinates none of these networks**. All those local actors who wish to cooperate on a given theme participate in the corresponding network, which provides a focal point of information and a forum for discussion. Joint projects are then designed and implemented within the networks. To date **154 joint projects** have been selected, of which **49** have the involvement of an Ecuadorean partner (**31%** of the projects). Ecuador is also represented by **5 external members** in the URB-AL joint projects.

Of the 268 different Latin American local authorities that are active in joint projects, **11 are Ecuadorean** (4% of the total). **Of the approved joint projects, the following three Ecuadorean local authorities are coordinators;**

- **Cuenca (two projects)**
- Quito Distrito Metropolitano
- **Riobamba**

Main URB-AL Events in Ecuador

- **6 – 11 June, Ecuador:** Meeting of Project R5-B5-03 *Centro regional potenciador para mujeres emprendedoras y trabajadoras* (Project coordinator Odense, Denmark)

- **November 2005 – January 2006, Quito:** Meeting of Project R9-A4-04 *Participando a en la gobernabilidad local: impacto de los presupuestos participativos en la administración pública local* (Project coordinator Córdoba, Spain)

- **April - May 2006, Quito:** Workshop of Project R9-A4-04 *Participando a en la gobernabilidad local: impacto de los presupuestos participativos en la administración pública local* (Project coordinator Córdoba, Spain)

Annex 8

Ecuador y la migración

A partir de la década de los años 60, los países andinos han pasado de ser una región de inmigración a una región de emigración. En los últimos 10 años, este proceso se ha incrementado notablemente, convirtiéndose en una de las regiones de mayor emigración en el mundo. Ecuador se enmarca totalmente en estas tendencias.

Ahora, en Ecuador se ha pasado de la emigración “amable” de algún miembro de familias originarias de zonas urbanas en busca de fortuna en países vecinos o hasta Nueva-York, y a veces hasta la vieja Europa, a una emigración masiva, campesina y urbana, transcontinental y crecientemente feminizada que está generando problemas tanto para los países de destino como para Ecuador y los propios emigrantes.

Principales flujos migratorios

Hasta fines de la década de los setenta, Estados Unidos es el país de mayor destino. Se reporta la presencia allí de 190.000 ecuatorianos en 1990 y de 260.000 en 2000. Sin embargo, estas cifras están subestimadas. Si se consideran los inmigrantes ilegales, las cifras oficiales pueden doblar o triplicar. La región de Cuenca (sierra central) y del Sur contribuyó mucho a este flujo que tiene que ver en particular con la decreciente demanda del sombrero de paja toquilla (“Panamá”), principal ingreso de la región.

Desde 1980, y hasta 1997 se considera un flujo medio de 20.000 emigrantes anuales con destinos muy diversos. A partir de 1998, año en que se cuentan 60.000 emigrantes, empieza el incremento que llegó a 120.000 en 1999 y más de 200.000 en 2000 (estimaciones) con, esta vez, una focalización de los destinos: España, Estados Unidos e Italia. En 2000 España recibió la mayoría de los emigrantes, ubicando los ecuatorianos en segundo lugar de la población extranjera, después de los magrebíes.

A partir de 2001-2002, las medidas cada vez más restrictivas y la exigencia de visado generalizada en el año 2003, han frenado el flujo migratorio hacia Europa.

Razones de la reciente ola de emigración

Crisis económica: La emigración ha pasado de ser un acto aislado y concentrado principalmente en algunas ciudades del austro, a ser una estrategia social de supervivencia a nivel nacional. El detonante del fenómeno fue la mayor crisis económica que el país ha tenido en su historia. El año 1999 se registra la mayor caída del PIB. Este bajó de 19.710 millones de dólares en 1998 a 13.769 millones en 1999. El país experimentó el empobrecimiento más acelerado en la historia de América Latina. Entre 1995 y 2000, los pobres pasaron de ser 34% al 71% y la pobreza extrema dobló su número. Esto vino acompañado de una mayor concentración de la riqueza y por lo tanto de una acentuación de la inequidad. Las consecuencias principales de la situación fueron el masivo desempleo y subempleo, la caída de los ingresos, la reducción de las inversiones sociales (salud, educación, desarrollo comunitario,...), la inseguridad ciudadana y la caída de la confianza en el país.

A finales del 2002, según cifras del INEC (Instituto Nacional de Estadísticas y Censos), se calcula que más de 2,5 millones de ecuatorianos viven fuera del país, de una población total de 12 millones de habitantes.

Otros factores: Hubo otros factores coyunturales en ese momento que acentuaron la situación, como fueron el fenómeno de El Niño, la caída de los precios del petróleo, la desestabilización financiera internacional, la corrupción galopante y la inestabilidad política.

A estos problemas coyunturales se añaden otros de tipo estructural mutuamente interrelacionados como la debilidad y fragilidad del mercado interno, la presencia de sistemas de producción atrasados, ausencia de políticas generadoras de empleo, elevada propensión a importar, mal manejo administrativo del Estado, irrespeto casi permanente de la institucionalidad democrática y de la misma Constitución, entre otros. Asimismo, no se deben olvidar el impacto de la dolarización que también contribuyó al empobrecimiento de las clases media y baja de la población, incitándolas aún más a emigrar. En estos años la decisión migratoria pasó de ser un deseo individual de superación a ser una estrategia familiar de supervivencia.

Características de la emigración

Se trata de una emigración masiva, a largo plazo, en la que de momento no se observa una tendencia al retorno. Al contrario, los emigrantes tienden a buscar la reagrupación familiar. El flujo migratorio ecuatoriano de la nueva ola se dirige principalmente y casi específicamente a España, Estados Unidos e Italia. El flujo hacia Estados Unidos pasó de representar el 65% del total de los emigrantes hasta 1995 a representar el 30% en el período 1995-2000. En las mismas fechas, España pasó de 15% a 53% e Italia de 4% a 10%.

La gran mayoría de los emigrantes pertenecen a los sectores medio y medio bajo de la población, empobrecidos por la crisis financiera. En el país de destino encuentran empleo principalmente en los sectores de la construcción, la agricultura y el servicio doméstico.

En cuanto a la composición por género, la corriente migratoria hacia España estuvo en un principio liderada por las mujeres. En 1998, al estallar el flujo, el 67,4% de la población ecuatoriana con residencia y con visa de trabajo validadas en España, eran mujeres y la mayor parte de ecuatorianos “sin papeles” residentes en España hasta el año 2000 también eran mujeres. Es interesante mencionar que la emigración femenina no parte de un modelo uniforme de mujer, sino que proviene de distintas condiciones familiares. Sin embargo en los últimos años se ha producido un cambio hacia la emigración masculina. Así, la proporción de mujeres registradas en España ha bajado de 67,4% en 1998 a 55,5% en 2000, con la consecuente subida del porcentaje masculino de 29,3% a 44,3%.

Frente a la dificultad creciente de emigrar legalmente, la emigración ilegal está ganando terreno. En muchos casos, el futuro emigrante paga los servicios de los “coyoteros” o los “chulqueros” para ingresar en los países de destino clandestinamente. Para ello, están obligados por lo general a contraer grandes deudas y a hipotecar los bienes familiares. Los aspirantes a la emigración también se apoyan en redes sólidas

constituidas por las personas ya instaladas en el país de destino que les facilitan tanto información como la integración a su llegada.

Dentro de todos los países de América Latina, Ecuador se encuentra en sexto lugar en cuanto al nivel de las remesas recibidas. Estas representan \$1.740 millones en 2004 (BID) siendo la segunda fuente de ingresos del país, después del petróleo. Cabe destacar el coste particularmente elevado de las transferencias, que en ciertos casos puede representar el 20% del monto transferido.

Problemas resultantes de la emigración

Solamente se mencionan algunos problemas encontrados por el emigrante y por sus familiares en Ecuador y por el Estado ecuatoriano.

La ONU estima que un promedio de 200.000 profesionales se han marchado de Ecuador para buscar mejores condiciones de vida en países como España, Chile, Colombia y Estados Unidos. Esta fuga de cerebros costaría miles de millones de dólares al país.

A nivel social se debe destacar la desestructuración familiar generada tanto en Ecuador como en los países de destino. Se observan problemas de comportamiento y de integración en la sociedad de los jóvenes y niños dejados en manos de familiares o incluso vecinos. En los países de destino ya se está empezando a observar el surgimiento de una delincuencia juvenil a raíz de la inmigración.

Las remesas se invierten mayoritariamente en la construcción y en el consumo, en lugar de en inversiones productivas susceptibles de mejorar a medio plazo el nivel de vida de los familiares. Sin embargo cabe destacar algunas experiencias innovadoras con la canalización de remesas para fines de inversión social por medio de la venta a emigrantes de acciones en empresas municipales (por ejemplo de parte del Gobierno Provincial del Azuay).

La inmigración en Ecuador

Ecuador no es tradicionalmente un país de inmigración, pero resulta relativamente fácil la circulación para los ciudadanos de los países de la CAN (tarjeta andina y futuro pasaporte andino).

A pesar de haber sido un país de acogida de refugiados de los países del Cono Sur, ahora el principal flujo de refugiados que llegan a Ecuador proviene de Colombia, representando el 95% del total. El 5% restante corresponde a peruanos y a diferentes países africanos.

Según el Ministerio de Relaciones Exteriores, entre 2000 y 2005 (octubre), se han registrado 35.311 solicitantes de refugio de los cuales se han reconocido 11.137. El Gobierno reconoce un total de 370.000 colombianos residiendo en el país, pero la cifra real está seguramente por encima. La mayoría huye la situación de fuerte violencia e inseguridad (FARC y paramilitares, narcotráfico, Plan Colombia).

Las bases legales internacionales para la protección de los refugiados se aplican relativamente bien en Ecuador: Declaración Universal de los Derechos Humanos,

Convención de Ginebra sobre los refugiados de 1951 y Declaración de Cartagena de 1984. Aunque esta última no es vinculante, está incluida en el Decreto nacional 3301/92, que sí lo es. Según ACNUR, Ecuador sería uno de los países de América Latina que más cumple con los convenios y tiene una actitud más abierta al respecto.

El 65% de la población registrada reside en centros urbanos, principalmente Quito. Las mujeres representan el 42% y los jóvenes el 69%. Las familias viven bajo la línea de pobreza en un 92% de los casos (ACNUR, 2004). La población refugiada colombiana se caracteriza por una tendencia a la invisibilización a través de una dispersión dentro de la población local, por razones de seguridad y para mejorar sus condiciones socioeconómicas. Se observa un creciente rechazo de los refugiados percibidos por los ecuatorianos como competidores en el mercado del trabajo.

Annex 9

Description du processus de coordination et harmonisation entre les bailleurs de fonds en Equateur

La coordination des donateurs en Equateur est globalement assez faible et semble plus du domaine de la rhétorique que de la réalité. Deux explications peuvent être avancées :

- la crise politico-institutionnelle permanente de ces dernières années a empêché toute vision de développement national (ou sectorielle) à moyen ou long terme autour de laquelle les donateurs auraient pu se rassembler,
- bien que le résultat de ce déficit de gouvernance pénalise les progrès du pays dans tous les secteurs, le pays n'est pas dans un état de crise socio-économique profonde qui aurait été également une forte incitation à coordonner l'aide externe.

Les donateurs continuent donc à développer leurs propres agendas et stratégies de coopération, même si les diagnostics et analyses de la situation sont assez souvent partagées, voire mises en commun. Il arrive que des projets soient cofinancés entre plusieurs bailleurs (ex PROLOCAL avec la BM et la CE) mais ce sont des exceptions qui confirment la règle.

Cependant des initiatives sont en cours qui pourraient améliorer la situation. Au niveau de l'Union européenne depuis l'ouverture de la délégation de la Commission européenne en Equateur mi-2003, un dialogue continue s'est instauré avec des réunions mensuelles des chefs de mission et des conseillers de coopération, des échanges d'informations et concertation autour de secteurs appuyés en commun, des protocoles d'accord ponctuels de collaboration, des initiatives communes auprès des autorités nationales pour sauvegarder les intérêts de la coopération. Il y a eu un effort particulier pour associer les états membres de l'UE à toutes les étapes de préparation du présent document. Une dernière initiative en cours au moment de rédiger le présent document est la publication prévue pour 2006 à l'initiative de la Commission d'une brochure sur la coopération l'UE avec l'Equateur. Pour cela, un travail de coordination et de collecte d'informations est en cours qui implique toutes les représentations des états membres présents dans le pays.

Au niveau de l'ensemble des coopérations bi- et multilatérales la manifestation la plus concrète de coordination se réalise à travers des sept « mesas de concertación » thématiques créées par l'INECI (Direction du Ministère des Relations Extérieures en charge de la coordination de la coopération) et qui se réunissent plus ou moins régulièrement depuis 2003. Elles sont le lieu d'échange d'informations et de dialogue sectoriel. Il faut souligner le fait que les donateurs y sont beaucoup plus actifs que les institutions nationales.

Cependant au commencement de 2006 cet effort d'information, de concertation voire de collaboration ponctuelle reste encore très insuffisant en raison de la faiblesse institutionnelle et de l'instabilité politique du pays qui ne permettent pas l'émergence d'une demande (équatorienne) ordonnée de coopération qui puisse rencontrer une offre (internationale) de coopération pour l'heure toujours assez forte. Les coopérations manquent d'interlocuteurs institutionnels avec de vrais politiques sectorielles autour

desquelles elles peuvent se coordonner. En conséquence elles oeuvraient encore largement en ordre dispersé. Cet état de faiblesse des institutions nationales ne doit cependant pas cacher le fait que les coopérations n'ont pas eu la volonté et/ou n'ont pas fait tous les efforts nécessaires pour coordonner leur action.

Les états membres de l'UE ont accueilli favorablement la perspective de développer une meilleure coordination et harmonisation en établissant dans le cours de 2006 une feuille de route européenne. Cette proposition de la Commission (novembre 2005) est arrivée au même moment que les premiers résultats d'une étude commandée par plusieurs coopérations (Suisse, Espagne, Allemagne, PNUD) pour établir un diagnostic à base des opinions des 25 plus grandes institutions nationales et internationales impliquées dans la coopération sur le thème de « Armonización y alineamiento de la cooperación con Ecuador .» Cette étude a confirmé que les importantes lacunes nationales en terme de définition de politique et de stratégie de coopération, d'instabilité politique et institutionnelle, de faible coordination entre les institutions de l'Etat, offraient un terrain peu favorable à une meilleure coordination et harmonisation de l'Aide. Il a été décidé que la Délégation rejoigne le groupe de suivi des résultats de cette étude.

Tout en soulignant le réel intérêt de plusieurs états membres de l'UE et d'autres coopérations pour entamer une analyse et de faire des propositions concrètes en matière de coordination et harmonisation, il n'est pas possible à ce stade de déterminer un objectif à atteindre, compte tenu des multiples dimensions de la question (degré de liberté des représentations locales par rapport aux sièges, flexibilité restreinte des règlements et procédures de chacun, type d'exigences de l'Equateur, entre autres).

Annex 10

Participación de la sociedad civil en el proceso de preparación del CSP 2007-2013

Desde el inicio de la preparación del actual documento de estrategia, en noviembre de 2004, se han mantenido conversaciones con los representantes de la sociedad civil de Ecuador en los diferentes momentos clave del proceso.

De las reuniones que se han mantenido en una primera misión de pre-programación, que fue llevado a cabo por una consultoría con el objeto de estudiar el contexto político, económico y social del país y de hacer recomendaciones sobre posibles sectores prioritarios para la futura cooperación de la CE, el 34% han sido con representantes de la sociedad civil. Se han entrevistado ONGs locales y europeas que trabajan en el Ecuador en diferentes sectores, a universidades, a organizaciones representantes de los pueblos indígenas y de los campesinos y a representantes del sector comercial y empresarial.

Una vez elaborada una “Nota Concepto” por los servicios de la Comisión europea, se han celebrado tres talleres temáticos - Políticas sectoriales, Descentralización y Desarrollo local, y Cooperación Económica - en el mes de mayo de 2005, para difundir y discutir con los principales interesados, la apreciación del contexto y los enfoques priorizados para la futura estrategia de cooperación de la CE. La sociedad civil ha estado representada por los sectores ya mencionados y ha supuesto casi el 40% de la asistencia total (104 participantes en los tres talleres además de los representantes de la CE). Sus aportaciones y comentarios han sido muy valiosos para la elaboración de las conclusiones. En particular, en el sector educación ha habido una participación activa, con una fuerte demanda para su mejora. Este ha sido un elemento esencial para considerar este sector como prioritario.

En un tercer lugar, en noviembre de 2005, se ha celebrado un taller nacional de reflexión sobre el documento preliminar de CSP para recoger aportes a ser considerados en la versión final. En este caso, el 25% de los asistentes han sido representantes de la Sociedad Civil.

Finalmente, cabe destacar las reuniones periódicas, organizadas por la Delegación de la Comisión europea en Ecuador, con las organizaciones y representantes de la sociedad civil en temáticas prioritarias. Sus reflexiones y aportaciones también han sido tomadas en cuenta en el proceso de preparación del CSP.

Annex 11
Ecuador's prospects for meeting the
Millennium Development Goals⁵

ASSESSMENT OF THE LIKELIHOOD OF MEETING MILLENNIUM
DEVELOPMENT GOALS
 Ecuador

MDG ⁶	Extreme Poverty		Education	Gender Equality	Child Mortality	Maternal Health	HIV/AIDS	Environmental Sustainability	Global Partnerships
	Poverty	Hunger							
Ecuador									

Key : **LIKELY**
 POTENTIALLY
 UNLIKELY

⁵ United Nations Development Programme (UNDP) 2006 – see <http://www.undp.org/rblac/mdg/>

⁶ Country projections based on the Millennium Development Goals' Country Reports, in consultation with country teams. Check the reports at <http://www.undp.org/rblac/mdg> Status: 21 completed reports. 4 ongoing reports: Ecuador, Belize, Suriname, and Trinidad & Tobago.